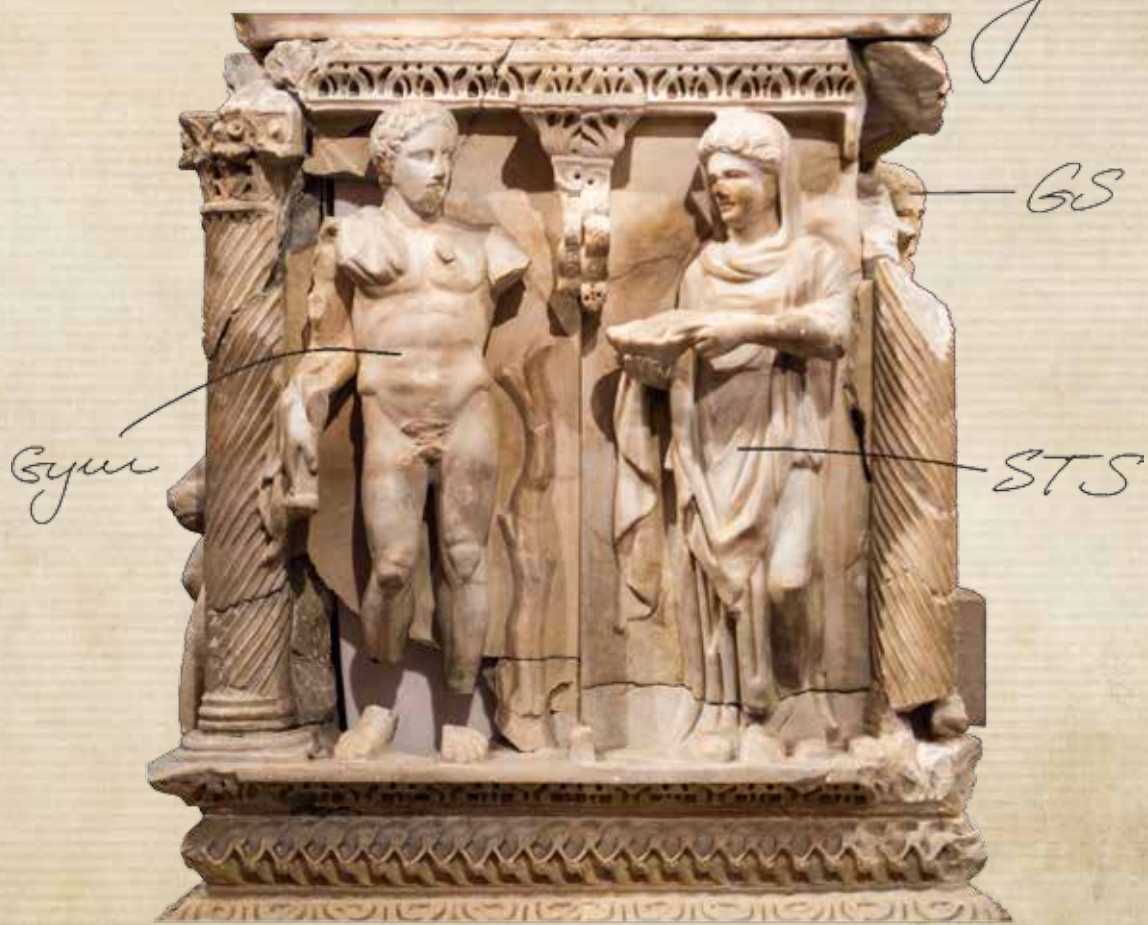




hlz

Zeitschrift der GEW Hamburg
März-April 3-4/2017

Lehrer_innenbildung



*Schulstruktur
nicht in Stein gemeißelt*





Am 23. Januar haben die Initiator_innen der Volksinitiative Gute Inklusion für Hamburgs Schüler_innen in der Senatskanzlei im Hamburger Rathaus den Beginn ihrer Unterschriftensammlung angemeldet. Die Volksinitiative ist für uns in absehbarer Zeit die einzige Chance, die Arbeits- und Lernbedingungen in der Inklusion deutlich zu verbessern. Jetzt wurden die für die erste Stufe erforderlichen 10.000 Unterschriften in sechs Wochen gesammelt. Die GEW-Mitglieder haben dazu viel beigetragen. Das ist ein großer Erfolg! Jetzt geht es darum, durch eine möglichst hohe Anzahl von Unterschriften den Druck auf Senat und Bürgerschaft zu erhöhen, wenn am 3. Mai die Volksinitiative die bis dahin gesammelten Unterschriften in der Senatskanzlei abgeben wird.

Kolleginnen und Kollegen, sammelt in den nächsten Wochen in eurem persönlichen Umfeld weiterhin Unterschriften und schickt diese bis zum 28. April an die Volksinitiative! Wenn alle GEW-Mitglieder sich daran beteiligen und mindestens fünf Unterschriften sammeln, wird die Anzahl der abgegebenen Stimmen beeindruckend sein. Dann muss die Politik auf die Forderungen der Volksinitiative reagieren! (Alle Materialien unter www.gute-inklusion.de)

Die Entwicklung und Umsetzung schulischer Inklusion ist eine der bedeutsamsten bildungspolitischen Aufgaben unserer Zeit. Neben einer ausreichenden personellen und räumlichen Ausstattung benötigen wir einen qualitativen Wandel in der Steuerung der schulischen Inklusion mit einer bildungspolitischen Strategie. Im Rahmen unseres politischen Schwerpunktes Inklusion stellt sich die GEW dieser Aufgabe mit vielfältigen Veranstaltungen!

Gemeinsam mit dem Elternmagazin Hamburg haben wir am 11. April eine Diskussionsveranstaltung mit den bildungspolitischen Sprecher_innen der Bürgerschaftsparteien sowie

Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt, Sven Quiring

Druck erhöhen

Schul- und Rechtsexpert_innen zu den Themen „Inklusion“ und „Zweisäulensystem Stadtteilschule/Gymnasium“ veranstaltet.

Die speziellen Sonderschulen werden weiterhin von Eltern behinderter Kinder angewählt. Sie bieten qualifizierte Unterrichts- und Förderangebote und ent-

wickeln sich in Hinblick auf ihre Schüler_innenschaft und den damit verbundenen Anforderungen ständig weiter. Gleichwohl bleiben sie ein Stiefkind Hamburger Bildungspolitik. Kolleginnen und Kollegen werden deshalb im Frühsommer mit einer Initiative und Veranstaltung auf die besondere Entwicklung und notwendigen Verbesserungen in ihren Schulen hinweisen.

Die GEW Hamburg beteiligt sich als offizielle Mitveranstalterin an der Vorbereitung, Durchführung und Finanzierung der dritten Fachtagung des Hamburger Bündnisses für schulische Inklusion am 6./7. Oktober unter dem Titel: Wie können Schüler_innen mit herausforderndem Verhalten gemeinsam mit anderen ihre Potentiale entwickeln?

Bei der Reform der Lehrer_innenbildung setzen wir uns zusammen mit den Fachschafftsräten der Lehramts-Studiengänge und anderen Akteur_innen für eine grundlegende Qualifizierung zu den Themen Inklusion und Heterogenität für alle Lehramtsstudierenden ein. Darüber hinaus muss weiterhin die Möglichkeit einer sonder- bzw. behindertenpädagogischen Vertiefung in gewählten Schwerpunkten

ermöglicht werden. Dabei sollen alle bestehenden Förderschwerpunkte als Spezialisierung für die Studierenden der Sonderpädagogik erhalten bleiben. Ausreichend finanzielle Mittel für das langfristige Beibehalten aller Förderschwerpunkte sind bereitzustellen.



Foto: h/z

gewonnen Seite 8
Neben der prozentualen Anhebung aller Gehälter konnte bei den Tarifverhandlungen zum TV-L auch eine nicht unbedeutende weitere Dienstaltersstufe ausgehandelt werden.

schutzlos? Seite 12
Der Initiator der Veranstaltung im Februar zur rechtlichen Problematik des Einsatzes eigener IT-Endgeräte für schulische Zwecke berichtet.

zerstört Seite 44
Die Lebensbedingungen in den kurdischen Gebieten der Türkei sind katastrophal: zerstörte Städte, Verhaftungen, Gefangene. GEW-Studis besuchten die zerstörte Stadt Amed und berichten.

verschlechtert Seite 14
Die verbleibenden Hamburger Sonderschulen leiden unter unzureichenden Mitteln.



GEW

TV-L
Ergebnisse _____ 8

Nachruf
Wolfgang Neckel _____ 40

Gesund ankommen
Bilanz der Beratung _____ 50

Verbandsgeschichte 1
Vorsitzende zu Max Traeger _____ 54

Verbandsgeschichte 2
Interview mit Hans Peter de Lorent _____ 56

Bildungspolitik

Datenschutz
Rechte erkennen und einfordern _____ 12

„Gute Inklusion“
Initiative stärken _____ 17

Sonderschulen
Kein Restposten _____ 14

Schullaufbahnpfählung
Stimme abgeben _____ 26

Universität
Leere Versprechungen _____ 28

Rezension 1
Bildung weiter denken _____ 31

Rezension 2
Privatisierung in Hamburg _____ 33

Kitas
Erzieher_innen sagen stopp _____ 36

Schüler_innen-Konzerte 1
karnevalessk _____ 51

Schüler_innen-Konzerte 2
Neue Kooperation _____ 52

Titel

Empfehlung zur Lehrer_innenausbildung
Auf schwachen Füßen ————— 18

Magazin

G20
Foren ————— 34

Veranstaltungsreihe
Geschichtsdebatte ————— 42

Türkei
Besuch beim kurdischen Widerstand ——— 44

Rezension
„Marx is back“ ————— 47



Rubriken

hlz-Notiz
————— 3

Leser_innenbriefe / Nachrichten
————— 6

gb@-Seminare
————— 11

GEW-Termine
————— 62

Impressum
————— 62

Rätsel
————— 63

Aus der Parteinahme...
————— 64



Foto: Histopolis

präjudizierend Seite 18
Die Kommission zur Reform der Lehrer_innenausbildung empfiehlt eine Trennung der Lehrämter für Stadtteilschule und Gymnasium. Damit setzt sie ein deutliches Signal in Richtung Perpetuierung des 2-Säulenmodells.

kaputt Seite 28
Die Lehrbeauftragten der Universität Hamburg werden mies bezahlt. Unsere Autoren beschreiben die unhaltbaren Zustände.

unberechtigt Seite 54
Die Vorwürfe gegen den ersten Vorsitzenden der GEW nach dem Krieg, Max Traeger, erweisen sich als unhaltbar.

Wolfgang Neckel Seite 40
Nachruf auf einen umtriebigen Bildungsreformer, der als GEW-Vorsitzender und später Landesschulrat dazu beitrug, dass manche Reformidee der 1970er und 80er Jahre umgesetzt werden konnte.



Foto: Staatsarchiv Hamburg

Lob

hlz 1-2/2017, S. 3

Lieber Joachim Geffers, dein jüngster Leitartikel über die Reproduktion von Bildungsprivilegien in Händen der Mittelschicht ist echt gelungen. Auch und insbesondere der beeindruckend unmittelbare Verweis auf Bourdieu. Nur: Dieses Klagelied bleibt solange folgenlos, bis wir erfolgreich für die Einheit von Bildungs- und Sozialpolitik streiten. Der frühere Bundesbildungsminister Engholm hatte es schon direkt Anfang der 80er Jahre auf den Punkt gebracht. Bei allem Insistieren auf Bildungschancengleichheit: Die Kinder aus den Arbeiterfamilien brauchen auch einen Schreibtisch etc.. Denn wenn wir privilegierte Teilhaber der Mittelschicht nicht radikal darauf drängen, dass die Sozialpolitik immer bei der Bildungspolitik mit gepflegt und inkludiert wird, dann bleiben wir die Nutznießer dieser sozialen und Bildungsspaltung.

PROF. DR. HARRY FRIEBEL
Universität Hamburg
Fakultät Wirtschafts- und
Sozialwissenschaften
Fachbereich Sozialökonomie
Projektgruppe
Weiterbildung im
Lebenszusammenhang
Von -Melle-Park 9
20146 Hamburg

Am „Traeger“ aufhängen

hlz, 1-2/2017, S. 55-57

Niemand teilt die Befürchtung von Jörg Berlin, jemand habe die Absicht, „den alten Streit um Ro 19 wieder entfachen“ zu wollen. Ihn selbst aber beschäftigt offensichtlich immer noch die Frage, wie er nach-

weisen kann, dass der Verkauf der Stadtvilla Ro 19 durch eine jüdische Eigentümergemeinschaft an den Nationalsozialistischen Lehrerbund“ im Jahre 1935 keine „Arisierung“ war. Ein Kampf gegen Windmühlenflügel! Vor vierzehn Jahren (2007) schrieb Frank Bajohr, inzwischen wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für Holocaust-Studien in München, zu damaligen Versuchen, die historischen Fakten zurechtzubiegen, damit sie finanziellen Interessen nicht im Wege stehen: „Dies kam in einer Stellungnahme des Historikers Jörg Berlin zum Ausdruck, die alle jene Argumente versammelte, wie sie mir aus Hunderten von Restitutionsakten wohlbekannt waren, in denen ehemalige „Arisseure“ die Kunst des Bemäntelns und Bestreitens in höchster Vollenendung zelebrierten. Würde man diesen vielstimmigen Chor der „Normalisierer“ für bare Münze nehmen, dann hätte es nach 1933 im nationalsozialistischen Deutschland keine einzige „Arisierung“ gegeben.“

Die GEW Hamburg hat sich inzwischen eines Besseren besonnen Dies dokumentierte sie bis zu einem gewissen Grade bereits mit Gründung ihres Antirassismus-Fonds, dann 2013 mit der Spende von 400.000 € an die Jüdische Gemeinde in Hamburg (anlässlich des Verkaufs von Ro 19 an die jüdische Organisation Chabad Lubawitsch, Verkaufspreis: 2,5 Mio. €) und aktuell mit dem hamburgischen und bundesweiten Beschluss, die Geschichte der GEW erforschen zu lassen. Letzteres ist auch das Ergebnis des Drängens von Prof. Benjamin Ortmeier und seiner Koautorin Saskia Müller, aber auch der Initiativen der

GEW Studis und der Jungen GEW, denen allen ausdrücklich Respekt und Anerkennung zu zollen ist.

BERNHARD NETTE
Pensionär

ungerecht

Hamburgs Schulen werden nicht nur vom Senat teils unzureichend finanziert; auch das Aufkommen privater Spenden fällt sozialräumlich und je nach Schulart sehr unterschiedlich aus. Das ergibt eine aktuelle Anfrage der Fraktion ‚die Linke‘ in der Hamburger Bürgerschaft. Was zu erwarten war, bestätigt sich: Fast nur Schulen in den besten Soziallagen profitieren von größeren privaten Zuwendungen. Dies erklärt so manche bessere Ausstattung und vor allem auch aufwändige Klassen- bzw. Studienreisen sowie häufigere Schüler_innen-Austausche.

abgeschafft

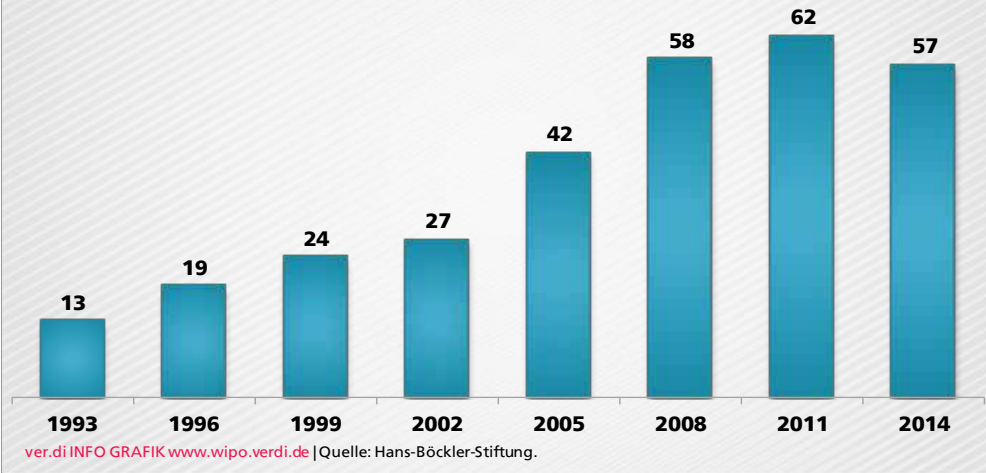
So überstürzt die Gymnasialzeitverkürzung auf acht Jahre (G8) vor 13 Jahren eingeführt wurde, so jäh verschwindet sie jetzt wieder von der Bildfläche. Die CSU-Fraktion beschloss im Münchener Landtag die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9), nachdem bereits das Kabinett grünes Licht dafür gegeben hatte. Das Gesetzgebungsverfahren gilt nur noch als Formsache.

konsequent

Rund drei Monate vor dem G20-Gipfel in Hamburg bereiten sich auch Schulen im Umfeld des Tagungsortes auf mögliche Einschränkungen vor. Sie planen Alternativen zum Unterricht.

DAX-Vorstände verdienen 57 Mal mehr als ihre Beschäftigten

ver.di



v.i.S.d.P.: VER.DI BUNDESVORSTAND – RESSORT 1 – FRANK BSIRSKÉ – PAULA-THIEDE-UFER 10 – 10179 BERLIN

Die Frage muss erlaubt sein, ob denn mit diesen enormen pekuniären Zuwächsen auch adäquate Leistungssteigerungen einhergehen

Am konsequentesten reagierte bereits die Sophie-Barat-Schule: Da das katholische Gymnasium in der Warburg-Straße nicht weit von der Sicherheitszone entfernt liegt, findet dort am 6. und 7. Juli gar kein regulärer Unterricht statt. Stattdessen sind für die knapp 1.000 Schüler_innen ein Wandertag und ein Sportfest angesetzt.

bockig

Die CDU will Schulsenator Ties Rabe vor dem Hamburgischen Verfassungsgericht verklagen, weil dieser sich hartnäckig weigert, Details zur Mathe-Misere an den Schulen preiszugeben. Dabei hatte Rabes Genossin, Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit, ihn nach rechtlicher Prüfung genau dazu verpflichtet. Eine erneute Anfrage der CDU-Schulexpertin Karin Prien nach dem Umfang des Mathe-Unterrichts in allen anderen Bundesländern ließ Rabe erneut unbeantwortet.

quer

Von den bundesweit eingestellten 29.000 Lehrer_innen zu Beginn des laufenden Schuljahres sind fast zehn Prozent Quereinsteiger_innen ohne didaktisches Fachstudium – und damit rund doppelt so viele wie im Jahr zuvor. An weiterführenden Schulen sind besonders Mangelfächer wie Mathematik, Informatik, Physik oder Kunst betroffen.

überraschend

Eine aktuelle Studie zeigt: Zumindest in den Wirtschaftswissenschaften sind die deutschen Student_innen viel besser als ihre Kolleg_innen in den USA und in Japan. Zu diesem Ergebnis kamen Wissenschaftler_innen der Universität Mainz. Die Wirtschaftspädagog_innen haben einen in Amerika entwickelten Test bundesweit bearbeiten lassen. Die Antworten von 1600 Studierenden verglichen sie anschließend mit den Antworten von Tausenden an 51

US-Hochschulen und siehe da: Die Amerikaner_innen lagen viel häufiger daneben. Auch die 1200 Studierenden von zehn japanischen Hochschulen die den Test bearbeiteten, wussten seltener die richtige Lösung.

Wir gratulieren



Die frisch wieder gewählten Vorsitzenden Anja Bensinger-Stolze und Fredrik Dehnerdt auf dem Gewerkschaftstag am 10. April. Bericht folgt in der nächsten Ausgabe.

DIE REDAKTION



Foto: h/z

Tarifabschluss 2017

Das haben wir erreicht

Die wichtigsten allgemeinen Inhalte des Abschlusses sind:

- Die Grundgehälter werden am 1. Januar 2017 rückwirkend um 2% erhöht, für Beschäftigte, deren Tabellenentgelt niedriger als 3.200€ ist, auf einen Mindestbetrag von 75€. Dies wirkt sich insbesondere in der Stufe 1 der Entgeltgruppen 9 – 12 positiv aus.
- Zum 1. Januar 2018 werden die Gehälter um weitere 2,35% erhöht.
- Ebenfalls zum 1. Januar 2018 wird in den Entgeltgruppen 9 – 15 eine Stufe 6 eingeführt. Ab Oktober 2018 werden die entsprechenden Beträge der Stufe 6 insgesamt 3% über dem jeweiligen Entgelt der Stufe 5 liegen. Beschäftigte in der sog.

kleinen E 9 (längere Stufenlaufzeiten, keine Stufe 5) erhalten analog dazu Ausgleichszulagen.

Wichtige Information für Lehrerinnen und Lehrer sowie Vorschulleitungen

Die allgemeinen Verbesserungen im Tarifvertrag, insbesondere die Einführung der Stufe 6 wurden möglich, weil die GEW sich bereit erklärt hat, nun auch den Tarifvertrag zur Eingruppierung der Lehrkräfte (EntgO-L) in der vorliegenden Fassung unterschrieben hat. Das hatte sie bislang nicht getan, der Tarifvertrag war von den Ländern dennoch allgemein für alle Lehrkräfte angewandt worden.

Aus dieser Unterschrift ergibt sich eine Besonderheit für ange-

stellte Lehrkräfte, die nach dem neuen Tarifvertrag eine Höhergruppierung erwarten können und die den dafür notwendigen Höhergruppierungsantrag bis zum 31.7.2016 aus welchen Gründen auch immer nicht gestellt haben, erhalten eine neue Chance.

Für diese wahrscheinlich sehr kleine Gruppe von Lehrkräften besteht die Möglichkeit, diesen Antrag noch bis zum 31. Mai 2017 nachträglich zu stellen.

Wir raten dringend dazu, sich in diesem Fall unbedingt umgehend zwecks **Beratung** an die GEW zu wenden, entweder **unter rettmer@gew-hamburg.de oder rechtsschutz@gew-hamburg.de**



...und hier die Abschlüsse für Beschäftigte des pädagogischen und therapeutischen Fachpersonals der Schulbehörde (PTF) und Beschäftigte der ReBBZ-Abteilung Beratung.

Bestimmte Gruppen Beschäftigter im Sozial- und Erziehungsdienst, also z. B. Erzieherinnen und Sozialpädagoginnen an Schulen, erhalten ab 1.1.2017 rückwirkend eine Zulage in unterschiedlicher Höhe (80€ / 100€).

Wer erhält eine Zulage für den Sozial- und Erziehungsdienst?

In den Tarifverhandlungen waren die Arbeitgeber hier besonders hart. Man einigte sich auf ein Zulagensystem sowie auf eine Prozessvereinbarung, nach der unverzüglich nach Abschluss der Tarifrunde 2017 wieder über

die Entgeltordnung des TV-L verhandelt werden soll. Das Zulagensystem berücksichtigt nach Wortlaut des Tarifabschlusses allerdings nur bestimmte Gruppen von Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst. Dies sind in jedem Fall ErzieherInnen (Entgeltgruppe E8, E9 klein) und SozialpädagogInnen (Entgeltgruppe E9, Fallgruppe 2). Um möglichst vielen Berufsgruppen die Zulage für den Sozial- und Erziehungsdienst zu ermöglichen, klärt die GEW Hamburg aktuell, wie die Schulbehörde diesbezüglich verfahren will und informiert dann umgehend.



Für die Beamten gilt:

- Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamt_innen
- Unverzüglich nach der Ta-

rifeinigung vom 17 Februar ist der DGB an den Ersten Bürgermeister herangetreten, um die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamt_innen und Versorgungsempfänger_innen zu fordern.

Aus dem Jahr 2011 gibt es eine Zusage von Olaf Scholz, Tarifiergebnisse 1:1 auf die Besoldung/Versorgung der Beamt_innen zu übertragen. Diese Garantie hat der Bürgermeister bis heute mündlich mehrfach wiederholt.

Wir gehen davon aus, dass auf jeden Fall die Entgelterhöhung von 2 Prozent ab 1. Januar 2017 sowie 2,35 Prozent ab 1.1. 2018 auf die Beamt_innen/Versorgungsempfänger_innen übertragen wird – abzüglich der 0,2 Prozent Versorgungsrücklage.

Aufgrund der Komplexität des Abschlusses ist aktuell noch ungeklärt, wie Hamburg hinsichtlich der Übertragung weiterer Details des Tarifabschlusses verfahren wird.

Notwendig für die Besol-

dungserhöhung ist in jedem Fall ein Gesetz. Der entsprechende Entwurf wird aller Voraussicht nach, wie in der Vergangenheit, erst nach der Sommerpause von der Bürgerschaft verabschiedet werden, sodass mit der Umsetzung nicht vor Oktober 2017 zu rechnen ist.

Selbstverständlich halten wir Euch weiter auf dem Laufenden.

BIRGIT RETTMER
ANDREAS HAMM
Tarifreferentin GEW Hamburg

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft



Hamburger Schulbehörde fordert Schulleitungen zu Tarifflicht auf Neuregelung der Schulschwimmbegleitung führt zu Dumpinglöhnen

Die Unterschrift unter dem Tarifvertrag für die Landesbeschäftigten, TV-L, ist noch nicht ganz trocken, da versucht die Schulbehörde bereits, den Tarifvertrag zu umgehen. Aus einem Brief des Landesschulrates Altenburg-Hack an die Schulleitungen vom 01. März 2017 geht deutlich hervor, dass versucht werden soll, Arbeitsverhältnisse mit ErzieherInnen zu akquirieren, die mit E2 bis E3 deutlich geringer bezahlt werden sollen, als die in Schule beschäftigten ErzieherInnen, die laut Tarifvertrag der Länder, TV-L, E8 erhalten.

Dazu Jens Kastner, Sprecher der GEW-Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe: „In zähen Verhandlungen, die kurz vor dem Abschluss stehen, versuchen die Träger und Wohlfahrtsverbände für die GBS-Kooperationen, die dem Tarifvertrag für den kommunalen Bereich der Stadt Hamburg unterliegen, mit der Sozialbehörde eine diesem Tarifvertrag entsprechende Finanzierung in den Landesrahmenvertrag einzupflegen. Das scheint dem Schulsenator nicht zu passen.“

Auch die Ernsthaftigkeit über die Einigung mit der Volksinitiative „Guter Ganzttag“ wird mit solch einer Aufforderung an die Schulleitungen wieder in Frage gestellt. Hatte man doch vereinbart, nach Beschäftigungsmöglichkeiten für die ErzieherInnen der GBS-Kooperationspartner zu suchen, die es diesen KollegInnen ermöglicht, mehr als die bisher nur mit 15,0 Wochenstunden refinanzierten Beschäftigungsverhältnisse zu erweitern, um ein normales Erwerbseinkommen erzielen zu können.

„Tarifbindung, Equal Pay, in den Sonntagsreden unserer Senatorinnen und Senatoren immer gern angewendete Begriffe, scheinen in der Realität keinen Bestand zu haben. Wir fordern den Senat auf, die Dotierung dieser Stellen umgehend auf die Eingruppierung zu erhöhen, der sich die Stadt Hamburg durch die Tarifbindung unterwirft“, so **Anja Bensinger-Stolze**, Vorsitzende der GEW-Hamburg.

Rückfragen: Jens Kastner, Sprecher der GEW-Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe, 0162 – 742 36 31

Weichen stellen

Weitere Infos und Seminarangebote unter
gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung



Here to participate! Bildung für Geflüchtete

Bildung für Geflüchtete ist eine große Herausforderung für die Bildungseinrichtungen.

Wo liegen derzeit die Hauptprobleme in der Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen? Was wird in den Schulen und Kitas und was wird an den Hochschulen gebraucht? Die Veranstaltung gibt einen Überblick über laufende Aktivitäten und anschließend wollen wir – auch mit Geflüchteten – diskutieren, wie sich die richtigen Weichen stellen lassen, um das Recht auf Bildung für alle Geflüchteten zu verwirklichen.

*Dienstag 25.4.2017, 19-21 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,
Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Petra Barz,
Frank Hasenbein, Antje Windler
kostenlos für GEW-Mitglieder
incl. Verpflegung*

Gewerkschaftsarbeit in der Schule – Seminar für Vertrauensleute

Vertrauensleute sind grundlegend wichtig für die GEW. Doch viele Betriebsgruppen arbeiten nicht mehr wie früher, denn die Anforderungen an Lehrkräfte in der Schule sind gestiegen und es wird immer schwerer, „nebenbei“ Gewerkschaftsarbeit zu machen.

Zu diesem Thema würden wir uns gern ein paar Stunden lang austauschen: Was ist mir wichtig, was treibt mich an? Wie kann ich es schaffen, gute Arbeit als Vertrauensfrau / -mann zu machen, ohne das Gefühl zu haben, ständig belastet und überarbeitet zu sein? Welche Handlungs- und Aktionsmöglichkeiten gibt es

für die Arbeit an meiner Schule? Wie kann mich die GEW besser unterstützen? Wie können wir uns besser vernetzen? Dieses Mini-Seminar richtet sich auch an Kolleg*innen, die in ihrer Schule eine Betriebsgruppe gründen möchten oder mit dem Gedanken spielen. Wir starten mit einem Einstieg in der GEW-Geschäftsstelle, anschließend gehen wir gemeinsam lecker essen.

Das Treffen soll kein weiterer anstrengender „Termin“ sein, sondern ein offener Austausch, der auch erfrischend, erholsam und entspannt ist. Eingeladen sind auch Kolleg*innen, die keine Vertrauensleute sind.

Seminarinhalte:

Bestandsaufnahme über Erfolge und Probleme der VL-Arbeit:

- Was läuft gut in der VL-Arbeit? Was nicht?
- Was bedeutet mir die VL-Arbeit? Was bedeutet sie der GEW Hamburg?
- Wie können wir eigene Interessen auf Konferenzen in der Schule besser vertreten, auch wenn wir sie nicht leiten?

*Freitag 5.5.2017, 16 – 19 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,
Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Frank Hasenbein
kostenlos für GEW-Mitglieder*

incl. Verpflegung

Vielfalt statt Einfall – Diversity an der Schule

In einer Welt wachsender Komplexität prägen zunehmend Vielfalt und Verschiedenartigkeit unsere Lebensrealität. Unterschiedliche Einstellungen, Werte, Mentalitäten und Bedürfnisse der Menschen, aber auch geschlechtsspezifische, kulturelle oder altersbedingte Merkmale beeinflussen das schulische Miteinander.

(Näheres siehe Homepage)
*Dienstag 16.5.2017, 16 -20 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,
Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Annette Etezadzadeh,
Frank Hasenbein
kostenlos für GEW-Mitglieder
incl. Verpflegung (Nicht-Mitglieder 10 €)*

55 Plus – Die besten Jahre kommen noch?!

(Näheres siehe Homepage)
*Freitag 30.6.2017, 15 Uhr
Samstag 1.7.2017, 16 Uhr
Dersau, Leibers Galerie-Hotel
www.leibers.de
Leitung: Simone Friedrich
Kostenanteil: 40 € incl. Unterkunft/Verpflegung (ermäßigt 20 €, Nicht-Mitglieder 150 €)*

Anmeldung

bei Annette Meents (unter Angabe von Name, Adresse, Email) per Mail (meents@gew-hamburg.de), telef. (040-41 46 33 22), online (gew-hamburg.de/seminare), per Post (GEW Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg) oder Fax (040 – 44 08 77). Ermäßigung gibt es für Erzieher_innen, Referendar_innen, Studis, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

Mit 200 durch die Stadt?

Die Grauzone bei der Benutzung privater Endgeräte für Schulzwecke darf nicht zur Falle werden

Wir nutzen Tablets, Smartphones und private Computer ebenso selbstverständlich wie wir am Straßenverkehr teilnehmen. Die wichtigsten Straßenverkehrsregeln kennen praktisch alle, doch was ist mit den Regeln zum Schul-Datenschutz und den Forderungen der BSB?

Wir nehmen fast täglich am Straßenverkehr teil. Einige Regeln lernt man meist schon in der Grundschule, viele weitere in der Fahrschule. Wer ein Auto fährt, weiß einzuschätzen, was kleine und große Geschwindigkeitsübertretungen bedeuten und welche Konsequenzen drohen, wenn man mit 200 durch die Stadt fährt. Gleiches gilt für das Überfahren durchgezogener Linien und roter Ampeln. Die Regeln werden im Grundsatz auch von allen akzeptiert, weil sie sinnvoll sind und erst einen funktionierenden Straßenverkehr ermöglichen.

Die einzuhaltenden Regeln

beim Schuldatenschutz sind kaum bekannt. Im hamburgischen Datenschutzgesetz, der Schul-Datenschutzverordnung, einer dazu gehörenden Richtlinie und einem Anhang wird geklärt, unter welchen Umständen schulische Beschäftigte Daten von Schüler_innen auf privaten Geräten speichern und verarbeiten dürfen. Diese Regelungen müssten die schulischen Beschäftigten zur Kenntnis nehmen, doch findet das nicht immer statt. Außerdem werden juristische Texte kaum von allen verstanden. Lehrkräfte, das PTF-Personal sowie das technische und Verwaltungspersonal wissen nicht, wann sie „mit 200 durch die Stadt fahren“ und sie erkennen die „roten Ampeln“ nicht.

Der rechtliche Rahmen wird immer dann wichtig, wenn Daten abhanden kommen oder sie den Falschen bekannt werden. Sensible Daten werden viel häufiger bekannt oder an falsche

Empfänger_innen übermittelt, als man denkt. Dafür gibt es viele Gründe:

- Virenbefall des eigenen Rechners, Tablets oder Smartphones,
- fehlerhafte Konfiguration des eigenen Geräts,
- Änderungen am System durch installierte Programme,
- Datenübermittlungen des Betriebssystems (an den Hersteller),
- Datenübermittlungen von Apps oder Programmen,
- Softwarefehler,
- Webseiten mit Schad- oder Spionagefunktionen,
- Verlust oder Diebstahl des eigenen Rechners, Tablets oder Smartphones
- u.v.m.

Bisher waren Datenverluste für die betroffenen Lehrkräfte meist folgenlos oder wurden nachsichtig behandelt. Da immer mehr Daten gespeichert und verarbeitet, immer mehr Geräte (gleichzeitig) dafür verwendet und die Daten an mehr Orten gespeichert werden, sollte dieses für die Zukunft nicht vorausgesetzt werden. In der Hamburgischen Bürgerschaft gab es zwischen Januar und November 2016 vier kleine Anfragen zum Thema Schul-Datenschutz und zu den Vorgaben für die Lehrkräfte.

Schulische Beschäftigte erfüllen, auch wenn sie auf privaten Geräten Daten verarbeiten, Aufgaben für die BSB. Das bedeutet, dass bei Verstößen zuerst gegen die Stadt vorgegangen werden muss, einen direkten Zugriff von Schüler_innen oder Eltern gegen Lehrkräfte gibt es nicht. Die Stadt wird sich jedoch Straf-

Foto: GEW



Dringende Empfehlung: sich nicht auf juristisch unsicheres Terrain begeben

zahlungen, die sie leisten muss, bei den dafür verantwortlichen Beschäftigten wiederholen. Die Missachtung der datenschutzrechtlichen Vorgaben gilt als Ordnungswidrigkeit. Solche Ordnungswidrigkeiten können nach dem Hamburgischen Datenschutzgesetz (HmbDSG) mit bis zu 25.000,- Euro geahndet werden (§ 33 HmbDSG). Darüber hinaus drohen dienstrechtliche Konsequenzen.

Am 23.2. fand im Curiohaus die Veranstaltung „Einsatz von privaten Computern, Tablets und Smartphones: Nutzen für die Schule, Risiken für die Beschäftigten?“ statt. Dort ging es um die Sensibilisierung für das Thema und grundlegende Information, z.B. zu dieser Frage: „Wann verarbeite ich personenbezogene Daten von Schülerinnen und Schülern?“. Hierbei wurde auch geklärt, welche Daten gar nicht

verarbeitet werden dürfen.

Die GEW möchte dem Einsatz von Computern, Smartphones oder Tablets bei der Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, im Unterricht selbst und bei den

Der rechtliche Rahmen wird immer dann wichtig, wenn Daten abhanden kommen, oder sie den Falschen bekannt werden

weiteren Tätigkeiten der schulischen Beschäftigten nicht im Wege stehen. Trotzdem geben wir diesen dringenden Rat:

Die Nutzung privater Geräte zu dienstlichen Zwecken mag einfacher oder schneller sein, diese Nutzung ist aber rein freiwillig und kann nicht angewiesen werden. Die Risiken liegen bei den Beschäftigten — das ist

nicht hinzunehmen! Wir empfehlen daher dringend, auf privaten Geräten nur dann Daten von Schüler_innen zu speichern und zu verarbeiten, wenn die technischen und organisatorischen Voraussetzungen erfüllt sind!

Zu den technischen Voraussetzungen für die Verarbeitung personenbezogener Daten von Schüler_innen gehören z.B. die Verschlüsselung dieser Daten und bestimmte Einstellungen des Betriebssystems. Als organisatorische Voraussetzung muss man z.B. schriftlich angeben, welches Gerät benutzt wird, welches Betriebssystem auf dem Gerät läuft u.a.m.

Wenn Bedarf für weitere Veranstaltungen zu diesem Thema besteht, meldet euch unter info@gew-hamburg.de, dann können wir diese planen.

ROLAND KASPRZAK, BS 14

GEW steht G20-Gipfel in Hamburg kritisch gegenüber

„Wirtschaftsstärkste Staaten entscheiden über Probleme, die sie selber mitverursacht haben“

Die GEW steht dem G20-Gipfel vom 7.- 8. Juli 2017 in Hamburg kritisch gegenüber. Sie unterstützt den "Gipfel für globale Solidarität" vom 5.- 6. Juli sowie die Großdemonstration gegen den G20-Gipfel am 8. Juli. Ebenso unterstützt sie das „Manifest gegen den G20-Gipfel 2017 - Demokratisch wirken für Frieden und Gerechtigkeit“ und ruft zur gleichnamigen Demonstration am 19. April auf.

Die G20 ist ein informeller Club der 20 bedeutendsten Industrie- und Schwellenländer. Zwar unterscheiden sie sich in ihren politischen Systemen und vertreten unterschiedliche Strategien bei der wirtschaftlichen Regulierung und ihrer Einbindung in den Weltmarkt. Gemeinsam stehen sie jedoch für eine Politik, die auf Wirtschaftswachstum, Profitmaximierung und Konkurrenz ausgerichtet ist und globale Konzerne, große Vermögensbesitzer und Finanzmärkte begünstigt. Die globalen Folgen dieser Politik sind steigende soziale Ungleichheit, Ausgrenzung, Naturzerstörung und Klimawandel, Kriege, Flucht und Verarmung.

Auf ihrem jährlichen Gipfel reden die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten über „Bekämpfung von Fluchtursachen“, aber keines der großen Herkunftsländer sitzt am Tisch. Sie reden über „Partnerschaft mit Afrika“, aber es fehlt fast der gesamte Kontinent. Sie reden über den Klimawandel, vertreten aber die Interessen der Erdöl-, Kohle- und Autoindustrie. Sie reden über Frieden, sind aber selbst die größten kriegführenden und rüstungsproduzierenden Staaten.

„Auf Grund dieses Widerspruches - die wirtschaftsstärksten Staaten entscheiden über Probleme, die sie selber mitverursacht haben - steht die GEW dem Gipfel kritisch gegenüber. Zudem wird der G20-Gipfel Hamburg über Tage hinweg lahmlegen und die Stadt als Kulisse für ein inszeniertes Schauspiel der Macht missbrauchen, während die dort lebenden Menschen an den Rand gedrängt werden“, kommentiert **Fredrik Dehnerdt**, stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg.

Rückfragen: Fredrik Dehnerdt, stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg, 040 – 41 46 33 – 0
Siehe auch *Veranstaltungshinweise* S. 34-35



Der Schuh drückt

Sonderschulen mutieren zum Stiefkind
Hamburger Bildungspolitik

Ja, es gibt sie noch! 600 Kolleginnen und Kollegen, die 1800 Schülerinnen und Schüler an Sonderschulen unterrichten und fördern. Da Eltern nach wie vor das Wahlrecht haben, behinderte Kinder auch an Sonderschulen unterrichten zu lassen, ist diese Schulform anwählbar.

Die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Eine sehr heterogene Schülerschaft, die einen sehr hohen sonderpädagogischen Förderbedarf hat, benötigt ein vielfältiges und qualifiziertes Unterrichts-, Erziehungs- und Therapieangebot. Während die Anforderungen an die Kolleginnen und Kollegen wie in allen Schulformen steigen, versuchen Schulen und Kollegien trotz des Abbaus grundlegender Standards und einer mangelnden Ausstattung der Schulen hoch professionell zu arbeiten. Sie versuchen, im Rahmen von ZLV (Ziel- und Leistungsvereinbarungen) und selbst entwickelten Qualitätsverbesserungen in allen Bereichen verschiedenen Ansprüchen gerecht zu werden. Dies führt zu Erfolgen, aber auch zu Verdichtungen, Mehrarbeit, Unzufriedenheit, Rückzug.

Arbeitsbedingungen haben sich verschlechtert

Die Lehrerarbeitszeitverordnung hat deutlich zu Mehrarbeit und Verdichtung an Sonderschulen geführt. Von ehemals 26 Stunden Unterricht ist die durchschnittliche Verpflichtung auf 27 bis 29 Stunden gestiegen (ohne Berechnung der unterschiedlichen F-Zeiten). Kolleg_innen unterrichten unterschiedlich viel; im Kernbereich des Unterrichts gibt es also eine Spaltung

mit entsolidarisierenden Effekten wie in anderen Schulformen auch. Die F-Zeiten reichen bei allen Schulen nicht aus, um die ständig wachsenden Aufgaben zu bearbeiten. Unzufriedenheit, Arbeitsüberlastung führen zu Rückzug, Krankheit, Teilzeit, früherem Ruhestand. Die hohe Wochenarbeitszeit von 46,57 Stunden ist Raubbau an der Gesundheit der Kolleg_innen. Die längere unterrichtsfreie Zeit kann dies nicht kompensieren.

Wichtig: Alle an Schule tätigen Berufsgruppen sind von Mehrarbeit und Verdichtung betroffen. Gemeinsam muss hier wieder aktiv gehandelt werden.

Erwartungsdruck steigt

Der Unterricht und die Erziehungsarbeit haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten sehr differenziert auf die sich ständig verändernde Schülerschaft einstellen müssen. Schüler_innen mit schwersten Behinderungen,

*Schule arbeitet für die
Behörde anstelle der uns
eigentlich zustehenden
Serviceleistungen durch die
Behörde*

mit besonderen Verhaltensweisen und Krankheiten sowie ein notwendiges verändertes und fachlich versiertes Unterrichts- und Erziehungskonzept müssen von den Kolleg_innen in den Blick genommen und umgesetzt werden. Unterricht, Erziehungsarbeit und Therapie/Pflege haben sich zur angemessenen Förderung weiter entwickelt, sind anspruchsvoller geworden. Der Erwartungsdruck ist hoch (Be-

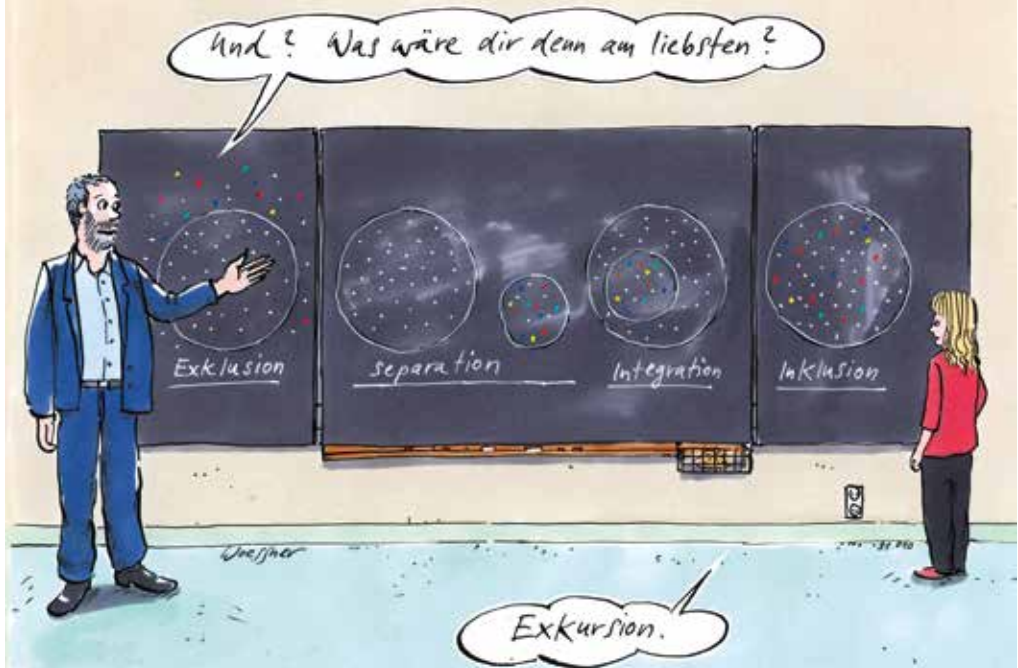
hörde, Inspektion, Eltern, außerschulische Partner). Für die Zunahme der Aufgaben und die zu gewährleistende gute qualitative Arbeit mit den Schüler_innen fehlen:

- ausreichende Zeit für die Vor- und Nachbereitung aller unterrichtlichen Tätigkeiten,
- ausreichende Zeit für die außerunterrichtlichen Aufgaben und zugeteilten Funktionen,
- ausreichende Zeit für die Kooperation im Team, zwischen den Teams und innerschulisch in den Gremien und Arbeitsgruppen, um Unterrichtsentwicklung im Rahmen der Schulentwicklung auch angemessen zu gestalten,
- gute und nachhaltige kostenlose Fortbildungen für alle Berufsgruppen inklusive Supervisionen,
- eine selbstbewusste und von den Schulen ausgehende Diskussion, Dialogführung und Mitbestimmung hinsichtlich der Definition von „gutem Unterricht“, „guter Erziehungsarbeit“, „guter Therapie und Pflege“,
- eine echte Anerkennung und eine wirkliche Vertrauensbasis bezüglich unserer Arbeit von Seiten der Behörde.

Stagnierende Etats

In Hinblick auf eine sich verändernde Schule, erhöhte Anforderungen und eine multiprofessionelle Kollegenschaft haben sich die materiellen Ausstattungsmerkmale nicht verbessert, im Gegenteil: sogar verschlechtert. Schulen finanzieren mittlerweile fast alles aus ihren Etats, die nie inflationsbereinigt real angehoben wurden.

Durch Privatisierungen wurden Basisbereiche wie Schulbusbeförderung, Reinigung und Küchen der GTS sukzessive in private Hand gegeben. Die festen Behördenangestellten in diesen Bereichen fehlen. Im Bereich der Hausmeisterei und der Unterhaltung der Schulen fanden



gravierende Veränderungen statt. Eigene selbstverwaltete Mittel wie früher fehlen und Kosten der Unterhaltung werden auf Schulbudgets übertragen.

Sonderschulen haben

Die Klassenfrequenzen sind trotz der sich deutlich verändernden Schülerschaft unverändert geblieben

- häufig zu kleine und zu wenige Räume bei gestiegenem Raumbedarf aufgrund von Schülerzuwachs, umfangreichen Hilfsmitteln, veränderter Schülerzusammensetzung und wachsendem Personalkörper (externe Mitarbeiter_innen, Schulbegleiter_innen),
- zusätzliche Angebote wie z.B. Horte ohne Ausstattung (Anschluss- und Ferienbetreuung).

Trotz der Zunahme vor allen Dingen auch bürokratischer und verwaltungsbezogener Aufgaben erhalten Sonderschulen keine weiteren Ressourcen (zum Beispiel in den Schulbüros). Aber immer mehr Verwaltungsaufgaben (Anfragen, Statistiken, For-

mulare, Umstellungen) werden von Seiten der Behörde auf die Schulen übertragen. Schule arbeitet für die Behörde anstelle der uns eigentlich zustehenden Serviceleistungen durch die Behörde. Seit der Einführung der SVS hat dieser Negativtransfer zu unseren Lasten zugenommen. Der letzte fand mit der kurzfristigen Umsetzung der Schulhorte statt.

Deprofessionalisierung führt zu Standardabsenkung

Der Unterricht, die Erziehungsarbeit, Therapie und Pflege stellen hohe Ansprüche an die Kolleg_innen. In allen Bereichen wird auf hohem Niveau gearbeitet. Schulen erarbeiten selbstständig Curricula, organisieren Fortbildungen, bilden im Unterricht und in der Erziehung aus. Von Seiten der Behörde gibt es Vorgaben, die die Arbeit nicht real erleichtern. Sie beinhalten Aufgaben und Orientierungen (z.B. Orientierungsrahmen), die weder mit uns abgestimmt sind noch kritisch hinterfragt werden dürfen. Sie gelten a priori. Gleichzeitig war die Behörde seit Jahrzehnten nicht in der Lage, eine angemessene und

abgestimmte Bildungsplanung mit differenzierten Lehrplänen (analog zu Bayern, NRW, Brandenburg) für unsere Schulen auf den Weg zu bringen. (Erst jetzt zum Schuljahr 2017/2018 gibt es einen Bildungsplan für Schulen mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung.) Dies gilt auch für eine Stundentafel, die eine verlässliche Grundlage für alle Beteiligten sein würde und die entsprechenden Ressourcen fachlich begründet und angemessen auch generiert.

Stattdessen gibt es eine seit

Die Zunahme der Schüler_innen mit schwersten Behinderungen erfordert auch ausreichend Personal im Bereich der Therapie und Pflege

fast 30 Jahren nur einmal kostenneutral veränderte Schülerkopf-Zuweisung, die nie eine Anpassung inklusive Verbesserung vorsah und vorsieht. Die Klassenfrequenzen sind trotz der sich deutlich verändernden Schülerschaft unverändert geblieben. Schwerstbehinderte Schüler_in-

nen erhalten weniger Grundstunden als ihre Mitschüler_innen! In allen anderen Schulformen wurden die Zuweisungen mit Lehrerstunden erhöht, in dem die Frequenzen gesenkt wurden. Darüber hinaus erhalten die Sonderschulen als einzige Schulform keine Sprachförderung im DAZ-Modell bei nachgewiesen erhöhtem Bedarf.

Die Entprofessionalisierung spiegelt sich auch in der Versorgung und Unterstützung der Schulen mit Personal für Schüler_innen mit besonderen und erhöhten Unterstützungsbedarf wider.

Die Schulbegleitung nach individuellem Rechtsanspruch (SGB12) wurde zugunsten einer sog. Schullösung mit der Zuweisung von Kräften des Freiwilligen sozialen Jahres (FDJ) nach einem bestimmten Verteilerschlüssel geändert. Nicht das behinderte Kind mit seinen Sorgeberechtigten kann den Anspruch geltend machen, sondern die Schule muss über die einzelne Förderplanung eine Zuweisung ermöglichen und mit den zugewiesenen Mitteln auskommen. Bei einem Zuweisungsfaktor von 1 FSJ-Kraft auf 1,7 Schüler_innen ergeben sich verständ-

licherweise spürbare Engpässe. Der tatsächliche Bedarf kann häufig nicht ausreichend gedeckt werden.

Es stellt sich bei dieser Unterstützung nicht nur die Frage nach Quantität, sondern auch die nach angemessener Qualität. Frühere Zivildienstleistende und jetzige FSJler_innen sind wertvolle und auch gute Impulse einbringende Mitarbeiter_innen. Eine Ausstattung der Schulen mit einer dritten pädagogischen Kraft, die verlässlich und professionell im Team langfristig mitarbeiten kann, wäre die nachhaltigere Alternative. Zusätzlich würden dann immer noch FSJ-Kräfte gebraucht werden.

Die Zunahme der Schüler_innen mit schwersten Behinderungen erfordert auch ausreichend Personal im Bereich der Therapie und Pflege. Hier hat es in den letzten Jahren nie Verbesserungen gegeben. Die letzten Krankenpflegekräfte aus dem Asklepiospool sind bald ersatzlos verschwunden und die Behörde setzt insgesamt auf das Auslagern der Verantwortung für diese Aufgaben auf die Krankenkassen und Sozialhilfeträger. In der notwendigen Kooperation, die jetzt schon geleistet werden

muss (mit externen Anbietern), ergibt sich wieder eine Zunahme an bürokratischen Aufgaben. Dies ist nicht gewünscht und auch keine weitere Verteilung der Aufgaben mit Kolleg_innen mit stark abweichenden Verträgen und Arbeitsbedingungen.

Fazit: Hohe Ansprüche und Forderungen von Seiten der Behörde und Evaluationsinstanzen bei gleichzeitigem Abbau von Lehrerstunden und Standards.

Sonderschulen werden weiterhin von Eltern behinderter Kinder ausgewählt. Sie bieten qualifizierte Unterrichts- und Förderangebote und entwickeln sich in Hinblick auf ihre Schülerschaft und den damit verbundenen Anforderungen ständig weiter. Gleichwohl bleiben sie ein Stiefkind Hamburger Bildungspolitik. Kolleginnen und Kollegen werden deshalb im Frühsommer mit einer Initiative und Veranstaltung auf die besondere Entwicklung und die notwendigen Verbesserungen in ihren Schulen hinweisen. Sonderschulen wollen kein Stiefkind Hamburger Bildungspolitik mehr sein.

SVEN QUIRING

ULI HOCH

Fachgruppe Sonderpädagogik /
Inklusion

INKLUSION

Hinweis

Zum Artikel „Wohin geht die Reise?“ in hLz 1-2/2017, S. 22f.

Unser Autor Ulli Meister befürchtet, dass er durch die redaktionelle Bearbeitung seines Artikels falsch verstanden worden ist. Auf seinen Wunsch drucken wir die betreffenden Stellen hier in ihrer ursprünglichen Fassung ab.

DIE REDAKTION

• Der am Ende von S. 22 beginnende Absatz soll lauten:

Die Wiedereinführung des alten, klassischen Paradigmas einer Feststellungs- und Zuschreibungsdiagnostik in den Hamburger Grundschulen hat die Ansätze einer nicht-etikettierenden son-

derpädagogischen lern- und entwicklungsprozessbegleitenden Diagnostik der ehemaligen IR-Klassen ad absurdum geführt und, was für mich das Schlimmste ist, mit dazu beigetragen, dass das alte medizinisch-biologistische Modell als Erklärungsansatz zur Genese von „Behinderungen“ und „Störungen“ in den Schulen wieder Einzug erhält.

• Auf S. 23 soll es heißen:

Aber gleichrangig muss - aus meiner Sicht - die Aufklärung über Standardisierung, die die Individualisierung der Lernprozesse zu Grabe zu tragen droht, sowie eine Abkehr vom medizinischen Modell in der Diagnostik und von den alles übertragenden normvergleichenden Denk- und Handlungsmustern in der Öffentlichkeit kommuniziert werden, denn diese sind mit dem Grundgedanken der Inklusion unvereinbar.

**JETZT
UNTERSCHREIBEN!**

Eure Hamburger
SchülerInnen



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie ihr sicher den Medien entnommen habt, haben wir als Initiative 'Gute Inklusion' bereits nach sechs Wochen mehr als 10.000 Unterschriften erreicht, aber wir sind bisher nur knapp über der Mindestzahl und da wir ganz sicher gehen wollen, fordern wir euch auf, unverdrossen weiter zu sammeln, auch um den Druck auf den Senat zu erhöhen.

Wir würden gern die Unterschriftenzahl verdoppeln und planen, bis zum 2. Mai mit eurer Unterstützung zu sammeln. Dann soll das Thema im Schulausschuss und danach noch vor den Sommerferien in der Bürgerschaft behan-

delt werden. Wer noch Listen zu Hause hat, sollte sie spätestens in der Woche vom 24.4.-28.4. an die Adresse: Initiative Gute Inklusion / Moorbekweg 27 / 22359 Hamburg schicken.

Also: Egal wo ihr seid, habt immer eine Liste dabei und sprecht die Leute an, damit sie uns unterstützen können.

Herzlichen Dank
MARTIN REICHERT
(f. d. Initiative 'Gute Inklusion')

**Material und Listen runterladen unter
www.gute-inklusion.de**

Auf schwachen Füßen

Gedanken zu einer vom Schulsenator in Auftrag gegebenen Studie zur Lehrer_innenausbildung

Wenn der politische Wille der Regierenden sich nur gegen Widerstände durchsetzen lässt, ist es übliche Praxis, eine Arbeitsgruppe einzurichten oder eine Expertise in Auftrag zu geben. Im Fall der Weiterentwicklung

Paradigmenwechsel

In Sachen Grundschule schlägt die Kommission eine Abtrennung vom übrigen System vor. Darüber hinaus empfiehlt sie Mathe und Deutsch als verpflichtende Studienfächer. Es gab ja mal einen anderen Zeitgeist, da hieß es: ‚Kreativität in den Mittelpunkt‘ und dies bedeutete gerade die Stärkung der musischen Fächer. Heute scheint das Vorbild Singapur zu sein. Aus dieser Region der Welt werden ja immer wieder Spitzenmeldungen, was die kognitiven Leistungen betrifft, verkündet. Die Selbstmordrate wird nicht genannt.

der Lehrer_innenausbildung sah man dies wohl als notwendig an. So beauftragte der Bildungssektor eine Reihe von Expert_innen, die sich zu diesem Thema als Kommission Gedanken machen sollten. Der Auftrag sollte natürlich wissenschaftlichen Ansprüchen genügen. Und mit Wissenschaft verbinden Interessierte erst einmal Freiheit, die die Beauftragten als Voraussetzung für ihre Arbeit benötigen. Die war allerdings in diesem Fall von vornherein eingeschränkt. Denn wie soll man es sonst interpretieren, wenn in der Zusammenfassung der Expertise zu lesen ist: „Die empfohlene Lehramtsstruktur und Lehrerbildung orientiert

sich an der gegenwärtigen und absehbar zukünftigen Situation des Hamburger Schulsystems und seinen Anforderungen.“ (Hervorhebung von mir – J.G.; Empfehlungen*, S. 2)

Nun kann der Senator das ja so sehen. Wir halten die bestehende Schulstruktur mit ihrem 2-Säulen-Modell dagegen keinesfalls für zukunftsträchtig; erst recht nicht vor dem Hintergrund eines Schulfriedens, der ja erst in zwei Jahren ausläuft. Gemäß diesem selbst gebauten Konstrukt, das eigentlich jedem demokratischen Anspruch auf Meinungsstreit widerspricht, sollte man doch wenigstens fairerweise erst nach Ablauf dieses „Abkommens“ Bilanz ziehen, bevor man sagt: es läuft sowieso alles auf die Weiterführung des Bestehenden hinaus. So muss der Senator sich nicht wundern, wenn man ihn – wie man in Hamburg sagt – für ‘n Spökenkieker hält.

Die Expert_innen hatten also gar keine andere Wahl, als zu dem Ergebnis zu kommen, dass es neben dem Grundschullehramt zwei unterschiedliche Lehramtstypen geben muss, eben den der Stadtteil- und den der Gym-

nasiallehrkraft. Von daher sind die vorgelegten ‚Empfehlungen‘ nichts anderes als ein Gefälligkeitsgutachten und als Präjudiz für die Beibehaltung des 2-Säulen-Modells zu werten.

Wer in der Schule viele Jahre seinen Job als Lehrer in verrichtet, weiß, dass diese drei Lehramtstypen eigentlich auch die Fortschreibung des Status quo bedeutet. In fast allen Kol-

Von daher sind die vorgelegten ‚Empfehlungen‘ nichts anderes als ein Gefälligkeitsgutachten und als Präjudiz für die Beibehaltung des 2-Säulen-Modells zu werten

legen haben wir einen Mix aus den unterschiedlichen Lehramtstypen und jede_r weiß, dass die damit verbundene Hierarchisierung nichts weiter als latenten Neid und Missgunst produziert. Der „höhere“ Status, die bessere Bezahlung einschließlich Aufstiegsmöglichkeiten – all dies sind Relikte aus der Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts. Aber gerade das Nebeneinander im Lehrer_innenzimmer offenbart, dass die zwei Semester, die die Gymnasialkolleg_innen vielleicht länger studiert haben, keinesfalls Garant für ein „Bessersein“ bedeutet.

Zum Schmunzeln

Als es noch keine Massenuniversität gab, konnte es sich so manche_r Studierende leisten, in verschiedene Studiengänge erst einmal rein zu schnuppern, bevor sie oder er sich für ein bestimmtes Studium entschied. Manche_r leistete sich gar ein ‚studium generale‘. Auf jeden Fall ging es auch darum zu lernen, über den Tellerrand hinauszublicken. Hieran mag die Kommission sich erinnert gefühlt haben, als sie in ihr Gutachten schrieb, man solle doch aus selbigem Grund so etwas ermöglichen. Allerdings verließ sie der Mut, als es um die konkrete Forderung ging. Ganze 9 – in Worten: neun – von 300 creditpoints, die im Studium zu erwerben sind, empfiehlt sie, auf diesen Luxus zu verwenden.

Hoffnungsfroh

In Sachen Inklusion sind die Empfehlungen der Kommission begrüßenswert. Sie fordert die Inklusion als Querschnittsaufgabe über alle Lehrämter hinweg. Erst Recht lässt es aufhorchen, wenn die Expert_innen aus einer Fußnote zitieren: „So skizziert auch die Gemeinsame Empfehlung der Hochschulrektoren- und Kultusministerkonferenz für eine ‚Lehrerbildung für eine Schule der Vielfalt‘ (2015, Fußnote 5) eine inklusive Schule, in der die Anerkennung der verschiedenen Dimensionen von Diversität wie Behinderung, Familiensprache, soziale Lebensbedingungen, kulturelle und religiöse Orientierungen, Geschlecht sowie besondere Begabungen und Talent Berücksichtigung finden.“ (Empfehlungen... S. 19) Es ist schön, an dieser Stelle die GEW-Position wiederzufinden.

Da nützt es auch gar nichts, wenn die Expertenkommission mehrfach etwas von der Gleichrangigkeit der zu schaffenden Lehrämter fabuliert. Gerade im

Dschungel der KMK-Laufbahnrichtlinien werden genügend Fallstricke bereitliegen, um eine gleiche Bezahlung zu verhindern.

Auf welch‘ schwachen Füßen die ganze Empfehlung steht,

*Gerade das
Nebeneinander im Lehrer_
innenzimmer offenbart,
dass die zwei Semester,
die die Gymnasialkolleg_
innen vielleicht länger
studiert haben, keinesfalls
Garant für ein „Bessersein“
bedeutet*

lässt sich erahnen, wenn man die zögerlichen, in Fußnoten gepackten Formulierungen der Expert_innen liest. So heißt es dort: „Trotz der hohen Kongruenz der formalen Struktur des Lehramts an Stadtteilschulen mit dem fortbestehenden Lehramt an Gymnasien hat die Kommission sich entschieden, dem Grundsatz der schulformbezogenen Professionalisierung zu folgen und zwei Lehrämter für die beiden weiterführenden Schulformen (..)

zu empfehlen (...). Zwar wäre es vorstellbar, die beiden Lehrämter (...) als Varianten eines einheitlichen Lehramtes darzustellen; eine von der schulgesetzlich vorgegebenen Schulstruktur abweichende Lehramtsstruktur zu etablieren wäre jedoch in allererster Linie eine politische Entscheidung.“ (S. 30, Fußnote 16)

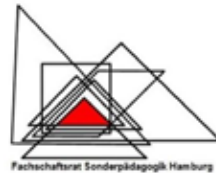
Die hohe Kongruenz, die die Expert_inne ausmachen, kann sich nur auf das Gymnasium beziehen, das bei einer Übergangsquote von über 50 Prozent eines Jahrgangs mit Heterogenität ähnlich viel zu tun hat wie so manche Stadtteilschule.

Wenn sich also die Expert_innen alles andere als sicher sind in ihrem Urteil, sollten wir dies als Chance nutzen, die Widersprüche zuzuspitzen. Ein einheitliches Lehramt, wie wir es fordern, wäre dann auf jeden Fall ein Präjudiz für ein Schulsystem, das insgesamt auf mehr Bildungsgerechtigkeit zielt.

JOACHIM GEFFERS

**Empfehlungen der Expertenkommission zur Fortschreibung der Reform der Lehrerbildung in Hamburg vom Dezember 2016*

Betroffene nehmen Stellung



Die Spaltung zwischen Stadtteilschulen und Gymnasien unterstützen wir unter keinen Umständen! Viel mehr möchten wir uns dafür einsetzen, ein Lehramt an weiterführenden Schulen einzurichten, das die Studierenden auf den Einsatz an Stadtteilschulen ebenso wie an Gymnasien vorbereitet. Die Trennung der Lehramtstypen mit einer stärkeren Heterogenität an Stadtteilschulen zu begründen, wie es im Bericht der Fall ist, widerspricht der ebenso großen – und unterstützenswerten – Forderung, Heterogenität und Inklusion an allen Schulen zu fördern. Alle Kinder bedürfen derselben Erziehungsmöglichkeiten. Der entsprechende Bildungs- und Erziehungsauftrag muss allen Studierenden gleichermaßen in der Praxisbezogenen Einführung im Bachelorstudium deutlich gemacht werden.

Aus: Stellungnahme zu der Veröffentlichung der Empfehlungen der Expertenkommission zur Fortschreibung der Reform der Lehrerbildung in Hamburg

Es gibt nur einen gemeinsamen Bildungsauftrag

Interview mit Luise Günther und Kerrin Kamzela, Sprecher_innen des Netzwerks Lehrer_innenbildung (Lebi) und Leiterinnen des Referat D (Aus- und Fortbildung) der GEW zu den Vorschlägen der Expertenkommission zwecks Neuordnung der Lehrer_innen-Bildung in Hamburg. Sie erarbeiten zurzeit eine Stellungnahme für die GEW

hlz: *Jetzt liegt sie vor, die Expertise einer Kommission, die Vorschläge für die Neuordnung, wahrscheinlich eher für die Weiterentwicklung der Lehrer_innen-Bildung vorgelegt hat. Was habt ihr denn daran auszusetzen?*

Luise Günther: Dass generell jemand etwas zur Lehrer_innen-Bildung macht, da habe ich erst mal gar nichts dagegen, weil es tatsächlich nicht alles so rund läuft, wie es rund laufen könnte. Das hat die GEW ja auch erkannt und arbeitet auf Bundesebene schon lange dazu.

hlz: *Das Gutachten ist ein ziemliches Konvolut - mit viel Lyrik, sagt man wohl. Wenn man den Inhalt fokussiert auf die wesentlichen Punkte, wo setzt eure Kritik an?*

Kerrin Kamzela: Erst mal vorweg: einige Punkte sind ja durchaus begrüßenswert, zum Beispiel, dass die Inklusion stärker in den Blick genommen werden soll. Hauptkritikpunkte sind zum einen die komplette Abspaltung des Grundschullehramtes, vor allem die Begrenzung auf Klassenstufe 1-4, weil es auch nicht dem entspricht, was in Hamburg bspw. in den Primarschulen, die ja als Schulversuch bestehen, läuft. Schulversuch bedeutet ja, dass man noch kein abschließendes Urteil dazu hat. Insofern präjudiziert der Vorschlag bereits die Abschaffung der Primarschulen. Zum anderen kriti-

sieren wir, dass Mathematik und Deutsch verpflichtend als Hauptfächer studiert werden sollen. Das sehen wir doch sehr kritisch, weil die anderen Fächer dadurch eine starke Abwertung erleiden; gerade auch im ästhetischen Bereich wie Theater, Kunst, Musik, Sport. Das alles sollte unserer Meinung nach nicht zurückgedrängt werden.

Luise Günther: Genau! Vor allem, wenn diese Fächer notgedrungen dann nur noch fachfremd unterrichtet werden können.

hlz: *In Hamburg wissen wir ja nun, dass gegenwärtig 50 Prozent aller Kinder einen Migrationshintergrund haben und dass das in bestimmten Stadtteilen bis zu 100 Prozent reicht. Meint ihr denn, dass das Gutachten ausreichend auf diesen Umstand eingeht?*

Luise Günther: Na ja, eine große Schwäche des Gutachtens ist, dass es „Lehrerbildung“ darüber schreibt, aber nur das Studium in den Blick nimmt. Da kann man sich ja denken, dass das nicht umfassend gedacht ist, genauso wie der Begriff „Inklusion“ gar nicht umfassend gedacht sein kann, weil er nur den kleinen Bereich betrachtet, mit dem man sich wissenschaftlich im Studium beschäftigt.

hlz: *Ihr meint, das Referendariat und die Weiterbildung überhaupt, beides bleibt im Gutach-*

ten ausgespart, müssten inhaltlich gefüllt werden?

Kerrin Kamzela: Ja. Auch wenn Einzelheiten später geklärt werden können, müsste die Lehrer_innenbildung doch als Ganzes in den Blick genommen werden, um herauszuarbeiten, welche Anteile und Inhalte in welcher Phase sinnvoll eingebracht werden können, damit ein aufeinander abgestimmter Bildungsgang entsteht, der beispielsweise Theorie-, Praxis- und Reflexionsphasen stärker verzahnt – ein Kritikpunkt, der ja immer wieder von mehreren Seiten formuliert wird. Nur so kann unserer Einschätzung nach letztlich den komplexen Anforderungen des Lehrer_innenberufes nachgekommen werden. Denn die Herausforderung, gleich an welchem Schultyp man beschäftigt ist, bleibt doch die gleiche: Wie schaffe ich es, den im Schulgesetz verankerten sehr umfassenden Bildungsauftrag zu erfüllen? Und der ist für alle Schultypen gleich.

hlz: *Und da – nehm' ich an –, setzt euer zweiter Hauptkritikpunkt an?*

Kerrin Kamzela: Ja, da können wir eigentlich noch weniger als im Grundschulbereich die Argumente nachvollziehen, warum es zwei getrennte Lehrämter, also eins für die Stadtteilschule und eins für das Gymnasium, geben sollte. Im Gutachten selbst gibt es Hinweise, dass diese gan-

ze Konstruktion sich aus einer Vorgabe der Politik heraus erklärt. In einer Fußnote wird auf jeden Fall gesagt, dass die Empfehlung dem Status quo, also der jetzigen Schulstruktur, zu folgen habe. Die Problematik zeigt sich doch bereits jetzt an vielen Stadtteilschulen, dass die Kolleg_innen nebeneinander sitzen, das Gleiche tun, zumindest in der Mittelstufe, aber nicht die gleiche Besoldung dafür erhalten, dass manche Abitur abnehmen, manche nicht, obwohl es an sich die gleiche Schulform ist. Und dann die mangelnde Flexibilität, die man damit schaffen würde: Dass das gymnasiale Amt dazu berechtigt, an beiden weiterführenden Schulformen zu unterrichten, das Stadtteilschullehramt nicht. Das schränkt natürlich die Einsatzmöglichkeiten für dann studierte Stadtteilschullehrer_innen ein. Naheliegend ist, dass diejenigen, bei denen die Note gut genug ist, in das gymnasiale Lehramt streben, um im Anschluss die Wahl zu haben, an welcher Schulform sie unterrichten und beide Fächer zum Abitur führen zu können, und die anderen dann gezwungen werden, das Stadtteilschullehramt zu studieren. Ob dann wirklich das Studium auf diese angeblich unterschiedlichen Bedürfnisse der Schulform konkret vorbereitet, wenn man doch gemeinsam an der Uni in den gleichen Veranstaltungen sitzt – anders ist es ja gar nicht finanzierbar –, das stellen wir infrage. Zudem würde eine Umstrukturierung, wie sie von der Expertenkommission vorgeschlagen wird, meines Erachtens eine schärfere Trennung von Stadtteilschule und Gymnasium fördern, aber wir dürfen doch nicht vergessen, dass das Abitur auch ein Ziel der Stadtteilschule ist – mit den gleichen Ansprüchen – und der Umgang mit einer heterogenen Schüler_innenschaft auch eine Aufgabe für Gymnasien.

Deshalb denken wir, sollten



Wir glauben nämlich, dass die Heterogenität der Schulen in Hamburg sehr viel größer ist als der Unterschied zwischen den Schulformen (v.l.: Kerrin Kamzela und Luise Günther)

alle Lehramtsstudierende gleich beide Fächer voll studieren, wie das im Gutachten fürs Gymnasialehramt beschrieben wird. Was die Heterogenität betrifft: die besteht mittlerweile auch an vielen Gymnasien. Eine Vorbereitung hierauf sollten also alle gleichermaßen erhalten.

Luise Günther: Ich glaube auch, dass die Heterogenität der Schulen in Hamburg sehr viel größer ist als der Unterschied zwischen den Schulformen. Wir haben Gymnasien, die in Bezug auf Heterogenität unter ganz ähnlichen Bedingungen arbeiten wie Stadtteilschulen und wir haben Stadtteilschulen, bei denen bilingualer Unterricht und Hochbegabtenförderung stattfindet, was man jetzt klischeehaft nur mit Gymnasien verbindet. Insgesamt kann die Schulform nichts darüber aussagen, welches Leistungsniveau ein Kind erreichen kann und welche individuellen Stärken es hat.

hlz: Aber mindestens, was die Inklusion betrifft, stimmt das ja nicht. Das schultern die Stadtteilschulen ja mehr oder weniger allein, obwohl das Gutachten Inklusion als Querschnittaufgabe fordert, sprich: alle angehenden Lehrkräfte darauf vorbereitet werden sollen. Wenn aber am

Gymnasium mehr oder weniger keine Kinder mit Förderbedarfen sind, warum sollte man denn die vielen Ressourcen da reinstecken?

Kerrin Kamzela: Es hängt in der Tat davon ab, was politisch gewollt ist. Aus unserer Sicht ist es ganz selbstverständlich, dass sich die Gymnasien in gleicher Weise wie die Stadtteilschulen mit Inklusion auseinandersetzen müssen. Warum sollten Kinder mit den allermeisten Förderbedarfen, wenn sie aufs Gymnasium können und wollen und sollen, nicht dort genauso zur Schule gehen können und entsprechend gefördert werden? Letztlich gehört zur Inklusion auch sehr viel mehr als der sonderpädagogische Förderbedarf. Die ganzen sprachlichen Unterschiede und Potenziale, die Kinder mitbringen, müssen natürlich am Gymnasium mindestens genauso gefördert werden. Kulturelle Vielfalt, die mitgebracht wird, muss man ja nicht als Schwäche sehen, sondern als Potenzial, das wertgeschätzt und produktiv genutzt werden sollte und damit die gesamte Schulkultur positiv verändern kann. Dafür müssen auch die Lehrer_innen entsprechend aus- und fortgebildet werden.

hlz: Aber wenn nun alle in In-

klusion entsprechend aus- und fortgebildet werden, braucht man ja vielleicht gar keine Sonderpädagog_innen mehr?

Luise Günther: Die haben ja noch eine andere Rolle. Sie arbeiten an der Schnittstelle zwischen Kind mit Förderbedarf und dann dem/der Fachlehrer_in oder dem/der Klassenlehrer_in. Das schließt sich überhaupt nicht aus. Da gibt es ja auch ganz viele verschiedene Modelle, wie eine Zusammenarbeit stattfinden kann.

Kerrin Kamzela: Natürlich muss es für manche Bereiche Experten geben. Ich finde schon, dass die Aufgabe jeder Lehrerin und jedes Lehrers ist, inklusive Schule zu gestalten und auf die jeweilige Verschiedenheit einzugehen. Aber das heißt nicht, dass es nicht Expertinnen und Experten gibt, um zum Beispiel in bestimmten Bereichen zu diagnostizieren, um Förderpläne auszuarbeiten und auch, um mit den Fachlehrerinnen und Fachlehrern zu kommunizieren oder um dabei Kolleg_innen zu unterstützen, die den Blick bezüglich der Besonderheiten von Lernschwächen zu erweitern helfen, um auch in diesem Kontext an der Schule eine gewisse Multiplikator_innenrolle einzunehmen; dafür braucht es unbedingt weiterhin Spezialist_innen. Das ist vielleicht vergleichbar mit Sprachförderung. Sie muss in allen Fächern stattfinden. Jede/r Biologielehrer_in muss darauf eingehen und trotzdem muss es Spezialisten für Deutsch als Zweitsprache geben. So sehe ich das für viele Bereiche und unbedingt braucht es die Sonderpädagog_innen! Die verschiedenen Fachrichtungen müssen auf jeden Fall erhalten bleiben. Kürzungen in diesem Bereich – wie sie aktuell wieder vorgenommen werden – halten wir für fatal! Es geht nicht an, dass wir nur noch die Spezialist_innen für Lernen

oder Sprache haben, so wichtig die auch sind. Es braucht natürlich auch weiterhin Spezialist_innen für „Hören“, „Sehen“, „geistige Entwicklung“ usw.

Luise Günther: Ich glaube, viele Fachlehrer_innen gucken primär auf den Unterricht. Wie kann ich den so gestalten, dass alle lernen? Dann von der sonderpädagogischen Seite zu hören: Guck mal, was das Kind jetzt alles schon geschafft hat an Kompetenzstufen!, das ist ganz toll! Das, glaube ich, ist ganz, ganz wichtig, zu erhalten, weil sich viele Sonderpädagog_innen ein bisschen auch als Anwältin der Kinder verstehen. Das ist, glaube ich, gerade auch wichtig für die Kolleg_innen, die noch wenig Erfahrung mit Inklusion haben, dafür zu werben, dass jedes Kind Fähigkeiten und Stärken hat.

hlz: Im Rahmen der vorgelegten Expertise durch die Kommission gibt es noch ein Sonder-votum des seinerzeit unter dem CDU geführten Senat amtierenden Staatsrats in der Schulbehörde Dr. Schmitz. Der sagt nämlich, dass eigentlich nur 15 Prozent der Lehrer_innen in der Oberstufe unterrichtet. Wenn nun alle auf Gymnasiallehreramt studieren, wie ihr das wollt oder auch wie die GEW das favorisiert, ist das dann nicht am Bedarf vorbei?

Kerrin Kamzela: Na ja, das ist die Frage. Wenn ich eine Schulform habe, die von Klasse 5 bis 12 oder 13 ausgerichtet ist, heißt das ja nicht, dass jeder immer alles machen muss. Die Möglichkeit zu haben, dass jeder alles, zumindest, was die Jahrgänge angeht, alles kann, bietet natürlich für die Kolleg_innen und die Schulleitung erst mal Möglichkeiten des flexibleren Einsatzes. Es gibt jetzt ja auch Kolleg_innen, die sagen: Ich sehe meine große Stärke bei den

jüngeren Schüler_innen und ich unterrichte vor allem in Jahrgang 5 bis 7 und habe da meinen Schwerpunkt. Und es gibt andere, die sagen: Ich habe einen Schwerpunkt in der Berufsorientierung, ich bin vorrangig im Jahrgang 8 bis 10 oder eben in der Oberstufe.

Luise Günther: Und auch hier kann man wieder die Übergänge ins Feld führen, die ich auch in der Mittelstufe im Blick haben muss: Worauf bereite ich meine Kinder eigentlich vor? Da ist es gut zu wissen, manche bereite ich auf eine Berufsausbildung vor. Was müssen die dafür eigentlich können? Und manche bereite ich eben aufs Abitur vor. Da ist es nicht verkehrt, alles im Hinterkopf zu haben, was sie in der Oberstufe leisten müssen. Dann ist das nämlich auch für die Jugendlichen, die dann in der Oberstufe landen, nicht mehr so ein großer Schock und so eine große Umstellung, dass man jetzt vielleicht ganz anders schreiben muss oder ein ganz anderes Pensum an Hausaufgaben zu bewältigen hat.

hlz: Nun sagt Dr. Schmitz, dass der Unterschied zwischen Stadtteilschul- und Gymnasiallehrer_in, so wie die Expertenkommission das vorschlägt, sich lediglich auf 3,3 Prozent des gesamten Studiums bezöge.

Kerrin Kamzela: Richtig.

hlz: Streiten wir da dann nicht um Kaisers Bart?

Luise Günther: Ja, natürlich, man könnte es einfach zusammenlegen und sagen: Hier, diese zehn von 300 Leistungspunkte, die der Unterschied sind, die kann man auch den Studierenden selbst überlassen und sagen: Du wirst dein Studium schon so ausrichten, wie du es für richtig hältst. Es ist ja jetzt auch so, dass ich in einem Modul die Wahl

habe zwischen verschiedenen Seminaren. Einige gehen eben in die Mehrsprachigkeit und andere in den Umgang mit Medien. Man kann ja den Studierenden auch durchaus zutrauen, dies selbst zu entscheiden.

Kerrin Kamzela: Zumal hinterher ja eben die Ausbildung noch eine ganze Weile weitergeht. Das haben wir am Anfang schon mal gesagt, das finde ich wichtig, im Blick zu behalten. Es muss eben nicht alles im Studium untergebracht werden – das Ende des Studiums ist nicht das Ende des Lernweges eines Lehrers, einer Lehrerin.

hlz: *Realisierte man dieses Modell, was jetzt die Expertenkommission vorschlägt, wie sehr liefe dann, eurer Meinung nach, das Ganze auch auf einen Zwei-*

bzw. Dreiklassenunterschied in der Lehrer_innenschaft hinaus?

Kerrin Kamzela: Die Wertigkeit und damit der Status spielt von Anfang an eine bedeutende Rolle. Das ist doch jetzt schon ein Problem. Wie ist das Ansehen des Studiums, des Bildungsweges? Aber auch hinterher: Wie ist es mit der Besoldung? Das ist natürlich auch eine Frage, die immer wieder gerade auch aus gewerkschaftlicher Sicht von Bedeutung ist. Der Schritt zu A13 für alle als Einstiegsgehalt ist natürlich das, was wir fordern. Die Problematik jenseits der Bezahlung liegt doch darin, dass das Stadtteilschullehramt, bei dem man ein Fach richtig und das andere so ein bisschen kann gegenüber der Gymnasiallehrkraft, die alles richtig kann, schon erahnen lässt, wie es um

das Ansehen der jeweiligen Gruppe bestellt ist. Unter den Kolleg_innen mag das gar nicht als so bedeutend angesehen werden, aber nach außen hin – gerade bei Eltern – sollte man das nicht unterschätzen. Das Image der Stadtteilschulen würde nicht gerade gestärkt dadurch. Und auch, wenn die Kommission möglicherweise von gleicher Bezahlung ausgeht, so ist das im KMK-Dschungel keinesfalls sicher. Werden dann noch weniger Männer das Grundschullehramt studieren, haben wir noch weniger männliche Kollegen gerade im Primarbereich? Das alles wollen wir nicht!

hlz: *Ich danke euch für das Gespräch.*

Das Interview führte
JOACHIM GEFFERS

Prüfsteine zum „Projekt zur Fortschreibung der Reform der Lehrerbildung“

- 1) Die allgemeinbildenden und sonderpädagogischen Lehrämter und deren Studiengänge gewährleisten Mobilität zwischen den Schultypen in Studium und Beruf.
- 2) Die allgemeinbildenden und sonderpädagogischen Lehrämter und deren Studiengänge stellen fach- und schultypenübergreifendes Lernen und Lehren sicher. Dies gilt auch für die allgemeinbildenden Fächer des Berufsschullehramts.
- 3) Die Lehrämter und Studiengänge halten die Balance zwischen der Spezialisierung auf den Hamburger Schuldienst und der Anschlussfähigkeit in anderen Bundesländern.
- 4) Die Zugangsvoraussetzungen zum Studium orientieren sich an den im Lehramt geforderten Kompetenzen und beim Berufsschullehramt zusätzlich an der Beruflichkeit. Ein Zugang über berufliche Vorerfahrungen und Quereinstiege wird ermöglicht.
- 5) Die Lehrämter und Studiengänge gewährleisten eine möglichst freie Wahl der Praktikums- und Ausbildungsschulen sowie des späteren Arbeitsplatzes.
- 6) Die Lehrämter beziehen sich auf einen gemeinsamen Bildungs- und Erziehungsauftrag. Dieser ist beim Berufsschullehramt um die Beruflichkeit erweitert.
- 7) Die Lehrämter und Studiengänge setzen die Themen Inklusion und Heterogenität in allen Schulformen um. Dies beinhaltet eine inklusionspädagogische Qualifizierung für alle Lehrämter. Für das Lehramt Sonderpädagogik muss eine behinderten- bzw. sonderpädagogische Vertiefung für alle Förderschwerpunkte, im Studium und im Vorbereitungsdienst, gewährleistet sein.
- 8) Die Lehrämter und Studiengänge ermöglichen und fördern das Arbeiten in multiprofessionellen Teams.
- 9) Die Lehramtsstudiengänge und der entsprechende Vorbereitungsdienst gewährleisten für alle zukünftigen Lehrer*innen ein hohes Maß an fachdidaktischer, fachlicher und allgemeinpädagogischer sowie personaler und sozialer Kompetenz.
- 10) Die Lehramtsstudiengänge lassen den Hochschulen die Freiheit, Curricula nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten zu gestalten.
- 11) Die Lehrämter und Studiengänge sind Ergebnis (erziehungs-) wissenschaftlicher Begründungen, nicht wirtschaftlicher oder schultypenbezogener.
- 12) Alle Lehrämter erhalten das gleiche Einstiegsamt: Studienrätin/Studienrat.

Beschluss des Landesvorstands der GEW am 17.1.2017

Der falsche Weg für ein inklusives Schulsystem

Stellungnahme der GGG zum Expertenbericht Lehrerbildung in Hamburg

Ausdrücklich begrüßt die Hamburger GGG, dass die Auftraggeber, die Senatoren Rabe und Fegebank, die Empfehlungen der Expertenkommission fast unkommentiert veröffentlicht und zu einer breiten gesellschaftlichen Diskussion aufgerufen haben. Daran wird sich die GGG engagiert beteiligen. Die Diskussion beginnt, der lange Bericht will genau studiert und abgewogen werden.

Dennoch möchten wir bereits zu diesem Zeitpunkt einige grundlegende Fragen stellen und damit unserer Sorge vor einer falschen Weichenstellung Ausdruck verleihen.

Die GGG gibt zu bedenken:

Das jetzige stufenübergreifende Hamburger Lehramt an der Primarstufe und Sekundarstufe I (umgangssprachlich als Grund-, Haupt- und Realschullehramt bezeichnet) entspricht den Anforderungen an eine Verzahnung von Grundschule und weiterführender Schule, schafft es doch damit die Voraussetzungen, dass überwiegend an der Primarstufe eingesetzte Lehrkräfte mit den Arbeitsweisen der Sekundarstufe I vertraut sind und umgekehrt. Auch wenn eine Weiterentwicklung der Lehrerbildung unbestreitbar notwendig ist, wird mit dem Vorschlag der Kommission zur Abkoppelung des Grundschullehreramtes eine Einschränkung vorgenommen, die, bezogen auf die Übergänge und die Schülerbiografien, nur als Rückschritt bezeichnet werden kann. Immerhin sind 20 Prozent der Hamburger Stadteilschulen Langformen von der Grundschule bis zum Abitur.

Wir befürchten darüber hinaus, dass mit der Abkoppelung und der empfohlenen Schaffung eines Grundschullehreramtes dessen Entwertung verbunden ist. Wir meinen, dass es auch und gerade im Grundschulbereich auf die Verbindung starker pädagogischer Kompetenzen mit hoher Fachlichkeit ankommt. Dies kann nur in der Gemeinsamkeit eines Grund- und Mittelstufenamtes gesehen werden.

Die Kommission weist zu Recht darauf hin, dass es für die Akzeptanz und die Qualität der Hamburger Stadteilschulen von immenser Bedeutung ist, über Lehrkräfte zu verfügen, die fachlich qualifiziert sind für die Anforderungen der Sekundarstufe II und gleichermaßen kompetent im Umgang mit Vielfalt und mit

Bereits unmittelbar nach Erscheinen der Empfehlungen hat sich die GGG am 21.1.2017 zum Expertenbericht Lehrerbildung in Hamburg geäußert. Ihre abschließende Stellungnahme wird derzeit erarbeitet.

Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern sind.

Entsprechend richtet sie ihre inhaltlichen Empfehlungen auf ein Stadteilschul-Lehramt aus, das bis auf relativ kleine Differenzierungen identisch mit dem gymnasialen Lehramt sein soll.

Wir fragen uns: Warum um Himmels Willen hat die Kommission aus den beiden Lehramtberufen nicht Eines gemacht für Lehrkräfte, die für ihre sehr unterschiedliche und auch an den Gymnasien heterogene Schülerschaft fachlich und pädagogisch

auf hohem Niveau ausgebildet sind?

Die Empfehlungen orientieren sich an der Schulstruktur, obwohl alle Schulen der Stadt gefordert sind, sich den großen gesellschaftlichen Herausforderungen, die mit den Begriffen Inklusion, Migration und dem Anwachsen von Diversität grob gekennzeichnet sind, zu stellen. Eine stärkere Orientierung an den Bedürfnissen und biographischen Möglichkeiten der Kinder ist von daher dringend nötig. Die Kommission war da allerdings nicht frei: Ihr Auftrag war die Entwicklung eines Konzeptes, welches das Zwei-Säulen-Modell in Hamburg auch in der Ausbildung abbildet. Mit einer Fußnote macht sie jedoch deutlich, dass hier politische Entscheidungen vonnöten sind (s.u.).

Zusammenfassend stellt die GGG fest: Inklusion bedeutet vorbehaltloses Miteinander und ist das Gegenteil von unverbindlichem Nebeneinander. Deshalb verwundert es, dass die Kommission empfiehlt, aus vier exklusiven Lehramtberufen nun fünf zu machen und so die Lehrerbildung noch weiter zu zersplittern, statt ein modernes und zukunftsfähiges Lehramt aus einem Guss zu kreieren, kompatibel für alle Schularten, mit Spezifizierungen für unterschiedliche Anforderungen. Für die weiterführenden Schulen hat sie das erkannt, hat sich aber in der Konsequenz den Vorgaben des Auftraggebers gefügt. Noch sind die Empfehlungen aber Empfehlungen und nicht in Blei gegossen. In den nun eingeleiteten Diskussionsprozess wird sich die GGG aktiv einbringen, um

zu erreichen, dass in der Lehrerbildung strukturelle Weichen gestellt werden, die ein inklusives Schulsystem fördern und nicht verhindern.

ANNA AMMONN,
Vorsitzende der GGG-Hamburg

PS: Inzwischen wissen wir, dass in etlichen weiteren Stellungnahmen ein einheitliches Lehramt für die Sekundarschule gefordert wird. Das ist sehr zu begrüßen. Der weitergehen-

de Ansatz für eine Schule von Jahrgang 0 bis 13 wird bisher nach meiner Wahrnehmung zu wenig diskutiert. Deswegen verweise ich an dieser Stelle noch einmal auf die Kenntnisse der Bildungsforscher Ulrich Vieluf und Johannes Bastian, die die Berliner Gemeinschaftsschulen wissenschaftlich begleitet haben. Sie machen deutlich, wie eine inklusive Schule funktionieren kann. Dort lernen Kinder mit unterschiedlichsten Ausgangsla-

gen von der 0. bis zur 10. Klasse zusammen und zwar erfolgreich: Sie kommen zu vergleichbaren Lernfortschritten bei gleichzeitiger Steigerung des Gesamtniveaus.

Eine wirklich inklusive Schule ohne Brüche und ohne Aussonderung bedürfte daher eines einheitlichen Lehramtes, das aber in den Empfehlungen der Expertenkommission gar nicht bedacht und nicht einmal als Option erwähnt wird.



Die GGG Hamburg und der VIHS laden ein.

Gemeinsames Lernen gelingt!

Vortrag und Diskussion

Vortrag: Dr. Annemarie von der Groeben

nach ihrem Vortrag im Gespräch mit **Barbara Duden**

Montag, 15. Mai 2017, 19.00 bis 21.00 Uhr

Ida Ehre Schule, Lehmweg 14, 20144 Hamburg, (Pausenhalle im Oberstufenhaus)

Annemarie von der Groeben ist **Mitbegründerin** des **Reformschulverbandes Blick über den Zaun**, dessen Leitideen und pädagogische Standards sie maßgeblich mitverantwortet. Sie wird anhand unterschiedlicher Beispiele aus der Praxis zeigen, wie es gelingen kann, einen Unterricht zu gestalten, in dem alle Kinder gemeinsam und individuell gut und mit Freude lernen können.

Sie wird aufzeigen, welche Rahmenbedingungen (z.B. Grundschulpflicht, Differenzierungsaufgaben, Steuerung der Schülerströme, Lehrerbildung, Teamstruktur, ...) ein solcher Unterricht braucht und wann er unter Umständen auch scheitern muss.

Gerade über den zweiten Teil werden wir uns im Anschluss an den Vortrag auch mit **Barbara Duden (bildungspolitische Sprecherin der SPD Hamburg)** austauschen können. Im Anschluss an die Veranstaltung gibt es wieder die Gelegenheit zum geselligen Austausch bei Getränken und Brezeln.

Anna Ammonn, Vorsitzende der GGG
Angelika Fiedler, Vorsitzende des VIHS

Über eine **Eintrittsspende** von 5 € (oder mehr) freuen wir uns.
Eine **Teilnahmebescheinigung** stellen wir Ihnen auf Wunsch gerne aus.

VISdP: GGG Landesverband Hamburg, Anna Ammonn, ggg.anna.ammonn@hamburg.de

„Grundschulempfehlung – Nein danke!“

Unter diesem Motto hatte der Bildungsclub Hamburg am 22. Februar 2017 in Zusammenarbeit mit der Bürgerschaftsabgeordneten Dora Heyenn zu einer Fachtagung ins Rathaus eingeladen und eine Online-Petition ins Leben gerufen

Sigrid Strauß begrüßte für den Bildungsclub die über 40 Teilnehmenden, darunter Lehrkräfte aus Schulen und Hochschulen, Eltern, Studierende, sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Behörden und Presse. Sie diskutierten die Auswirkungen der „Grundschulempfehlung“ in Hamburg.

Der Schulforscher Ulrich Vieluf verschaffte den Anwesenden einen Überblick über das Schulsystem in der Hansestadt seit 1947. Einen besonderen Akzent legte er auf die Auslesemechanismen von Beginn der Einführung des gegliederten Schulsystems seit 1953. Als Empiriker präsentierte er Zahlen, die deutlich machten, dass die Verteilung der Schüler und Schülerinnen auf die Schulformen stark mit deren sozialer Herkunft korreliert. Ulrich Vieluf war selbst an der Schulgesetzänderung 2010 beteiligt. Geplant war eine Schullaufbahneempfehlung, die eine Einschätzung zur Schullaufbahn und – nach Beratung durch die Lehrerinnen und Lehrer – die Entscheidung durch die Eltern (Elternwahlrecht) vorsah. Dietrich Wersich hat in seinem kurzen Zwischenspiel als Schulsenator in der CDU-Alleinregierung daraus eine Schullaufbahneempfehlung gemacht. Schulsenator Rabe hat daran unbeirrt festgehalten. Praktiziert wird seitdem das Ankreuzen einer Schulformempfehlung entweder bei „Stadtteilschule“ oder „Stadt-



**Dokumente zur
Veranstaltung unter:
www.vernetztlernen.net**

**Die Online-Petition kann
hier unterzeichnet werden:
[https://www.openpetition.de/petition/online/
grundschulempfehlung-
nein-danke](https://www.openpetition.de/petition/online/grundschulempfehlung-nein-danke)**

teilschule oder Gymnasium“.

Zur Betrachtung der rechtlichen Seite hatte der Bildungsclub den renommierten Rechtswissenschaftler der Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Wolfram Cremer, eingeladen. Der Wissenschaftliche Direktor des Instituts für Bildungsrecht und Bildungsforschung hatte ein Rechtsgutachten für Bayern erstellt, demzufolge die verbindliche Übertrittsempfehlung nach Klasse 4 verfassungswidrig ist. Nach seiner Auffassung verstößt

die Praxis an bayerischen Schulen gegen die Grundrechte der Eltern in der Bayerischen Verfassung (Art. 126 Abs. 1) und im Grundgesetz (Art. 6 Abs. 2 S. 1).

„Die Entscheidung über den Bildungsweg des Kindes liegt eindeutig bei den Eltern“, betont Cremer und beruft sich dabei auf das Bundesverfassungsgericht.

In Hamburg wird eine unverbindliche Grundschulempfehlung praktiziert, die in eine Schulformempfehlung mündet, nämlich „Stadtteilschule“ oder „Stadtteilschule oder Gymnasium“. Aus Sicht des Rechtswissenschaftlers widerspricht diese Praxis dem § 42 Absatz 4 des Hamburgischen Schulgesetzes. Das Wort Empfehlung taucht in dem Zusammenhang gar nicht auf, sondern es ist die Rede von „Einschätzung“. Er vertrat die Auffassung, dass bereits die Klage eines Schülers oder einer Schülerin ausreichen würde, um diese gesetzeswidrige Praxis zu beenden.

Die Hamburger Journalistin Kaija Kutter berichtete aus Elternsicht, welche Auswirkungen die Grundschulempfehlung auf Familien hat. Dabei sei festzustellen, dass es Eltern immer wichtiger werde, dass ihre Kinder eine Gymnasial-Empfehlung bekämen. Für diesen „Grundschulorden“, wie sie es in diesem Zusammenhang nannte, würde von der 2. Klasse an alles getan. Insbesondere in Gymnasien gehe man wie selbstverständlich

davon aus, dass sich die Eltern als Hilfslehrer_innen betätigten. Frau Kutter nannte die Grundschulempfehlung eine „Gemeinheit“, weil sie Kinder, die kein Kreuz beim 8-jährigen Gymnasium erhielten, diskriminiere.

Nach einer lebhaften Diskussion zwischen Publikum und Referenten stellte Dora Heyenn,

Bürgerschaftsabgeordnete und Mitglied im Schulausschuss seit 2008, eine Initiative zur Abschaffung der Grundschulempfehlung vor. Dabei handelt es sich um eine Online-Petition an den Schulsenator.

Die Teilnehmenden appellierten an den sozialdemokratischen Schulsenator Rabe, die jetzige

Praxis der Grundschulempfehlung abzuschaffen und ab dem Schuljahr 2018/2019 eine pädagogisch qualifizierte Beratung zu gewährleisten, damit die Eltern ihre Entscheidung im Sinne ihrer Kinder treffen können.

DORA HEYENN und
SIGRID STRAUSS

AUSSTELLUNG

Nicht ohne uns

Mitbestimmung – demokratisches Gestaltungsprinzip oder geschicktes Manöver der Arbeitgeber?

Die Ausstellung zeigt die Entwicklung der Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltung seit

1945. Mitbestimmung wird als wesentliches demokratisches Gestaltungsprinzip der sozialen

Marktwirtschaft beschrieben. Die Bilder und Dokumente der Ausstellung veranschaulichen auch die Auseinandersetzung um das Mitbestimmungsgesetz von 1976 und erläutern, welche gegenwärtigen Herausforderungen veränderte Organisationsformen und Lebensstile, der wirtschaftliche Wandel und die Globalisierung an die Mitbestimmung stellen. Mehrere Führungen, auch für Schulklassen, werden angeboten. In Begleitveranstaltungen werden Themen wie Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsbelastung, Arbeitsschutz, Demokratie in Betrieben und Zukunft der Arbeit diskutiert. Partner der Ausstellung in Harburg und Träger der Begleitveranstaltungen sind der DGB Hamburg, DGB Hamburg-Harburg, IG BCE Hamburg-Harburg und der kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA). Den Flyer mit detaillierten Informationen über Ausstellung, Begleitveranstaltungen und Führungen gibt es unter folgenden Kontakten: christian.kroencke@dgb.de und heike.riemann@kda.nordkirche.de

WOLFGANG BRANDT



**Ausstellung der Hans Böckler
Stiftung in der Bücherhalle
Hamburg-Harburg, Eddebüttel-
straße 47a, 4.-23. Mai 2017**

Traumjob Wissenschaft?!

Hamburg – Stadt der „Guten Arbeit“ oder der leeren Versprechungen?

Die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen sind geprägt von Zeitverträgen, unsicheren Berufsperspektiven, mangelnder Ausstattung der Arbeitsplätze und einer zunehmenden Arbeitslast. In Hamburg wurde, auch auf Grund zunehmender Aktivitäten insbesondere an der erziehungs- und der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Uni Hamburg, 2013 von Seiten der Behörde eine AG „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ eingerichtet, die gesetzliche Änderungen sowie einen „Code of Conduct“ (CoC) für die Hochschulen auf den Weg brachte (siehe hlz 3-4/2015 und 1-2/2016). Steter

Tropfen höhlt den Stein. Heute leugnet niemand mehr die massiven Probleme. Verbesserungen werden in Aussicht gestellt – und erste, wenn auch kleinere Erfolge sind erzielt. Somit gilt es weiter zu bohren.

In einer Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom Januar 2017 (DS 21/7386) wird ein Sachstand zur Umsetzung des CoC gegeben, der jedoch insbesondere im Abschnitt zur Uni Hamburg besser klingt, als es dort tatsächlich ist. Noch immer dominieren prekäre Stellen, wenn überhaupt auf Stellen und nicht auf Stipendien, Lehraufträgen oder „selbstfinanziert“ gelehrt und geforscht wird und

das im Gegensatz zum Leitbild „Stadt der Guten Arbeit“ und den Intentionen des CoC.

Vergütungssätze der Lehrbeauftragten

Wie in der CoC-Arbeitsgruppe erarbeitet und vereinbart, hat die zuständige Staatsrätin im Dezember 2016 eine neue Verwaltungsverordnung zur Lehrauftragsvergütung erlassen. Einerseits begrüßt die GEW diese dringend notwendige Erhöhung der Obergrenzen für die Vergütungssätze von Lehrbeauftragten von 40 auf 60 Euro. Mit dieser seit 14 Jahren ersten substantiellen Erhöhung werden die langjährigen Forderungen der GEW



Fotos: Wolfgang Svensson

Studierende vor ihrer alma mater: Sie wollen nicht von unterbezahlten Lehrbeauftragten unterrichtet werden

aufgegriffen. Zu unserer großen Enttäuschung wurden aber die Lehrauftragsvergütungssätze nicht einfach erhöht, sondern stattdessen ein Rahmen festgelegt, bei dem die Untergrenze sogar unter dem alten Wert liegt und nur die neuen Höchstsätze höher liegen als die alten Sätze. Die Festschreibung eines verpflichtenden allgemeinen Satzes von 60 Euro wäre für die Betroffenen angemessen und notwendig gewesen. Die den Hochschulen zugewiesenen Mittel müssten nun von der Behörde entsprechend dem gestiegenen Bedarf durch die Erhöhung der Obergrenzen angepasst werden – was nicht passiert.

Die in diesem Bereich besonders aktiven Bewegungswissenschaftler_innen argumentieren bisher erfolgreich bei ihren Lehraufträgen, dass, wer bisher den Höchstsatz erhielt, diesen auch künftig erhalten muss, womit der Stundensatz von 40 auf 60 Euro für „professorengleiche“ Lehre angehoben würde. In den Geisteswissenschaften der Uni Hamburg hat das Dekanat dagegen beschlossen, den Satz weiterhin auf 40 Euro einzufrieren, zumindest für das Sommersemester. Allerdings regt sich hierzu im Fakultätsrat Widerspruch und das Thema soll auf einer künftigen Sitzung ausführlicher behandelt werden.

Mit Blick auf die Gesamtsituation der Lehre fordert die GEW – über die aktuell in Aussicht gestellte Honoraranpassung hinaus – eine weitergehende Erhöhung der Lehrauftragsvergütung auf mindestens 85 Euro, damit kein Anreiz mehr besteht, reguläre Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter_innen abzubauen und durch „billigere“ Lehre durch Lehrbeauftragte zu ersetzen.

Wissenschaftliche Mitarbeiter_innen mit ausschließlicher Lehrtätigkeit (WiMiLe)

Noch immer sind fast 1/5 der

WiMiLe nach § 28 (3) des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) befristet beschäftigt, obwohl sie mit meist 14 bis 16 Semesterwochenstunden (SWS) Lehre eindeutige Daueraufgaben verrichten. Seit einem Jahr schreibt das HmbHG jedoch vor, dass für Daueraufgaben unbefristete Stellen einzurichten sind. Wir fordern seit längerem von der Uni ein, die Entscheidung für eine sachgrundlose Befristung nach Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) (ohne BEEG) darzulegen und zu erläutern, wie überhaupt eine Qualifizierung auf den nach Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) befristeten Stellen erfolgen kann. Auch der Personalrat des wissenschaftlichen Personals an der Uni Hamburg (WIPR) beobachtet mit Sorge einen Anstieg der sachgrundlosen Befristung nach § 14 (2) TzBfG mit Begründungen wie Unsicherheit über den künftigen Struktur- und Entwicklungsplan (STEP) der Uni Hamburg. Außerdem ist ein generelles Überdenken dieser Kategorie im Hinblick auf das Selbstverständnis als Universität dringend geboten: Eine Weiterentwicklung zu mehr Dauerstellen im akademischen Mittelbau für Forschung und Lehre ist notwendig, dabei ist eine Lehrverpflichtung von maximal 10 bis 12 SWS anzustreben, verbunden mit Anteilen zur Forschung, Weiterbildung und Mitwirkung an der akademischen Selbstverwaltung. Die Einführung einer Kategorie vergleichbar mit derjenigen der Universitätslektor_innen an der Universität Bremen ist daher ein Desiderat.

Umsetzungsprobleme und Vermeidungsstrategien beim Code of Conduct

Für Beschäftigte mit Promotions- bzw. Habilitationsabsicht sieht das HmbHG Stellen nach § 28 (1) bzw. (2) vor. Wenn aus Etatmitteln Stellen nach § 28 (3) finanziert werden – die keine

zusätzlichen Leistungen, sondern nur Lehre bzw. projektorientierte Forschung beinhalten –, obwohl eine erkennbare Promotions- bzw. Habilitationsabsicht besteht, werden die Ziele des CoC bewusst umgangen: Dies geschieht regelmäßig bei Stellen aus der Leistungsorientierten Mittelvergabe (LoMi) oder Gleichstellungsmitteln mit einer Laufzeit zwischen 3 und 12 Monaten. Diese Stellen bieten keine Perspektive, innerhalb ihrer Laufzeit die Promotion/Habilitation abzuschließen. Es werden alternative Qualifizierungsziele angeführt, die nur Teile des eigentlichen darstellen (z.B. ein Vortrag, eine Publikation oder ein Kapitel der Dissertation). Aus Etatmitteln werden auch des Öfteren „Projekte“ finanziert mit der Folge, dass auch hier statt nach § 28 (1) bzw. (2) nach § 28 (3) trotz erkennbarer Promotions- bzw. Habilitationsabsicht eingestellt wird. Hiermit werden alle Vorgaben des CoC zu Laufzeit und Qualifikationsanteil gezielt umgangen. Die GEW fordert, dass bei allen Stellen, auf denen eine Qualifizierung nach WissZeitVG erfolgt, künftig darauf geachtet werden muss, dass die Laufzeit auch dem tatsächlichen (und nicht nur dem vorgeblichen) Qualifikationsziel angemessen ist und ein Qualifikationsanteil von mindestens 30 Prozent gewährt wird – wie dies auch im CoC vereinbart wurde.

Vorschläge der GEW zur Weiterentwicklung des CoC

Um die dringend benötigten Verbesserungen für das wissenschaftliche Personal zu erreichen, schlägt die GEW folgende Maßnahmen vor:

- Festschreibung des Stellenumfangs von Promotionsstellen auf mind. 2/3-Stellen (wie schon jetzt üblich bei Drittmittelstellen, die von der DFG bewilligt werden). Promotionsstellen im Umfang von 50 Prozent zwingen in Hamburg wegen Mieten und

Lebenshaltungskosten zu Nebentätigkeiten.

- 4-Jahresvertrag bei Promotionsstellen. Bei insgesamt 171 Verlängerungen bei § 28 (1) (= Promotions-)Stellen gegenüber 123 Einstellungen kann man nicht von Einzelfällen reden. Die Promotionsdauer ist regelhaft länger als 3 Jahre und macht in den meisten Fällen eine Verlängerung erforderlich. Sie liegt bundesweit zwischen 3,5 und 4,5 Jahren (Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs, kurz BuWiN 2017, S. 32).

- Verlängerung von Promotionsstellen zum „Promotionsabschluss“ mit einer Mindestlaufzeit von 6 Monaten vereinbaren (zurzeit alles zwischen 1 Monat und 2 Jahren).

- Verlängerung von Postdoc-Stellen (3+X) um ganze 3 Jahre in Anlehnung an die 2. Phase der Juniorprofessur. Der § 28 (2) ist in der derzeitigen Form zu öffnen, alle Verlängerungen zwischen 1 Monat und 3 Jahren sind möglich.

- Verzicht auf sachgrundlose Befristungen nach TzBfG im wissenschaftlichen Bereich oder genaue Definition der Fälle, in denen dies unbedingt erforderlich ist.

- Mehr Dauerstellen: Das Verhältnis von 322 unbefristeten Stellen nach § 28 (3) (= Stellen ohne Qualifizierungsanteil) gegenüber 2522 befristeten Stellen nach § 28 (1-3) ergibt einen Befristungsanteil von ungefähr 9 zu 1 im akademischen Mittelbau. Hier besteht ein Entwicklungsbedarf für deutlich mehr Dauerstellen im akademischen Mittelbau, die neben den Professuren ebenfalls Daueraufgaben in Forschung und Lehre wahrnehmen. Wenn ein signifikanter Aufwuchs der Professuren in nächster Zeit nicht in Aussicht gestellt wird, lassen sich nur dadurch die Karriereperspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses nachhaltig verbessern. Ein verantwortungsvolles Per-

sonalentwicklungskonzept muss zu einem angemessenen Verhältnis von Promotionsstellen (Etat/Drittmittel) zu Postdoc-Stellen (Etat/Drittmittel) zu unbefristeten Mittelbau-Stellen für Dauer-

ten Hamburger Hochschulen erfolgen – also aus Kürzungen zulasten anderer Bereiche. Von der Anschubfinanzierung von 13,6 Mio. tragen Staatskanzlei und Bürgerschaft nur rund 5,4



Fürsorgliche Behörde: Ruhezeiten an der Edmund-Siemers-Allee auch für Lehrbeauftragte

aufgaben in Forschung und Lehre (Etat) in Instituten/Fachbereichen kommen. Mindestquoten an Dauerstellen sind für die Kalkulierbarkeit von akademischen Karrierewegen dringend erforderlich. Die GEW fordert in ihrer „Wittenberger Erklärung“ eine Entfristungsoffensive im akademischen Mittelbau.

Wachsende Stadt bei schrumpfendem Budget?

Anfang Februar überraschte der Senat mit der Ankündigung, bis 2020 rund 33 Mio. in den Ausbau der Hamburger Informatik stecken und dafür 33 neue Professuren für rund 1500 neue Studienplätze einrichten zu wollen. Die Finanzierung soll zu Teilen aus „nicht genutzten Mitteln der Hochschulen“ und insgesamt zum größten Teil aus den Budgets der vier beteilig-

Mio. (Hamburger Abendblatt vom 5.3.17). Schon im Dezember war angekündigt worden, dass die Wissenschaftsbehörde sich im Rahmen der Landesforschungsförderung als Drittmittelgeber mit rund 17,3 Mio. an Forschungsvorhaben bis 2020 beteiligen wird. Die im Koalitionsvertrag dokumentierte Bereitschaft zur Nachverhandlung über den jährlichen Aufwuchs von 0,88 Prozent abhängig von den Tarifentwicklungen erteilte die grüne Senatorin jüngst vor dem Akademischen Senat der Uni Hamburg erneut eine Absage. Dem steht andererseits gegenüber, dass die nun feststehenden Einschreibungszahlen zum Winter 16/17 ein Allzeit-Hoch von 100.589 Studierenden an den 19 Hamburger Hochschulen feststellen. Das entspricht einer Steigerung von 2,8 Prozent ge-

genüber dem Vorjahr (Hamburger Abendblatt vom 25.11.16). Das bedeutet mehr Lehrleistung bei schrumpfendem Etat. Hinzu kommen noch Unsicherheiten in der längerfristigen Planung.

Abbau fachwissenschaftlicher Kapazitäten droht

Zwei Gutachten und die Frage, für welche Strategien sie genutzt werden, beschäftigen die Fachgruppe zurzeit: Nachdem im Januar des Vorjahres das Gutachten des Wissenschaftsrates (WR) den MIN-Fächern an der Uni Hamburg sehr gute Noten erteilt und finanziellen Nachholbedarf festgestellt hatte, wurde in diesem Januar die Präsentation des WR-Gutachtens für die Geistes- und Sozialwissenschaften bei grundsätzlich guten Noten nicht mit ähnlichen Forderungen verbunden. Zugleich wird zweitens die Umstrukturierung der Hamburger Lehramtsausbildungen von den „Empfehlungen der Expertenkommission zur Fortschreibung der Reform der Lehrerbildung“, der sogenannten Terhart-Kommission, begleitet.

Schon jetzt wird mit diesem Papier argumentiert, wenn Kürzungen vorgenommen werden. Das Papier, ausschließlich von Erziehungswissenschaftler_innen und Kultusbürokraten erarbeitet, sorgt zugleich für große Sorge in den an der Lehrerbildung beteiligten Fachwissenschaften. Die nach dem Hamburger Modell in den Erziehungswissenschaften beheimateten Fachdidaktiken – sofern sie noch existieren – sehen sich ebenso bedroht, wie ein erheblicher Abbau fachwissenschaftlicher Kapazitäten aus den geplanten neuen Modellen zu befürchten ist. Daher unterstützt die GEW die gemeinsame Stellungnahme der Fachschaftsrate Lehramt an beruflichen Schulen zur prekären Personalsituation in der Berufs- und Wirtschaftspädagogik wie auch die Kritik des Fachschaftsrats Sonderpädagogik an den Stellenstreichungen in der Behindertenpädagogik.

Weiter dicke Bretter bohren

Das Lehrauftragsthema, der CoC-Prozess, die Umsetzung des Tenure-Track-Programms, die

Personalratsarbeit und die Auseinandersetzung um einen StEP, der tatsächlich der Entwicklung einer mittel- bis langfristigen Strategie auch und vor allem im Bereich des Wissenschaftlichen Nachwuchses dient, bilden weiterhin besondere Schwerpunkte der Hamburger GEW-Arbeit im Bereich Hochschule und Forschung.

Ein Dank für die grundsätzlich positive Entwicklung hin zu etwas mehr Beschäftigungssicherheit und die Aufrechterhaltung eines Handlungsdruckes gegenüber der Uni und der Behörde geht insbesondere an unsere Aktiven in der Fachgruppe, die sich auch in verschiedenen Gremien der Uni – ob im Akademischen Senat oder im Personalrat – engagieren. Wir werden weiter bohren, um hier deutlichere Verbesserungen zu erreichen.

FREDRIK DEHNERDT
(stellv. Vorsitzender),

JOCHEN MEISSNER und

MARC HINZELIN (Sprecher der
FG Hochschule und Forschung)

REZENSION 1

Vom Bohren dicker Bretter

Zahlen und Argumente zum Zusammenhang von Wirtschafts-, Steuer- und Bildungspolitik

Alle Verbesserungen im Bildungsbereich, seien es Gruppen- und Klassengrößen, moderne Räume und die digitale Ausstattung oder die Arbeitsbedingungen und Einkommen der Beschäftigten, kosten Geld. Es ist das Grundanliegen der GEW, dafür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Auf nahezu jede Forderung an die Regierungen kommt die Antwort: Dafür ist kein Geld da! Sorry, wir müssen die Schuldenbremse einhalten!

Die GEW bleibt jedoch dabei, dass eine „vernünftige“ Finanzierung und Ausstattung des Bildungswesens eine zwingende Voraussetzung für eine demokratische, inklusive, soziale und auch wirtschaftlich prosperierende Gesellschaft in unserem Land ist. Diese Voraussetzung ist weiterhin nicht gegeben. In dieser Situation hat sich die GEW entschlossen, die Initiative „Bildung. Weiter denken!“ zu starten, um mehr Geld für die Bildung durchzusetzen.

Denn: Bessere Bildung in Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Berufsbildung, Hochschule und Weiterbildung sowie die Verbesserung der Arbeits- und Einkommens- und der sonstigen Rahmenbedingungen in allen Bildungseinrichtungen können nur erreicht werden, wenn Bund, Länder und Kommunen erheblich mehr Geld für Bildung aufwenden. Aktuelle Herausforderungen wie z.B. die Inklusion, die Ganztagschulen, die Integration der geflüchteten Kinder,

Bildung. Weiter denken!

GEW

Bildungsfinanzierung. Weiter denken: Wachstum, Inklusion und Demokratie.

Warum jetzt dringend mehr Geld für Bildung ausgegeben werden muss.
Und woher es kommen sollte!

www.gew.de/weiter-denken

Jugendlichen und Erwachsenen, die Gestaltung des Bildungsprozesses in einer Migrationsgesellschaft, die Sanierung maroder Bildungseinrichtungen und ihre digitale Ausstattung sind ohne eine Erhöhung der Bildungsausgaben nicht zu bewältigen.

Um diese Ziele zu erreichen, ist dreierlei notwendig:

Erstens – eine verstärkte Einmischung in die Auseinandersetzung um die Finanzpolitik,

zweitens – eine anschauliche Darstellung der Anforderungen zur Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen in den Bildungseinrichtungen

und drittens – die Erzeugung von gesellschaftlichem Druck durch Aktionen, Bündnisse, Lobbyarbeit und gemeinsame Appelle mit gesellschaftlich relevanten Gruppen.

Zu nennen wären hier zum

Beispiel unsere Aktivitäten im Kita-Netzwerk, bei der Volksinitiative „Gute Inklusion“, in der AG „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ oder auch unser Appell „Schule für geflüchtete Kinder und Jugendliche“.

Unser Ziel ist, eine verbesserte Bildungsfinanzierung durchzusetzen. Wir wollen die Politik überzeugen, dass gute Bildung mehr Geld wert ist.

Um eine kompetente Einmischung in die Auseinandersetzung über die aktuelle und zukünftige Finanzpolitik in Deutschland zu ermöglichen, hat die GEW Bund mehrere Studien vorgelegt:

- Die Studie „Bildungsfinanzierung der öffentlichen Hand – Stand und Herausforderungen“ ermöglicht, Einzelpositionen der aus GEW-Sicht notwendigen Bildungsausgaben zu beziffern.

- „Richtig gerechnet!“ ist das Steuerkonzept der GEW, das erläutert, mit welchen steuerpolitischen Maßnahmen die Einnahmeseite so verbessert werden könnte, dass gute Bildung und gute Arbeit finanzierbar wären.

Nun stellt die Studie „Bildungsfinanzierung. Weiter denken: Wachstum, Inklusion und Demokratie“ den Zusammenhang zwischen der Wirtschafts- und Steuerpolitik, der Bildungsfinanzierung und der gesellschaftlichen Entwicklung dar. Es handelt sich um eine fundierte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Politik der letzten Jahrzehnte. Diese hat dazu geführt, dass die öffentliche Daseinsvorsorge und damit die finanzielle Ausstattung der Bildung so weit zurück gefahren wurden, dass die aktuellen Herausforderungen nicht mehr zu bewältigen sind.

Die Studie soll dazu dienen, Argumentationslinien in der herrschenden Finanz- und Wirtschaftspolitik zu verstehen und Gegner_innen eines handlungsfähigeren Staates wissenschaftlich begründete Argumente entgegen zu halten. Gleichzeitig soll die Studie die Gefahren aufzeigen, die eine mangelnde finanzielle Ausstattung der Bildung für die Gesellschaft beinhaltet – und die Chancen, wenn eine Umkehr stattfindet! Die Auseinandersetzung um die Finanzpolitik und das Eintreten für eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Bildung ist das „Bohren dicker Bretter“, vor allem auch deshalb, weil auch für andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge mehr Finanzmittel benötigt werden.

Die Broschüre kann über die Geschäftsstelle bezogen werden. Zu Vorstellung und Diskussion dieser Studie werden wir eine Veranstaltung mit dem Autor durchführen.

Referate B Bildungspolitik
und C Bildungsfinanzierung

Erst kaputtgespart, dann privatisiert?

Eine Sammlung von Argumenten gegen Bildungsprivatisierung und für staatliche Bildungsfinanzierung

Private Bildungseinrichtungen gab es in Deutschland schon immer; nicht selten auch gegründet und betrieben, um Defizite im öffentlichen Bildungswesen zu vermeiden und Reformalternativen zu praktizieren. Dazu kamen konfessionelle Einrichtungen mit ihren spezifischen Ansätzen. Hierbei entwickelten sich einige – vor allem pädagogisch – sinnvolle Alternativen, zumal die Arbeits- und Vergütungsbedingungen der Beschäftigten durchaus mit denen des öffentlichen Bildungswesens vergleichbar waren und nicht Gewinnerzielung der Grundzweck war. Das hat sich geändert: Das öffentliche Bildungswesen wird in die Zange genommen.

Alle sollen mit allen im Wettbewerb stehen: die öffentlichen Einrichtungen untereinander, die Privaten untereinander und die Privaten mit Öffentlichen. Was sind die Folgen?

Die bereits bestehende Chancengleichheit wird noch größer, die soziale Selektivität und die gesellschaftliche Spaltung nehmen weiter zu. Demokratische Beteiligung, Mitbestimmung und Kontrolle werden minimiert. Bildungsinhalte und vermittelte Qualifikationen werden nur noch an der ökonomischen Verwertbarkeit orientiert. Die pädagogisch Beschäftigten werden weniger denn je in der Lage sein, gemeinsam für eine angemessene Ausstattung der Bildungseinrichtungen zu streiten. Schließlich werden sie ja gerade trainiert, untereinander

um die Verteilung viel zu geringer Mittel zu kämpfen. Auf der Strecke bleibt die Solidarität, auf der Strecke bleibt das Engagement für die Verwirklichung des Rechts auf Bildung für alle! Das gilt es zu verhindern.

über die letzten 1 ½ Jahre mehrere Artikel für die hlz verfasst, in denen wir das Thema Bildungsfinanzierung und Bildungsprivatisierung aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet haben. Sie beschäftigen sich u.a. mit den Themen Selbstverantwortete Schule, Schulbau oder auch Propaganda und Produktwerbung an Schulen. Zur Übersicht über die Lage, aber auch zur Unterstützung unserer Forderungen erscheint nun eine Broschüre, in der die Artikel zusammengefasst sind und die einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen hin zu immer mehr Privatisierung in allen Bereichen des Bildungswesens in Hamburg gibt: „Privati-



Die Position der GEW ist klar: Bildung ist keine Ware und darf nicht privatisiert werden! Bildung ist ein öffentliches Gut und muss ihren Beitrag dazu leisten, die Gesellschaft demokratisch und friedlich weiterzuentwickeln!

In diesem Kontext haben wir in den Referaten B Bildungspolitik und C Bildungsfinanzierung

sierungsreport Hamburg. Erst kaputtgespart, dann privatisiert? Zur Lage öffentlicher Bildung in Hamburg“. Sie ergänzt damit die Privatisierungsberichte des GEW Hauptvorstandes. Wir wünschen eine unterhaltsame Lektüre!

Die Broschüre kann über die Geschäftsstelle bezogen werden.

Referate B Bildungspolitik und C Bildungsfinanzierung

GEMEINSAM statt G20



Das Repertoire des westlichen Imperialismus erschöpft sich allerdings nicht in Militäreinsätzen. NATO und EU unterminieren z.B. auch die – mitunter autoritäre – Herrschaft unliebsamer Staatsoberhäupter, indem sie Oppositionelle und „bunte“ Bewegungen sponsern, während sie ihre Widersacher, etwa Wladimir Putin oder Baschar Al-Assad, dämonisieren, delegitimieren und deren Handeln anhand doppelter Standards bewerten. Reicht dies nicht aus oder ist es nicht möglich, unterstützen die FührerInnen der „freien Welt“ autoritäre Regime, wie z.B. in der Türkei und den Golfmonarchien, politisch, mit Waffen und Geld. Außerdem unterhalten sie Marionettenregierungen, unter anderen in Kiew, Kabul oder Bagdad ebenso wie islamistische Organisationen in Syrien, schicken Militärberater- und -ausbilderInnen, z.B. nach Mali oder Somalia, und statten ihre Verbündeten mit Geheimdienstinformationen aus. Parallel dazu werden in Metropolen wie den USA oder der BRD Polizei, Geheimdienste und Militär mit neuen Waffen bzw. Technologien und Befugnissen ausgestattet, um Angst zu schüren, Unmut auf Sündenböcke umzuleiten und Protest im Keim zu ersticken.

Die Leidtragenden des internationalen Wettlaufs um Absatzmärkte, natürliche Ressourcen, billige Arbeitskräfte und geostrategische Einflussphären sind nahezu immer dieselben: allen voran die arbeitenden und marginalisierten Bevölkerungen in den Peripherien des kapitalistischen Weltsystems und die ohnehin geschwächten progressiven Bewegungen. Gleichzeitig werden die natürlichen Lebensgrundlagen zunehmend zerstört.

Anlässlich des Besuchs der politischen Verantwortlichen für den Flächenbrand im Nahen Osten und Osteuropa, die Zuspitzung der imperialistischen Konkurrenz um Afrika und die Militarisierung nach Innen und Außen werden wir über die Hintergründe, die Interessenlagen und die Kriegsursachen einzelner internationaler Konflikte sowie die militärische Aufrüstung in Deutschland im Rahmen einer mehrteiligen Veranstaltungsreihe informieren. Für die Wut auf die politischen und ökonomischen Charaktermasken der kapitalistischen Produktionsweise und den notwendigen Protest gegen den G20-Gipfel in Hamburg gibt es viele gute Gründe – man muss sie nur kennen!

Ziemlich beste Freunde – Die Golfmonarchien

Gerd Schumann (Berlin)

Dienstag, 28. März 2017, 19:00 Uhr

Ort: Magda-Thürey-Zentrum (MTZ), Lindenstraße 10

Go East? Zum Status quo des Ukraine-Konflikts

Kai Ehlers (Hamburg), Susann Witt-Stahl (Hamburg)

Donnerstag, 27. April 2017, 19:00 Uhr

Ort: Magda-Thürey-Zentrum (MTZ), Lindenstraße 10

Afrika im Fadenkreuz westlicher Imperialismus

Werner Ruf (Kassel)

Donnerstag, 11. Mai 2017, 19:00 Uhr

Ort: Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 10

Ein „Akt der Barbarei“? Der Syrien-Konflikt

Karin Leukefeld (Bonn)

Dienstag, 20. Juni 2017, 19:00 Uhr

Ort: Club!Heim, Sternschanze 4 (im Schloßpark)

Vom Hafengeburtstag bis G20 – Die Herausforderungen an der Heimatfront

Alison Dorsch (Bündnis Bildung ohne Grenzen)

Montag, 3. Juli 2017, 19:00 Uhr

Ort: Internationales Zentrum B5, Brigittenstraße 10

Mit freundlicher Unterstützung:



V.i.S.d.P.: Karl Kock, Mühlenfeld 107, 21075 Hamburg

Monarchien und der Westen

Denallee 72

aine-Konflikts
Hamburg

Uhr
Denallee 72

Interessenpolitik?

Uhr
15, Hinterhaus

n-Krieg nach Aleppo

anzenpark)

Die Bundeswehr im Einsatz an

Bundeswehr – BoB, Hamburg)

straße 5

Offizieller Medienpartner:

■ DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

7 Hamburg

WIR WOLLEN EURE KRIEGE NICHT!

— Veranstaltungreihe zu G20 —

Anfang Juli treffen sich RegierungsvertreterInnen der „Gruppe der 20“ (G20) auf Einladung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und mit freundlicher Unterstützung des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz (SPD) in Hamburg. Die führenden politischen RepräsentantInnen des globalen Kapitalismus versammeln sich in der Hansestadt, um die weltweite ökonomische Ausbeutung und politische Herrschaft in ihrem Sinne zu organisieren.

Dies geht nicht gänzlich widerspruchsfrei. Sobald die politischen und ökonomischen Interessen des westlich-imperialistischen Blocks dies- und jenseits des Atlantiks nicht friedlich erfüllt werden können, sorgen US-amerikanische GIs und europäische SoldatInnen im Nahen Osten (Irak, Afghanistan, Syrien, Jemen), in Afrika (Libyen, Somalia, Mali, Elfenbeinküste) oder Osteuropa (Ukraine) für ihre Durchsetzung. Der permanente Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln und im Namen von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit ist auch für die herrschende Klasse der Bundesrepublik mittlerweile so normal wie in George Orwells düstersten Vorstellungen.

Frieden statt Imperialismus!

Vor dem Kollaps?

Erzieher_innen sagen: Stopp! Es reicht!

„Was sollen wir denn noch alles auffangen? Wir haben jahrzehntelang die Sparpolitik des Hamburger Senats im Kita-Bereich ausgeglichen, zum Wohl der Kinder und für eine Bildungsqualität, die wir vertreten können. Jetzt sollen weitere Verschlechterungen hinzukommen. Es reicht! Wir machen das nicht mehr mit“, entrüstet sich Kita-Leiter_innen bei Sonderreffen des Initiativkreises des Alternativen Wohlfahrtsverbands SOAL im März. Gerne werden wir den steigenden Anforderungen gerecht, bilden uns weiter in Sachen Sprachbildung, Inklusion, Interkulturelle Kompetenz, Medienbildung, Bildung zu nachhaltiger Entwicklung und vieles mehr, aber dafür gibt das Gutschein-System keine Res-

ourcen her!

In der Tat leisten wir Hamburger Erzieher_innen enorme Kraftanstrengungen, um das Kita-System aufrecht zu erhalten und gleichzeitig die Bildungsqualität zu halten bzw. weiter zu entwickeln.

Zusätzlich sollen wir Aufgaben übernehmen, für die wir nicht zuständig sind. Dabei werden wir punktuell mit Programmen bei der Stange gehalten, die lächerliche Erleichterungen anbieten: mit Kita-Plus gegen zunehmende Kinderarmut und ungleiche Bildungschancen, mit Sprach-Kitas gegen institutionalisierten Rassismus im Bildungssystem, mit Kita-Einstieg gegen kindeswohlgefährdende Flüchtlingspolitik.

Mehr als satt und sauber – und zwar jetzt!

In Hamburg formiert sich Widerstand. Nicht nur im Kita-Netzwerk (s. Kasten S.37), das durch viele spektakuläre Aktionen auf die Missstände aufmerksam macht, auch im Alternativen Dachverband SOAL regt sich unter den Mitgliedseinrichtungen Protest. „Verweigert euch!“ ist die Devise. „Hört auf, dieses kranke System zu stützen, macht den Notstand sichtbar und holt die Eltern ins Boot, es geht schließlich um deren Kinder!“, so ein Aufschrei der Initiator_innen des Protests.

Hamburger Erzieher_innen fordern seit langem eine angemessene Personalausstattung (1:3 in der Krippe, 1: 7 im Elementarbereich) und die Berücksichtigung der Ausfallzeiten. (Die Quote liegt bei 25 Prozent, bedingt durch Urlaub, Krankheit, Fortbildung und die Sicherung von Vertretung sowie die Berücksichtigung von Zeiten für die mittelbare Pädagogik, d.h. Vor- bzw. Nachbereitung,

Foto: Elke Straub



Bei einem SOAL-Initiativ-Treffen im März: Mitarbeiter_innen inszenieren eine Gerichtsverhandlung. Angeklagt ist der Hamburger Senat wegen mehrfacher Verletzung der UN-Kinderrechtskonvention

Kita-Netzwerk Hamburg

Das KITA-Netzwerk Hamburg ist ein trägerübergreifendes Bündnis aus Eltern, Pädagog_innen und Leitungskräften.



Es setzt sich ausdrücklich für alle Träger ein und will bessere Bedingungen für ALLE Kinder in Hamburg.

Die monatlichen Treffen sind für alle Interessierten offen.

Elterngespräche, Elternabende, Dokumentationen, Berichte, etc.). Bei der Berechnung des Leistungsentgelts, über das sich Kitas in der Regel ausschließlich finanzieren, wird all dies nicht angemessen berücksichtigt.

Fachkräftemangel versus Verbesserung des Personalschlüssels – nie und nimmer!

Der Hamburger Senat und mit ihm die BASFI haben die Entwicklung verschlafen und wollen dies auf dem Rücken der Erzieher_innen gut machen:

- Parallel zum quantitativen Kita-Ausbau wurde es versäumt, ausreichend Fachkräfte auszubilden. Derzeit fehlen in Hamburg mehr als 2000 Erzieher_innen.

Wer sich beruflich orientiert, wird sich kaum für den Beruf 'Erzieher_in' begeistern, der, abgesehen von den katastrophalen Arbeitsbedingungen (mit Burn-out-Garantie) eine unattraktive Entlohnung zu bieten hat: Zu niedrig, um eine Familie ernähren zu können. Viele Erzieher_innen sind auf Nebenjobs angewiesen.

- Der im Eckpunktepapier verhandelte Kompromiss bei der Verbesserung des Krippen-Personalschlüssels bis 2019 auf 1:4 steht aufgrund der Per-

sonalsituation auf der Kippe. Vorseilend werden schon Pläne geschmiedet, den Zeitpunkt nach hinten zu verlegen. Schmachhaft gemacht werden soll diese bittere Pille durch das Angebot eines Strukturgleichs zwischen Tarif- und Nicht-Tarifanwender_innen.

Ein Kompromiss zum Kompromiss mit Leckerli? „Niemand“, sagen die aufgebracht Kolleg_innen und bestehen auf der Einhaltung der Eckpunktevereinbarung über einen Schlüs-

sel von 1:4 in der Krippe bis 2019. Der Fachkräftemangel muss dann durch eine Reduzierung der Platzzahl pro Gruppe von 12 auf 11 Kinder überbrückt werden. Kinder haben ein Recht auf hoch qualifizierte Erzieher_innen, meinen die Praktiker_innen. Pädagogisch ist das sinnvoll, aber mit erheblichen Konsequenzen für Angebot und Nachfrage an Krippenplätzen. „Es ist nicht unser Job, Versäumnisse der Politik durchzurechnen, dann müssen auch die Hamburger Eltern in Bewegung kommen!“, sagen die wütenden Vertreter_innen der Einrichtungen.

Tariftreue – aber sicher und ohne Risiko!

Der angebotene Strukturausgleich (jährlich sinkende Erhöhungssätze für Tarifanwender_innen, die sich 2021 für alle Anwender_innen und Nicht-Anwender_innen leicht erhöhen sollen) bedeutet in keiner Weise, dass Tariflöhne auch refinanziert werden und ausgezahlt werden können. Dieser Deal soll als Belohnung für Tariftreue verkauft werden. Das ist an Sarkasmus kaum zu übertreffen. Wenn der

Aufruf an alle Hamburger Erzieher_innen

- Hört auf zu jammern, beteiligt euch an Aktionen, die den Missstand öffentlich machen!
- Kommt zu Versammlungen des Kita-Netzwerks!
- Informiert euch! Lasst euch nicht verdummen!
- Macht euch stark für Kinderrechte und Bildungsqualität! Immer und überall!
- Macht die hlz und andere Medien zu euren, bringt eure Belange nach außen!
- Mobilisiert euch, eure Träger und die Eltern! Gemeinsam für Veränderung zum Wohl aller Kinder!
- Solidarisiert euch, auch wenn ihr noch glaubt, keinen Grund für Protest und Widerstand zu haben!
- Unterzeichnet die Petition für mehr Personal in Kitas (<https://weact.campact.de/petitions/erholung-des-betreuungsschlüssels-in-der-kinderbetreuung>)
- Hört auf, alles schaffen zu wollen!
- Verweigert euch, macht nicht mehr mit! Entwickelt Alternativen und fordert sie ein!

Erzieher_innen-Beruf attraktiv werden soll – und das muss er schleunigst –, wenn das System nicht zusammenbrechen soll, dann müssen alle Träger_innen die Zahlung von Tariflöhnen arbeitsvertraglich verankern können, ohne betriebswirtschaftliche Risiken eingehen zu müssen.

Flexibilisierung – gerne, mit 8-Stunden-Gutscheinen für alle!

Dass die Verantwortlichen in der Politik fachlich offensichtlich überfordert sind, zeigt sich auch im Ansinnen der Flexibilisierung der Gutscheine im Elementarbereich. In der Krippe ist die Flexibilisierung schon länger ein aus pädagogischer Sicht kritisierendes Einsparverfahren bei der Gutscheinebewilligung. Der Elementarbereich soll nun folgen, weil 2015 im Koalitionsvertrag flexiblere Öffnungszeiten und Stundenverteilungen festgeschrieben wurden, um Elternwünschen entgegen zu kommen.

Gutscheine werden dann auch im Elementarbereich knapp ent-

lang der Arbeitszeiten der Eltern bewilligt, was bedeutet, dass Kinder nur an den Tagen die Kita besuchen können, an denen ihre Eltern arbeiten und dies auch nur im Zeitfenster der täglichen Arbeitszeit der Eltern. Die FDP denkt sogar über Monats- oder gar Jahreskontingente bei der Flexibilisierung nach.

In der LEA-Sitzung am 23. März verschante sich auch Dr. Bange hinter diesem imaginären Elternwunsch, der aber in der Sitzung aus fachlich versierter Sicht der Anbieter_innen und auch von Elternseite relativiert wurde. Daraufhin zerterte Dr. Bange, dem Elternwillen scheinbar ergeben, den doch so großen Anreiz von kostenfreien 5-Stunden-Plätzen wiederholt in die Diskussion, um die Flexibilisierung zu rechtfertigen. Um alle Interessen unter einen Hut zu bringen, stehe nun ein Kompromiss in der Vertragskommission zur Entscheidung, der den Besuch der Kita an mindestens vier Tagen der Woche vorsieht, frei wählbar zwischen 8.00 und

16.00 Uhr.

Niemand käme auf die Idee, diese Flexibilität auch von Schulen zu fordern! Warum dann für die Kita, als wichtigstem Lernort in der Bildungslaufbahn eines Kindes?! In der gesamten Diskussion des Abends war von den Bedürfnissen der Kinder keine Rede.

Die Idee von Kita-Flexibilisierung zeugt nicht nur von Ignoranz gegenüber dem Recht auf Bildung, sondern auch von einer Vorstellung der Kita als Kinder-Depot zu arbeitsmarktkompatiblen Aufbewahrungszeiten. Gruppen- und Bildungsprozesse spielen hier offensichtlich keine Rolle.

Eine Umsetzung der Flexibilisierung auch im Sinne berufstätiger Eltern sehen wir allein in der Bewilligung von täglich 8 Stunden für alle Kinder. Nur so lassen sich flexible Öffnungszeiten qualitativ verantwortlich abdecken, auch bei kleineren Trägern, und gewähren den Kindern eine Kontinuität in ihren Bildungsprozessen. Dies muss auch allen Eltern klar werden, wenn ihnen hochwertige frühkindliche Bildung ein Anliegen ist und die Entwicklungschancen für ihr Kind erste Priorität haben.

Qualität – ja, bitte!

Wir wünschen uns eine Zusammenarbeit auf fachlicher Ebene statt Anweisungen zur Umsetzung von Einsparungen im Kita-Bereich. Anerkennung, Wertschätzung und ein entsprechendes Empowerment könnte das Hamburger Kita-System vor dem Zusammenbruch retten. Oder braucht Hamburg den großen Kita-Gau, um endlich aufzuwachen?

ELKE STRAUB,
Kinderladen Maimouna



Das Kita-Netzwerk Hamburg gibt Frau Senatorin (für Soziales) Melanie Leonhard Anstöße mit auf den Weg bei der Auftaktveranstaltung im März zu: „Medienpädagogik in Hamburger Kitas“

Bundesweit für Sie da: mit Direktbank und wachsendem Filialnetz.

Für mich: das kostenfreie Bezügekonto¹⁾

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied. ²⁾ Voraussetzung: Neueröffnung Bezügekonto, Gutschrift auf Ihr Bezügekonto. ³⁾ Nur Hauptkarte, Voraussetzung: GEW-Mitgliedschaft; alternativ auch MasterCard[®] Classic mit gleichen Leistungen möglich.

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.¹⁾

Vorteile für GEW-Mitglieder:

- 50,- Euro Gutschrift bei Kontoeröffnung²⁾
- Kostenfreie Kreditkarte VISA ClassicCard³⁾

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile**

Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:

Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder www.bbbank.de/GEW

BBBank eG
Glockengießerwall 2
20095 Hamburg



GEW Vorteile für
GEW-Mitglieder!

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Wolfgang Neckel

Am 14. März 2017 starb nach längerer Krankheit Wolfgang Neckel in Hamburg. Als Vorsitzender der GEW und langjähriger Landesschulrat wird er in Erinnerung bleiben.

Wolfgang Neckel kam am 9.3.1926 als Sohn des Rechtsanwalts und Notars Walter Nekkel in Lübeck, der Heimatstadt seiner Mutter, zur Welt. Seine Jugendjahre verlebte er in Neubrandenburg. Hier besuchte er die Grundschule und dann das humanistische Gymnasium, das er 1943 mit dem Reifezeugnis verließ. Als Siebzehnjähriger kam er zur Wehrmacht, bei der er zuletzt, als 19-Jähriger, den Dienstgrad eines Leutnants innehatte. Im September 1945 kehrte er aus der Kriegsgefangenschaft zurück.

Neckel leitete dann zunächst in Lübeck 1946/47 ein Kinderheim. Anschließend absolvierte er eine Lehre als Weber und arbeitete in der Folgezeit im Hochofenwerk Lübeck. 1950-1952 studierte er in Kiel an der Pädagogischen Hochschule (Wahlfach Geschichte, daneben Theologie). 1952 wurde Wolfgang Neckel in Hamburg als Lehrer an der Volksschule Krausestraße angestellt.

Wolfgang Neckel engagierte sich bildungspolitisch in der SPD und der Gesellschaft der Freunde (GEW). Von 1963 bis

1966 war er Vorsitzender der Hamburger GEW.

Als engagierter Schulreformer setzte er sich besonders für die Einrichtung und inhaltliche Gestaltung der Gesamtschulen ein. Im Dezember 1965 wurde Wolfgang Neckel Schulrat und am 1.4.1968 Landesschulrat in Hamburg.

Als GEW-Vorsitzender kritisierte er das dreigliedrige Schulwesen und insbesondere die Selektion nach der vierten Klasse: „Der Aussagewert der Auslese, die alljährlich darüber entscheidet, welche Kinder nach der vierten Grundschulklasse für die Oberschule geeignet sind, ist gleich null!“ Im Curio-Haus fand dazu 1964 eine Jahrestagung der GEW statt. „Auslesen oder fördern“ war das Thema des Referats von Wolfgang Neckel. Er plädierte für eine Förderstufe in Klasse fünf und sechs, in der Volks- und Oberschulen zusammenarbeiten sollten. „Der Verdacht, dass damit die sechs-

Foto: Michael Meyborg / GEW



...im Jahr 1991. Wolfgang Neckel vorne rechts, dahinter sein Nachfolger Günther Willroth, gefolgt von Hans-Peter de Lorent, teils verdeckt dahinter der ehemalige Schulsenator Joist Grolle, links stehend in der 2. Reihe die damalige Schulsenatorin Rosemarie Raab

jährige Grundschule (die es bis 1953 in Hamburg gegeben hatte) durch die Hintertür wieder eingeführt werden könnte, wurde zurückgewiesen.“ (Abendblatt vom 30.4.1964) Es war inhaltlich die Vorüberlegung dafür, später als Landesschulrat die Einrichtung von Gesamtschulen in Hamburg voranzutreiben.

In Wolfgang Neckels Zeit als GEW-Vorsitzender wurde insbesondere die Erhöhung der Besoldung der Volksschullehrer_innen gefordert, verbunden mit universitärer Ausbildung und Referendariat. Dafür drohte die GEW 1965 mit 25 „Kampfmaßnahmen“, unter anderem keine Klassenfahrten, keine Hausbesuche, keine Schulfeste durchzuführen.

Als Wolfgang Neckel von Schulsenator Drexelius zum Landesschulrat ernannt wurde, gab es heftige Reaktionen bei der Opposition. Die CDU kündigte an, sich „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr setzen. Neckel hat sich immer wieder als Verfechter einer harten sozialistischen Schulkonzeption ausgewiesen.“ Es bestehe Gefahr für den schulpolitischen Frieden. Während die GEW die Entscheidung für Wolfgang Neckel begrüßte, erklärten die konservativen Lehrerverbände: „Es verfestigt sich der Eindruck, dass in Hamburg die Ernennung leitender Schulbeamter zunehmend nur von aktiver Betätigung in der Volksschullehrer-Gewerkschaft abhängig gemacht wird.“ (Abendblatt vom 17.1.1968)

Als Landesschulrat trat Wolfgang Neckel für die Erprobung und den Ausbau von Gesamtschulen ein, förderte die Mitspracherechte der Schülerschaft und stellte sich auf zahlreichen Vortrags- und Diskussionsabenden zu Themen wie Neue Schul- und Unterrichtsformen, Mitbestimmung von Eltern und Schülern sowie einem engagierten Schulbauprogramm der Schulöffentlichkeit. Ende 1969 propagierte er den Bau von Gesamtschulen

und war davon überzeugt, mit dem Bau großer integrierter Bildungszentren in Mümmelmannsberg und Steilshoop für bis zu 2400 Schülerinnen und Schüler ein pionierhaftes Modell vorzulegen.

Als Wolfgang Neckel am 20.6.1988 im Kaisersaal des Rathauses verabschiedet wurde, schrieb das Hamburger Abendblatt, dass sich unter ihm „die Hamburger Schullandschaft entscheidend verändert hat, das dreigliedrige System wurde aufgebrochen, die Gesamtschulen wurden eingeführt.“ Schulsenatorin Rosemarie Raab lobte Neckels absolute Loyalität. Neckel ging mit einem Brecht-Zitat: „Gedenkt unserer in Nachsicht“. Künftig wolle er sich um Schullandheime und Schulgeschichte kümmern. Und das tat er dann auch.

Es kamen hier zwei pädagogische Leidenschaften zusammen: sein Engagement für die Schullandheimbewegung und seine Unterstützung für das 1990 eröffnete Hamburger Schulmuseum.

Schon als Junglehrer an der Schule Krausestraße betätigte er sich als Leiter des schuleigenen Schullandheims Lankau. Er war aber nicht nur ein engagierter Praktiker des Schullandheims, sondern er setzte sich auch früh für eine reformpädagogisch orientierte pädagogische Arbeit im Schullandheim ein. In der Szene hatte er bald einen guten Namen. 1973 wurde Neckel zum Ersten Vorsitzenden des nationalen Ver-

bandes der Schullandheime gewählt. Mit großem Engagement und seinen guten Beziehungen zur KMK und zur Politik konnte er den Verband sowohl materiell wie auch inhaltlich stärken und weiterentwickeln. Es wurden pädagogische Modellprojekte entwickelt, das Handbuch „Pädagogik des Schullandheims“ und die vier Bände „Projektarbeit im Schullandheim“ wurden zu Wegweisern für einen gelingenden Aufenthalt von Schülerinnen und Schülern im Schullandheim. Neckels Bedeutung für diese Bewegung wird auch daran deutlich, dass die Kolleg_innen ihn zum Ehrenvorsitzenden des Verbandes wählten, nachdem er 1986 den Vorsitz abgegeben hatte.

Bleibt seine zweite Leidenschaft. Wie kein anderer in der Schulbehörde hat Wolfgang Neckel sich am Ende seiner Dienstzeit für die Gründung eines Hamburger Schulmuseums eingesetzt. Im Museumsverein übernahm er den zweiten Vorsitz. Mit seiner Hilfe konnte das Museum seit 1990 in der Rudolf Roß Schule, ab 2000 in der Seilerstrasse seine erfolgreiche Arbeit aufnehmen. Wolfgang Neckel blieb dem Museum ein treuer Begleiter und Förderer. Auf die Gründung des Museums war er stolz, seine letzte größere pädagogische Tat, wie er meinte.

REINER LEHBERGER,
PETER DASCHNER,
HANS-PETER DE LORENT

Einladung

In Zusammenarbeit mit der GEW laden wir zu einer Veranstaltung zum Gedenken an Wolfgang Neckel am Donnerstag, den 4.5.2017, um 17 Uhr in das Hamburger Schulmuseum, Seilerstr. 42 ein.

Es gibt kurze Beiträge zum pädagogischen Wirken von Wolfgang Neckel, u.a. von Joist Grolle und den Unterzeichnern sowie die Möglichkeit zum Austausch im Gespräch bei Kaffee und Kuchen. Um Voranmeldung über die Geschäftsstelle wird gebeten. Telefon 040/414630-0

Geschichtsdebatten im Abaton II

Hannes Heers Vortragsreihe „Der Skandal als vorlauter Bote“ geht weiter

Mit finanzieller Unterstützung einer Reihe von sechs Organisationen – nicht zuletzt der GEW – hat am 15. Januar Hannes Heer im Abaton eine Vortragsreihe begonnen, in der er bis zum Oktober Ereignisse wie den Eichmann-Prozess oder die Wehrmachtausstellung an Hand von Filmausschnitten behandelt.

In der hlz 1-2/2017 ist mein Bericht über die erste Folge – den französischen Film „Nacht und Nebel“ (1955) – abgedruckt worden. In der Zwischenzeit haben zwei weitere Veranstaltungen stattgefunden. Der letzten, die Hochhuths Theaterstück „Der Stellvertreter“ gewidmet war, stellte Heer die Prinzipien voran, die ihn bei allen leiten: Es geht ihm darum, dass wichtige Epochen der BRD-Geschichte an Hand ihrer Skandale charakterisiert werden. Die Skandale sollten die Probleme der jeweiligen Phasen fokussieren, indem die Auslöser, die Reaktionen und die

folgenden Debatten beschrieben werden. Gefragt werden sollte sodann, welcher Erkenntnisgewinn sich aus alledem ziehen lasse. Eine individuelle Note bekommen sie dadurch, dass Hannes Heer seiner „autobiographischen Spur“ verfolgt. Schließlich sollte die Frage beantwortet werden, wie sich die Figur des „öffentlichen Intellektuellen“ entwickelte – hinsichtlich derer ließ Heer erkennen, dass er sie vom Aussterben bedroht finde.

Im Februar stand der Eichmann-Prozess in Jerusalem im Mittelpunkt. Ein Skandal zeigte sich, im Nachhinein betrachtet, bereits in der Vorgeschichte des Prozesses: Der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer konnte den bundesdeutschen Behörden so wenig trauen, dass er Kontakt mit dem israelischen Geheimdienst Mossad aufnehmen musste, um seine Informationen über Eichmanns Aufenthaltsort platzieren und den Prozess überhaupt ermöglichen zu können. Ein vielleicht noch größerer Skandal bestand darin, dass die Adenauer-Regierung mit allen Mitteln – und schließlich sogar erfolgreich! – versuchte, die BRD aus dem Prozess herauszuhalten: Sie lehnte es ab, den Prozess gegen Eichmann in der BRD zu führen – mit der Begründung, wohin Eichmann bekanntlich entführt worden war, und der BRD bestehe kein Auslieferungsabkommen. Mit dieser juristischen Begründung hatte sie ein (territorial definiertes) Teilziel erreicht. Sehr viel schwieriger aber war es

zu verhindern, dass Personen in Israel aussagen mussten, die an der Durchführung des Holocaust maßgeblich beteiligt und in der BRD an führenden Stellen der Politik tätig waren. Hannes Heer beschäftigte sich in diesem Zusammenhang ausführlich mit der Person Hans Globke. Die Adenauer-Regierung schaffte es, den Kommentator der Nürnberger Rassegesetze und andere Personen, die vor Gericht in Jerusalem als Zeugen hätten aussagen müssen und sich anschließend als Beschuldigte hätten verantworten müssen, hiervor zu bewahren, indem sie sich bereit erklärte, der israelischen Regierung Wirtschaftshilfe zu leisten.

Die Veranstaltung dauerte etwa 2 ½ Stunden, wobei die Ausschnitte aus dem Film „Le spécialiste“ (Israel, 1999) den geringeren Teil in Anspruch nahmen, aber den stärksten Eindruck hinterlassen haben dürften. Der Film besteht ausnahmslos aus Dokumentaraufnahmen vom Eichmann-Prozess. Einen Kommentar gibt es nicht, wenn man nicht die Filmmusik als solchen interpretiert. Die Zeugenaussagen bedürfen auch keines Kommentars. Die Pause nach diesem Teil der Veranstaltung war nötig.

Hannes Heer bot viel: Er hielt, wie in der ersten Folge, jeweils einen Einführungs- und einen auf den Film bezogenen Vortrag. Leider kam in der Veranstaltung zum Eichmann-Prozess die Diskussion zu kurz. Allerdings schien das Publikum zu diesem Zeitpunkt nicht nur aus zeitlichen Gründen erschöpft.

Der Skandal, den Rolf Hochhuth mit seinem „christlichen Trauerspiel“ „Der Stellvertreter“ (1963) auslöste, betraf eine nicht-deutsche Person: den

19. FEBRUAR 2017, 11 UHR

»Die Endlösung der Judenfrage«. Der Eichmann-Prozess in Jerusalem [1961]

Im Mai 1960 wurde der frühere SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann in Buenos Aires vom israelischen Geheimdienst gekidnappt. Der Hinweis auf den Aufenthaltsort und den neuen Namen des »Managers der Endlösung« stammte vom Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. Der Prozess, der im April 1961 begann und mit dem Todesurteil Ende 1961 endete, stand im Zentrum der Weltöffentlichkeit. Die Aussagen der überwiegend jüdischen Zeugen machten erstmals die Mechanismen des Völkermordes sichtbar. Die deutschen Medien präsentierten zwei Modelle im Umgang mit der NS-Zeit – die Warnung vor dem Schaden durch die »wieder hochgespülten« negativen Bilder im Ausland oder die Forderung, sich »der kollektiven Verantwortung« für die Verbrechen des Dritten Reiches doch endlich zu stellen. Die Bundesregierung, der Eichmanns Adresse schon lange bekannt war, begrüßte den Prozess, weigerte sich aber, dessen Überstellung an ein deutsches Gericht zu beantragen – ganz so, als ob sie für den Fall nicht zuständig wäre. // Film: »The Specialist« von Eyal Sivan.





**Der Papst und die Kirchen, die zum Völkermord schwiegen.
Rolf Hochhuths Theaterstück
»Der Stellvertreter« [1963-1965]**

Papst Pius XII. weigerte sich während des Krieges, gegen die Verbrechen Nazi-deutschlands öffentlich zu protestieren. Er schwieg selbst dann noch, als die römischen Juden 1943 nach Auschwitz deportiert wurden. Rolf Hochhuth macht

in seinem Stück einen jungen italienischen Jesuiten, der durch einen hohen, von seinem Gewissen geplagten SS-Führer über die Massenmorde in den Vernichtungslagern informiert wird, zum Gegenspieler des »Stellvertreters Gottes auf Erden«: Als der Papst auch angesichts dieser Fakten seinen Tolerierungskurs fortsetzt, heftet sich der Jesuitenpater den Judenstern an und lässt sich mit den Juden in die Gaskammern deportieren. Das 1963 in Westberlin uraufgeführte Stück, dem im Anhang eine Fülle zeitgeschichtlicher Dokumente beigefügt waren, stürzte beide Kirchen wegen deren Anpassung ans Dritte Reich in eine tiefe Glaubwürdigkeitskrise. Aber das Thema des Wegsehens und Tolerierens betraf auch jeden einzelnen Deutschen – das war der eigentliche Kern des Skandals. Die großen deutschen Bühnen boykottierten das Stück, weil deren Intendanten nicht daran erinnert werden wollten, dass sie in der Nazizeit auch schon Theaterleiter gewesen waren. // Film: Mitschnitt ARD.

nes Heer seine Reihe aufgebaut hat: Da ist zum Einen die Frage nach dem Erkenntnisgewinn. Der könnte darin bestehen, sich bewusst zu machen, wie stark vor „68“ die gesellschaftliche Stellung der Kirchen in der BRD noch war. Andererseits – nun geht es um Hannes Heers „autobiographische Spur“ – führte die erwähnte Spaltung in der protestantischen Kirche dazu, dass sich die ESG (Evangelische Studentengemeinde) zu einem „verlässlichen Bündnispartner“ (Heer) des SDS in der Zeit der Studentenbewegung entwickelte.

An dieses Thema wird Heer am 23. April anschließen. Dann wird es um den „Aufstand gegen die Nazigeneration (1967-1968)“ gehen. Heer wird einen von ihm selbst gedrehten Film zeigen: „Mein 68. Ein verspäteter Brief an meinen Vater“ (WDR 1988).

LOTHAR ZIESKE

Das ganze Programm mit den geplanten 7 Veranstaltungen findet sich in der hlz 1-2/2017, S. 60.

Italiener Papst Pius XII., dem in dem genannten Stück vorgeworfen wurde, trotz detaillierter Kenntnisse über den Holocaust nicht öffentlich seine Stimme dagegen erhoben zu haben. Aber der Skandal spaltete auch die Öffentlichkeit in der BRD, wo das Stück im Februar 1963 (im Theater am Kurfürstendamm [Berlin]) unter der Regie des linken Remigranten Erwin Piscator uraufgeführt wurde.

Das Stück beruht auf gründlichen Archivstudien des Autors. Dieser nutzte außerdem die Darstellungen Gerald Reitlingers (Hitlers Endlösung, 1956) und Joseph Wulfs (Das Dritte Reich und die Juden, 1955). Eine wichtige Quelle war der sogen. „Gerstein-Bericht“, verfasst von Kurt Gerstein, NSDAP-Mitglied (1936 wegen Aktivitäten in der Bekennenden Kirche ausgeschlossen) und Entseuchungsexperte der Waffen-SS. Dieser war Augenzeuge der systematischen Tötung von Juden in Vernichtungslagern geworden und hatte bereits während des Krieges seine Kenntnisse über den schwedischen Diplomaten Göran von Otter weitergegeben, bevor er kurz nach Kriegsende den nach ihm benannten Bericht verfasste. In Hochhuths Stück tritt er als handelnde Person auf: Er fordert den päpstlichen Nuntius in Berlin auf, den Papst zum Protest zu veranlassen. Hiermit scheidet er, bringt aber den Jesuitenpater Riccardo Fontana (eine fiktive Figur) dazu, sich – bis hin zur Opferung seines Lebens – zu engagieren.

Dass ein Skandal zu erwarten war, zeigte sich bereits, als der Bertelsmann-Verlag, in dem Hochhuth überaus erfolgreich als Lektor arbeitete, den Druck im Verlag Rütten & Loening, der zum Verlagsimperium gehörte, stoppte. Das Manuskript wurde zum Rowohlt-Verlag weitergeleitet, dort aber – wie wir heute sagen würden – „geleakt“, so dass die Proteste bereits vor der

Uraufführung begannen. Diese selbst war ein großer Erfolg; entgegen der Bitte der Intendanz reagierte das Publikum nicht mit Schweigen, sondern mit lang anhaltendem Beifall. Rückblickend war die Rezeption durch das Theater im In- und Ausland – zumindest gerechnet nach der Zahl der Aufführungen – ebenfalls sehr positiv; zeitweise war Hochhuth außerhalb der BRD der bekannteste deutsche Autor.

In der BRD tobten allerdings die Auseinandersetzungen aufs Heftigste. In einzelnen Zeitungen und Zeitschriften (SZ, SPIEGEL) wurde das Stück verrissen, während die FAZ es rühmend mit Karl Kraus' „Die letzten Tage der Menschheit“ verglich. Alle Äußerungen lassen aber das Bewusstsein erkennen, dass der Autor den Nerv der Zeit getroffen hatte.

Der Vatikan sparte nicht mit Polemik. So behauptete z. B. der „Osservatore Romano“: „Wenn Hochhuths These stimmt, dann waren es nicht Hitler, Eichmann oder die SS, die für all die Verbrechen verantwortlich waren, sondern es war der Papst Pius.“ Innerhalb der Katholischen Kirche in der BRD war die Haltung (abgesehen von einigen „Linkskatholiken“) scharf ablehnend; die Protestant_innen waren – vor allem nach Generationen – gespalten. Wie stark die kirchliche Ablehnungsfront insgesamt war, zeigte sich an dem überaus mageren filmischen Dokumentationsmaterial, das Hannes Heer bieten konnte: 4 (von 6 möglichen) Minuten Film – mehr war nicht zugänglich. So stark hatte der Einfluss in Funk und Fernsehen damals gewirkt.

An dieser Stelle soll noch einmal ein Blick auf die anfangs benannten Gesichtspunkte geworfen werden, nach denen Han-

„Wenn wir keine Hoffnung hätten, würden wir nicht kämpfen“

Ein Besuch beim kurdischen Widerstand in der Türkei

Nach der Wahl im Juni 2015 sehen sich die Situation der kurdischen Minderheit in der Türkei zu bessern. Erdoğan regierende AKP hatte erstmals die absolute Mehrheit verloren und der links-liberalen prokurdischen HDP gelang mit 13,1 Prozent der Einzug ins Parlament. Zuversicht auf eine bessere Zukunft machte sich breit. Heute scheinen diese Zeiten lange her. Erdoğan regiert de facto im Alleingang, ein Großteil der Mitglieder der HDP ist inhaftiert und der türkisch-kurdische Konflikt fordert erneut viele Todesopfer – vor allem Kurd_innen aus dem Südosten des Landes.

Um eine genauere Idee davon zu bekommen, wie sich der herrschende Ausnahmezustand auf den Alltag der Menschen auswirkt, sind wir Mitte Februar für eine Woche nach Amed

(Diyarbakır) gereist. Dort – in der „heimlichen Hauptstadt“ Nordkurdistan – haben wir uns mit politischen Aktivist_innen, Journalist_innen, Anwält_innen und Gewerkschafter_innen getroffen, die mit uns über Angst und Hoffnung im kurdischen Widerstand gesprochen haben.

Unsere Reise nach Amed findet in einer Zeit des Ausnahmezustandes statt, der seit dem Putschversuch im Juli 2016 anhält und im April diesen Jahres für mindestens drei weitere Monate verlängert worden ist. Für die in der Türkei lebenden Kurd_innen und alle progressiven Kräfte bedeutet das, dass ihre politischen Organisationen verboten, sie selbst verfolgt, verhaftet, gefoltert und auch getötet werden. Die AKP – die bei der vorgezogenen Parlamentswahl im November 2015 die abso-

lute Mehrheit zurückgewinnen konnte – legitimiert die Repressionen gebetsmühlenartig mit dem Vorwurf des Terrorismus. Terrorist_innen sind demnach alle, die nicht auf Linie der muslimisch-nationalistischen Partei liegen. Mit dem Ziel, die Hayır-Kampagne zum anstehenden Referendum (Nein zum Präsidialsystem) zu schwächen, hat Erdoğan diesen Kurs in den letzten Monaten weiter verschärft.

Unsere Zielstadt Amed ist – wie 78 weitere Kommunen – seit dem Herbst letzten Jahres zwangsverwaltet. Die gewählten HDP-Politiker_innen und deren Mitarbeiter_innen in der Stadtverwaltung wurden entlassen, in vielen Fällen verhaftet und von AKP-nahen „Trustees“ ersetzt. Das Rathaus ist mit Polizeisperrungen und Wasserwerfern bewacht und gleicht einer Fe-



Ausgebaut zu einem Bollwerk - unsere Partnergewerkschaft

stung. Patrouillierende Panzerwagen und Kontrollpunkte der Polizei sind in der ganzen Stadt zu sehen. Besonders präsent sind diese „Sicherheitsvorkehrungen“ in der Altstadt Sür, dem Stadtteil, in dem der ärmste aber auch der widerständigste Teil der Bevölkerung lebt. Nach den Gefechten um Sür im Frühjahr 2016, bei denen mehrere Hundert Bewohner_innen starben, hat die türkische Armee ein Viertel der Altstadt komplett geräumt, die Bewohner_innen vertrieben, die Zugänge mit Betonblockaden versperrt und ist dabei, sämtliche Häuser niederzureissen. Mit dem Neubau einer Musterstadt ist ein Bauunternehmen beauftragt, das Erdogans Schwiegersohn gehört.

Repression gegen Gewerkschaften

In der hLz 12/2016 berichtet die nach Deutschland geflohene Sakine Esen Yilmaz, als ehemalige Generalsekretärin von Egitim Sen, dass auch Gewerkschaften von dieser Verfolgung betroffen sind. Wir interessieren uns für die Ansichten derjenigen, die nicht ausgewandert sind und treffen uns mit Saliha Zorlu und Selahattin Alp, den beiden Co-Vorsitzenden einer der beiden Zweige der Bildungsgewerkschaft in Amed. Im Unterschied zu vielen anderen Organisationen ist Egitim Sen noch nicht verboten und wir können das Interview bedenkenlos im Gewerkschaftshaus führen. Trotz des regen Treibens im Haus finden wir einen leeren Raum und können mit dem Gespräch beginnen. Elif* übersetzt für uns. Sie arbeitet als Lehrerin – wurde noch nicht gefeuert, wie sie betont. Wir wollen wissen, wie gewerkschaftliche Arbeit unter den derzeitigen Bedingungen überhaupt möglich ist.

Auch Egitim Sen seien vom Staat Verbindungen zu „gewissen Organisationen“ unterstellt worden. Daraufhin wurden viele Staatsangestellte mit Gewerk-

schaftsmitgliedschaft entlassen. Zudem erfolge, so die beiden Interviewpartner_innen, ein massiver diskursiver Angriff auf die politischen und sozialen Werte der Gewerkschaft: „Es gibt einen religiösen Diskurs in der Türkei“ berichtet Zorlu, der seit Beginn der AKP-Regierung wesentlich stärker geworden sei und vermehrt auch in die Schulen getragen werde: Geschlechtergetrennter Unterricht habe zugenommen, Religionsunterricht werde ausgebaut, Mädchen würden zum Tragen des Kopftuchs gedrängt. Auch habe das Bildungsministerium eine Broschüre unter dem Titel „Ich will Märtyrer werden“ an Schulen verteilen lassen. In radikal-islamistischer Rhetorik sollten Schüler_innen auf den Geschmack des Krieges gebracht werden. Nach Einschätzung der Gewerkschaft, die sich seit langem für eine Säkularisierung stark macht, haben solche Aktionen zur Folge, dass viele Menschen aus der Türkei tatsächlich nach Syrien gehen, um sich dort dem so genannten IS oder El Nusra anzuschließen. Generell analysieren die Co-Vorsitzenden: „Sie (AKP) wollen konservative Menschen aus den Schüler_innen machen. Sie wollen das politisch-religiöse System der Türkei im Bildungswesen verankern.“ Das Ziel der AKP sei die Errichtung „einer eigenen konservativen – ihrer – Gesellschaft“.

Auf die Frage, ob sie nicht Angst hätten – wie viele andere – ihren Job zu verlieren, brechen unsere Gesprächspartner_innen in Gelächter aus: „Gefeuert zu werden, das wäre wirklich das geringste Problem“, antwortet Zorlu. „Eine Verhaftung wäre aber etwas anderes“, dazu könne sie nichts sagen.

„Jeden Tag wird jemand Neues verhaftet“

Verhaftungen von Oppositionellen sind in der Türkei nach wie vor an der Tagesordnung

– allein während unseres einwöchigen Aufenthaltes werden mehr als 830 Personen festgenommen. Beinahe jede Person, mit der wir reden, gibt an, Bekannte zu haben, die momentan im Gefängnis sitzen. Einige haben zudem selbst, teils mehrjährige Gefängnisstrafen hinter sich. Für viele ist die eigene Verhaftung nur eine Frage der Zeit.

Auch die Journalistin Zekiye* geht davon aus, früher oder später hinter Gittern zu landen. Sie arbeitet seit dem Verbot der Frauen-Nachrichtenagentur Jinha im Untergrund. Die Agentur habe sich zur Aufgabe gemacht, die Ungerechtigkeiten des türkischen Regimes zu dokumentieren. Ein gefährliches Unterfangen: Eine ihrer Kolleginnen ist seit vier Monaten in Haft. Wie bei allen Inhaftierten ist völlig unklar, was mit ihr passieren wird. Zekiye erzählt, dass sie zwar Briefe von ihrer Kollegin erhalte, aber kein Besuchsrecht bekomme. Zudem wurde sie, wie viele andere Gefangene, bereits in eine weit entfernte Stadt verlegt. So würden den Angehörigen systematisch die Besuche erschwert und eine politische Organisation im Knast behindert.

Hazal* wurde bei einer der jüngsten Verhaftungswellen für mehrere Tage auf der Polizeistation festgehalten. Sie berichtet von körperlichen Übergriffen durch Wärterinnen, der Verweigerung medizinischer Versorgung und von Kameraüberwachung auf den Toiletten. Hazal ist Aktivistin und Bildungsarbeiterin in der Frauenakademie von Amed. Die Akademie ist ein Ort selbstorganisierter Bildung von Frauen für Frauen. Seit 14 Jahren veranstalten die ehrenamtlichen Mitglieder Bildungsseminare, z.B. zur Geschichte der Frauen oder zu Jinologie – der Wissenschaft der Frauen. Zudem bieten sie finanzielle und psychologische Unterstützung für diejenigen, die aus der Altstadt Sür vertrieben wurden. Sie schreiben



Die Brachfläche im Vordergrund war Anfang 2016 noch dicht besiedelt

Artikel und organisieren Protestmärsche gegen Kerdoğan – wie sie ihn nennen. Ker ist kurdisch und bedeutet Esel. Der Humor hier ist trotz all der Repressionen nicht verloren gegangen.

Kurz vor Redaktionsschluss erreicht uns die Nachricht, dass eine unserer Gesprächspartner_innen, Figen Aras aus dem Vorstand der Frauenakademie, verhaftet wurde.

Zur Rolle Deutschlands

Von verschiedenen Seiten wird starke Kritik an der deutschen Türkei-Politik geübt. So die Co-Vorsitzende der DBP (lokaler HDP-Ableger), Gülcihan Şimşek: „Deutschland ist eine der letzten Festungen, die die Türkei unterstützt.“ Sie prangert die Doppelmoral an, mit der einerseits Menschenrechte propagiert, deren Verletzungen gegenüber Kurd_innen andererseits bewusst ignoriert würden. Mehr noch sei es „eine Schande der europäischen Staaten, insbesondere Deutschlands, wie die ‚Kurdenfrage‘ genutzt wird, um eigene internationale Beziehungen zu steuern“. Zum Beispiel, weil die Bundesrepublik die Tür-

kei als Abwehrschirm gegen Geflüchtete brauche und Erdoğan dafür mit der Verfolgung von Kurd_innen in Deutschland entgegenkomme. Gerade deshalb sei es für die Kurd_innen in der Türkei sehr wichtig, so Züal* von der Frauenakademie, „dass in Deutschland Demonstrationen gegen Erdoğan und in Solidarität mit Rojava stattfinden. Denn wenn es sich so anfühlt, als sei man allein, ist es sehr hart weiterzukämpfen.“

Ungetrübte Hoffnung

Die unerschrockene Zuversicht auf Besserung, trotz der allgegenwärtigen Schikanen, der Verhaftungen und Tötungen, ist wohl die beeindruckendste Erfahrung, die wir auf unserer Reise gemacht haben. Sie wurde von allen Menschen, die wir auf unserer Reise kennenlernen durften, geteilt.

Aus den Worten der Wissenschaftlerinnen Züal und Senem* spricht eine auf tiefer Überzeugung basierende Kraft: „Wir können die Regierung nicht anerkennen, wir können die patriarchale Struktur der Produktion nicht akzeptieren. Wir brauchen

neue Formen der Produktion – z.B. kommunale Strukturen. Und wir müssen Freiräume für Frauen schaffen. Wir können die kapitalistische Idee nicht akzeptieren, denn sie ist eng mit Geschlechterhierarchien verknüpft.“ Auch Eğitim Sen trotz den Einschüchterungsversuchen des Staates. Ihr Kampf für die Freiheit der Arbeiter_innen, für Frieden in der Türkei und die Befreiung der gesamten Gesellschaft habe eine lange Geschichte und werde letztlich auch einen längeren Atem haben als diejenigen, die ihn zu ersticken versuchen. Ramazan Tunç von der DBP schließt unser letztes Gespräch in Amed ebenfalls kämpferisch „Wir haben ein starkes Bestreben, ein freies Leben aufzubauen. Wir glauben an unseren Kampf, an unsere Philosophie und an alle Werte, die die Menschen zusammenbringen. Ja, wir gehen durch harte Zeiten, aber wir werden unseren Kampf nicht aufgeben und sie werden kein Zeichen der Angst in unseren Augen sehen.“

* Name geändert

AUTOR_IN möchte unbenannt bleiben.

‘Marx is back’ – zur Aktualität seiner Analysen

Angesichts der Orientierungslosigkeit in der Welt und nicht zuletzt, weil sich die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft immer mehr als reine Rechtfertigungslehre für die herrschenden Verhältnisse entpuppt, ist die Wiederentdeckung der Marx'schen Lehre nur konsequent

Der Stadtrat in Trier, der Geburtsstadt von Marx, hat entschieden, sein meterhohes Konterfei – ein Geschenk der VR China – aufzustellen. Der Film „Der junge Karl Marx“ läuft in den Kinos, die GEW hat ihn vorab gezeigt. Das Museum für Arbeit veranstaltet im Herbst eine Ausstellung zur Erstveröffentlichung des „Kapitals“. Die legendäre Rockband 'Depeche Mode' fragt im Video zum neuen Album: „Wo bleibt die Revolution?“ Marx ist zurück – doch reicht das aus? Solche Modeerscheinungen sind weniger relevant, beachtlicher, dass seine Schriften zum „wissenschaftlichen Sozialismus“ wieder ins Blickfeld geraten. Student_innen fordern: „Marx an die Uni!“ (Zeit.de). Interessierte kommen am Studium des „Kapitals“ nicht vorbei. Kapital-Lesekreise werden in Hamburg von der MASCH, der Gruppe „Gegenargumente“ und der Rosa-Luxemburg-Stiftung angeboten.

Als Lektüre dazu ist 2015 der Sammelband von J. Schillo zur Aktualität der Marx'schen Theorie erschienen, der den ernsthaften Versuch unternimmt, sich der im Kapital ausgebreiteten Theorie anzunähern. Das Motto der Autoren: „Zurück zum Original“. Die Texte lohnen sich, weil sich bei Marx triftige Feststellungen zu periodischen Krisen, zu den Prozessen von Verelendung und Konzentration des Kapitals finden, die die

so gepriesene Marktwirtschaft alias Kapitalismus trotz gegenteiligen Beteuerungen weiterhin auszeichnen. Die Jahre dauernde Finanzkrise verweist auf den aktuellen Gehalt seiner Theorie.

Der aufkommende Kapitalismus

Vor 150 Jahren veröffentlichte Marx den 1. Band seines 3-bändigen Werks „Das Kapital“, in denen er mit der „Kritik der politischen Ökonomie“ die Zustände des aufkommenden Kapitalismus analysierte. Vor 100 Jahren erhoben sich in Russland die Arbeiter_innen in der Oktoberrevolution und machten der Zarenherrschaft ein Ende. Ihre Führer_innen beriefen sich auf den Marxismus. Gut 70 Jahre später erklärte der KPdSU-Vorsitzende M. Gorbatschow die Art des Wirtschaftens des „Realen Sozialismus“ für obsolet, die Redeweise der KPdSU, den „Kapitalismus zu überholen“ (233), wurde kleinlaut zurückgesetzt; die Marktwirtschaft ist seitdem bis auf unbedeutende Ausnahmen global durchgesetzt. Seit dem KPD-Verbot in den 50igern, den Berufsverboten in den 70igern bis heute ist die Thematik des Marxismus in den Medien, in der Wissenschaft, in der Öffentlichkeit auch im Bildungsbereich negativ besetzt bis hin zur Verurteilung der Theorie; vom hohen Gut des Pluralismus ausgeklammert, von einigen Marginalien abgesehen.



„Zurück zum Original -
Zur Aktualität der
Marx'schen Theorie“
VSA EUR 16.80

Angeklagte Übel

Unvernünftiges und Absurdes der kapitalistischen Produktionsweise stellt nicht nur Marx fest. Das machen auch Humanisten, Kirchenleute, gar der amtierende Papst mit seiner wirtschaftskritischen Enzyklika, Menschen aus pädagogischen Jobs, Gewerkschafter_innen, Wohlfahrtsverbände und Teile der herrschenden Politik: A. Nahles (SPD) zum neuen Armutsbericht: „Der Befund ist echt krass“ (faz.net). Jeder kennt im Kapitalismus das Nebeneinander von größter Armut und beispiellosem Reichtum. In dieser Wirtschaftsweise

haben Millionen in der EU keinen Arbeitsplatz, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Weltweit sterben Hunderte Millionen in den Armutsregionen den Hungertod. Die Produktivität der Arbeit schreitet immer weiter voran. Die Produktion nützlicher Güter findet in gigantischen Größen statt. Dazu tragen immer weniger Menschen in den Metropolen bei.

Für die Produzenten des Reichtums nimmt die Arbeitslast weiter zu, obwohl Millionen keine Arbeit haben. Diese Wirtschaftsweise schließt völlig aus, dass die Arbeit unter Arbeitenden und Arbeitslosen aufgeteilt wird. Dazu die Verrücktheit, dass periodisch das Wachstum ins Stocken gerät, Betriebe dichtmachen, Angestellte entlassen werden, also Krise herrscht. Für all diese Phänomene braucht man Marx nicht, sie sind allgemein bekannt. Mehr Kritikables hat er auch nicht herausgefunden. Doch stimmt Marx nicht in diese Anklage ein. Vielmehr macht er sich an die Erklärung der Sache und beantwortet die Frage nach dem Warum dieser

Absurditäten. Die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft wollen ein möglichst hohes Einkommen erzielen, um ihr Leben positiv zu gestalten. An der Frage 'Was ist Geld?' sind sie nicht interessiert. Marx schon. Die Erklärung der Gründe für die bekannten Übel stellt heraus, dass es sich um keine Fehlfunktionen ('Auswüchse, Entfesselung, Übertreibung, Geldgier' – Attac und Occupy) dieser Art des Wirtschaftens handelt, auch kein Fehlverhalten der Subjekte (Manager, Politiker).

Vielmehr handelt es sich um notwendige Konsequenzen der herrschenden Wirtschaftsweise. Die These beweist er.

Zurück zum Original

Der 1. Beitrag des Buches befasst sich mit Marx' Ökonomiekritik, in dem er die Kernaussagen darstellt. Er weist auf die „neue [immer mal wiederbe-

in nichts nachsteht. Danach folgt der Artikel über die Marx'sche Religionskritik, deren Aktualität durch den Islamismus besondere Brisanz erfährt. Die folgenden Beiträge untersuchen das Verhältnis von (Sozial-) Staat und Ökonomie und hinterfragen die „Neoliberalismus-Kritik“ (10) mit den neueren Theorien, das Kapital dominiere die Politik,

der Kapitalismus bedürfe nur eines neuen Steuerungsmodells, der ihm den Raubtiercharakter nimmt. Gefolgt von einer Auseinandersetzung mit dem Armutsforscher T. Piketty und seiner Seitengewaltigen Studie „Das Kapital des 21. Jahrhunderts“ (191), der in der Öffentlichkeit schon zum „neuen Marx“ (focus.de) mit seiner Kritik der heftigen „Ungleichheitsmaschine“ des heutigen Casino-Kapitalismus ausgerufen wird. Daraufhin plädieren bürgerliche Ökonomen für einen „gerechteren Kapitalismus“. Ein Exkurs befasst sich mit den Managergehältern, die das 300-400-fache des jährlichen Arbeiterlohns ausmachen, vermisst wird darin die „Gerechtigkeit [des] gepriesene(n)

Tauschprinzip(s)“ (216). Den Abschluss bildet ein kurzer Text unter der Fragestellung „Ist der Kapitalismus unübertrefflich?“ (233), nach dem Abgang der realsozialistischen Ökonomien, den die westliche Politik so vehement forderte und mit einem gigantischen Rüstungsprogramm (Reagans „Todrüsten“) begleitete, sind in Osteuropa Verhältnisse eingekehrt, „die ihr(e) Völk(er) weltrekordmäßig verarmt“ (236) haben.



Cover der Erstausgabe – sogar mit Lokalkolorit

lebte, d. Verf.] Marx-Lektüre“, die die Marx-Rezeption nicht im Rückgriff und Aneignung dieser theoretischen Tradition verortet, sondern für noch nicht abgeschlossen erachtet und eher argwöhnisch beugte, um sie weiterzuentwickeln. „Antikritische(m)“ (Schillo, 9; f. nur Ziff.) der Neuaneignung wird nachgegangen. Der 2. Beitrag befasst sich mit der modernen Marx-Widerlegung, die dem Antikommunismus der Adenauer- und McCarthy – Ära

Ware, Gebrauchswert, Wert und Arbeit

Nur die ersten Seiten des „Kapitals“, das einige tausend Seiten lang ist, werden hier aufgegriffen und verweisen auf Widersprüchlichkeiten dieser Produktionsweise. Marx nimmt sich nicht die Motive des Geldverdienens der Menschen vor, wie es die VWL macht, sondern untersucht die vergegenständlichten Formen dieser Gesellschaft. Einleitend spricht er von der „ungeheuren Warensammlung“ (MEW 23, 49 ff.), die den „Reichtum der Gesellschaften“ mit „kapitalistischer Produktionsweise“ ausmacht. Subsistenzwirtschaft verschwindet mehr und mehr, im letzten Erdenwinkel ist „heute fast jedes Produkt eine Ware“ (14). Die guten bis weniger guten Absichten der Menschen sind gleichgültig, wenn sie mit Waren umgehen müssen, dann sind ihre Zwecke festgelegt. Marx geht der Frage nach, warum die „Gebrauchswerte, [die] den stofflichen Inhalt des Reichtums bilden“ (49) noch „zusätzlich die Eigenschaft eines Preises haben“, der sich auf dem Markt „in Geldwert umsetzen muss“ (15). Geschieht das nicht, sind die Mühen der Arbeit umsonst gewesen. Vor dem Gebrauch/Genuss einer Ware – z. B. Auto, Kuchen, Kunstgegenstand – steht die Bezahlung, sonst läuft nichts. Allgemein bekannt, warum für Afrika kaum Medikamente entwickelt werden, weil es für das Bedürfnis, nicht an AIDS, Ebola, Denguefieber etc. zu sterben, keine Zahlungsfähigkeit gibt. So ist Geld also nicht nur das technische Hilfsmittel – „invisible hand“ (Keynes) –, um die Waren unter die Menschen zu bringen. Wäre es so, gäbe es für alle Bedürfnisse auf der Welt genügend Geld. An einer Ware haftet der Nutzen (Gebrauchswert) und der Preis (Wert). Bedürfnisse sind nur über den Kaufakt zu befriedigen.

„Die gültigen Tauschwer-

te derselben Ware drücken ein Gleiches aus“ (50). Wird nun der „Gebrauchswert der Warenkörper“ (52) ausgeblendet, bleibt nur noch eine gleiche Eigenschaft bestehen, sie sind „Arbeitsprodukte“, d. h. zu „ihrer Produktion [wurde] menschliche Arbeitskraft verausgabt. Als Kristalle dieser ihnen gemeinschaftlichen Substanz sind sie Werte – Warenwerte“ (52). Die Substanz der Werte ist die Arbeit, das hatten schon die klassischen Ökonomen Ricardo und Smith herausgefunden. In dieser Gesellschaft geht es nicht um „verschiedene konkrete Arbeiten“, sondern um „abstrakt menschliche Arbeit“ (52), d. h. „produktive Verausgabung von menschlichem Hirn, Muskel, Nerv, Hand usw.“ (58). In ihr zählt die Arbeit negativ, nur nach der Seite des Aufwands, es wird nur anerkannt, was es das Individuum an Arbeit kostet. Heraus kommt lebenslanges Arbeiten mit entsprechenden negativen Folgen.

„Ein größeres Quantum Gebrauchswert bildet an und für sich größeren stofflichen Reichtum“ (60). Es ist nicht ungewöhnlich, dass die Zunahme der Masse des stofflichen Reichtums einem gleichzeitigen Fall der Wertgröße entspricht. Diese „gegensätzliche Bewegung entspringt aus dem zwieschlächtigen Charakter der Arbeit“ (60). Der Doppelcharakter der in der Ware enthaltenen Arbeit ist der „Springpunkt, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie“ dreht. Das herausgefunden zu haben, reklamiert Marx als seine geistige Leistung. Dabei treten unabhängige Privatpersonen zugleich in einen gesellschaftlichen Zusammenhang.

Der „wirkliche Reichtum [ist] die entwickelte Produktivkraft aller Individuen“. Das Maß des Reichtums ist dann nicht „mehr die Arbeitszeit“, vielmehr „die disposable time“, also die freie Zeit der Individuen. Seine Kritik: „Die Arbeitszeit als Maß des

Reichtums setzt den Reichtum selbst als auf Armut begründet und die disposable time nur existierend im und durch den Gegensatz zur Surplusarbeitszeit oder Setzen der ganzen Zeit eines Individuums als Arbeitszeit und Degradation desselben daher zum bloßen Arbeiter... Die entwickelteste Maschinerie zwingt den Arbeiter daher, jetzt länger zu arbeiten, als der Wilde tut oder als er selbst mit den einfachsten, rohen Werkzeugen tat.“ (Grundrisse, 596). Er schreibt vom „prozessierenden Widerspruch“, zum Einen „die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt“ (MEW 32, 593). „Der Witz der bürgerlichen Gesellschaft besteht ja eben gerade darin, dass a priori keine bewusste gesellschaftliche Regelung der Produktion stattfindet. Das Vernünftige und Naturnotwendige setzt sich nur als blindwirkender Durchschnitt durch“ (553). Die Untersuchung des entwickelten Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital, Zirkulation, der Konkurrenz etc. folgt bei Marx später.

Resümee

Das Lesen der Originallektüre ist wichtig, „Marx mit Marx zu verstehen“ (82), auch wenn Kommentare zur Hilfe genommen werden, befreit das nicht von der Notwendigkeit, die Überprüfung am Original vorzunehmen. Bei soziologischen und philosophischen Interpretationen besteht die Gefahr, sich von der Kritik der politischen Ökonomie zu entfernen. „Zurück zum Original“ kann eine fundierte, keine Vollständigkeit beanspruchende Vorbereitung und Unterstützung für ein Studium einiger der wesentlichen Schriften von Marx bieten.

F. BERNHARDT, R. GOSPODAREK,
Ruheständler

Gesund ankommen

Bericht über das Beratungsangebot der GEW Hamburg

Seit dem Sommer 2011, seit nun mehr als fünf Jahren, bietet die GEW Hamburg regelmäßig monatlich eine Sprechstunde zum Themenkreis „Gesund in den Ruhestand“ an. Hier können sich Kolleg_innen über Hilfsangebote informieren, die die Dienststelle bei gesundheitlichen Belastungen anbietet. Darüber hinaus geht es auch darum, wann und unter welchen Voraussetzungen ein Ruhestand möglich ist und in welcher Höhe Ruhestandsbezüge zu erwarten sind.

Bisher gab es 45 Sprechstundentermine. An den einzelnen Sprechstundentagen erscheinen zwischen zehn und 15 Kolleg_innen, so dass sich bisher rund 500 Kolleg_innen in diesen Angelegenheiten ratsuchend an die GEW gewandt haben.

Etwa 80 Prozent der Ratsuchenden sind weiblich. Bezogen auf die Bildungseinrichtungen kommen rund 40 Prozent aus den Vor- und Grundschulen, weitere 25 Prozent von den

Stadtteilschulen und jeweils 15 Prozent von den Gymnasien und den Berufsschulen. Sonstige Bildungsinstitutionen (ReBBZ, LI und Kitas) sind nur zu einem geringen Anteil vertreten. Vereinzelt kommen auch Pensionär_innen in die Sprechstunde. Von den Ratsuchenden sind ca. 90 Prozent Beamt_innen und 10 Prozent Arbeitnehmer_innen.

Themen in den Beratungsgesprächen

Hauptthema ist die eingeschränkte gesundheitliche Leistungsfähigkeit bei zunehmenden Belastungen im Beruf. Damit verbunden ist die Sorge vor einer Frühpensionierung und für den Fall der Pensionierung: vor einer nicht ausreichenden Absicherung. Dementsprechend werden Wege aufgezeigt, wie die berufliche Tätigkeit mit Hilfe von Angeboten der Gesundheitsvorsorge unter Umständen verlängert werden kann. Für die Entscheidungsfindung ist

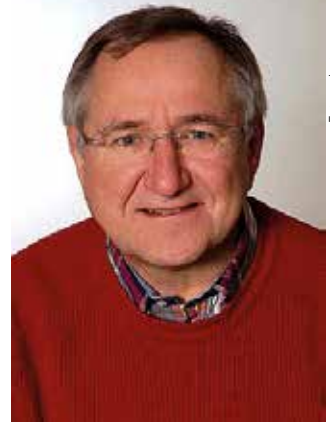


Foto: privat

Die Absenkung der Pensionen und Renten in den letzten Jahren bewirkt oft die Situation, länger arbeiten zu müssen, aber eigentlich nicht zu können. (Gerhard Brauer)

eine vorläufige Pensionsberechnung hilfreich, die Kolleg_innen grundsätzlich ab dem 55. Lebensjahr von der Besoldungs- und Versorgungsstelle anfordern können.

Mit den Kolleg_innen wird der vorgelegte (vorläufige) Versorgungsbescheid erörtert. Dabei werden die ausgewiesenen versorgungsrechtlichen Zeiten ebenso kritisch gewürdigt wie die konkrete Berechnung der Pension. In diesem Zusammenhang tauchen häufig Fragen auf, wie sich ein Sabbatjahr oder eine Veränderung der Arbeitszeit auf die Höhe der Pension aus-

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch zum Beispiel über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Welche Schritte muss ich unternehmen, um eine Kur- oder Reha-Maßnahme bewilligt zu bekommen?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Jeweils Dienstag bietet die GEW in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, Raum 9 (Mitgliederverwaltung), eine **kostenlose persönliche Beratung** zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Die nächsten Termine sind der 25.4., 16.5., 27.6. und 18.7.2017.** Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer_innen als auch an Beamt_innen. Offene Sprechstunde (ohne Terminvereinbarung) dienstags von 15 bis 17 Uhr in der GEW Geschäftsstelle

GERHARD BRAUER, ehrenamtlich tätiges GEW-Mitglied

wirken würde. Manchmal sind auch Hinweise bedeutsam, wie bisher erworbene rentenrechtliche Zeiten durch Zahlung von freiwilligen Beiträgen in die gesetzliche Rentenversicherung eine zukünftige Rentenzahlung bewirken können.

Bewertung dieses Beratungsangebot

Das Beratungsangebot wird von den Ratsuchenden sehr positiv bewertet, das signalisiert auch die zunehmende Inanspruchnahme. Die zum Teil sehr sensiblen persönlichen Probleme können in einem individuellen Gesprächsrahmen vertrauensvoll besprochen werden. Das Angebot der GEW wird auch deshalb geschätzt, da es unabhängig von der Behörde und anderen formalen Institutionen gewährleistet wird.

In den Beratungen wird überdeutlich, dass die Arbeitsbedingungen an den Schulen, insbesondere die Unterrichtszeit und die zunehmenden Aufgaben,

mit gesundheitlichen Problemen einhergehen. Die altersbedingt abnehmende Belastbarkeit bei zunehmenden Belastungen und die Vorstellung, demnächst bis zum 67. Lebensjahr durchhalten zu müssen, führt häufig auch zu erheblichen psychischen Problemen. Frauen sind von dieser Situation weitaus stärker betroffen als Männer.

Die Absenkung der Pensionen (und der Renten) in den letzten Jahren bewirkt oft eine Zwangssituation, länger arbeiten zu müssen aber eigentlich nicht zu können. Neben der generellen Absenkung der Pensionen und der reduzierten Anrechnung von Studienzeiten mindern vor allem Abschlüsse bei einer Pensionierung vor der regulären Altersgrenze die Pensionen erheblich.

Dies führt insbesondere bei Frauen, die wegen Kindererziehung teilweise beurlaubt waren oder reduziert gearbeitet haben, manchmal zu Pensionen, deren Höhe keineswegs lebensstandardsichernd ist. Alleinerzie-

hende sind hier ganz besonders gefährdet.

Service der GEW-Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle stellt für die wartenden Kolleg_innen einen Raum zur Verfügung und sorgt für Getränke und Gebäck. Manchmal kommen die Kolleg_innen während der Wartezeit auch miteinander ins Gespräch und tauschen ihre Erfahrungen aus. Die Beratung findet in einem Arbeitszimmer statt, so dass eine diskrete und vertrauensvolle Gesprächssituation gewährleistet ist.

Kompliziertere Rechtsan gelegenheiten werden mit der Juristin besprochen und u.U. an diese zur Weiterbearbeitung übergeben. In der hlz werden die Beratungstermine in jeder Ausgabe an auffälliger Stelle veröffentlicht.

Allen Beteiligten sei für die Unterstützung dieses Beratungsangebotes herzlich gedankt.

GERHARD BRAUER

SCHÜLER_INNEN-KONZERTE

Karneval mitten in Hamburg

Auf den Bühnen der Hamburger Schüler_innenkonzerte zeigte sich in der Karnevalszeit ein buntes Bild. Aus den unterschiedlichsten Schüler_innengruppen kamen über 3200 Kinder zusammen, um miteinander zu musizieren, zu singen und zu tanzen

Die Hamburger Schülerkonzerte fanden dieses Jahr im Miralles-Saal der Jugendmusikschule statt, weil für die Musik von Camille Saint Saëns zwei Flügel gebraucht werden; in seiner Karnevalsmusik treten nämlich auch zwei Pianisten sozusagen als „Übетиere“ auf ...

Um der großen Nachfrage einigermaßen gerecht werden zu können, wurden acht Vorstellungen an vier Tagen geplant, die in der Karnevalszeit lagen – trotzdem mussten einige Absagen

erteilt werden. Es ist die Frage, ob wir in Zukunft mehr Vorstellungen anbieten oder einen größeren Raum mieten sollen.

Die Hamburger Camerata trat in kleiner Besetzung auf; vier Schüler der Jugendmusikschule spielten an den Flügeln; das Kinderstreichorchester Saitenspiel musizierte; mehrere Gruppen der Rhythmikklassen der Jugendmusikschule stellten die jeweils gespielten Tiere dar und tanzten auf der Bühne und im Saal. Moderation und Dirigat

hatte wieder Andreas Peer Kähler aus Berlin, der schon etliche der Hamburger-Schülerkonzerte geleitet hat.

Im ersten Teil des Konzertes stellte Herr Kähler als Camille Saint Saëns die Musik vor, ließ einige Melodien anspielen, erklärte etwas, erzählte von der Entstehung der Stücke, ließ die Schüler_innen mitsingen oder passende Bewegungen ausführen und ließ durchaus auch den einen oder anderen Scherz einfließen.



Andreas P. Kähler alias Camille Saint Saëns lockt die Tiere hervor

Im zweiten Teil wurde der Zyklus im Ganzen durchgespielt und durch einige unerwartete Aktionen bereichert: so sang z.B. der Kuckuck (Klarinette) seine einundzwanzig Rufe von überall im Saal.

Die Zuhörer_innen gingen fasziniert mit, sangen das Lied „Der Kuckuck und der Esel“, hörten die wunderbare Musik und sahen die Tiere und freuten sich u.a. über in Zeitlupe tanzende Schildkröten, flitzende Esel, einen elegischen Schwan und hüpfende Kängurus, die aus ihren Bauchbeuteln Bonbons hervorzauberten – und gingen mit strahlenden Augen wieder in ihren Alltag.

Die Hamburger Schülerkonzerte sind für alle Schüler_innengruppen offen, Inklusion ist eine Selbstverständlichkeit und so kamen auch einige Gruppen mehrfach eingeschränkter Kinder in den Genuss eines Konzertbesuches und wunderbarer Musik.

Es war schön zu erleben, dass 3276 Schüler_innen (inklusive einiger Lehrer_innen) Freude an der Musik hatten, dass die Organisation gut klappte, dass die Darbietenden (und deren Lehrer_innen) gute Arbeit leisteten und dass das Hausmanagement der JMS zuverlässig und freundlich zum gelungenen Ablauf beitrug. Das bestärkt uns in unserem

Bemühen und unserer Arbeit. So wird es nächstes Jahr wieder ein (mehrfaches) Schülerkonzert für die Jahrgänge 2-5 geben.

In der Zwischenzeit aber bieten wir im Mai 2017 ein Telemann-Programm für die Jahrgänge 5-7 an und freuen uns auf acht Klassen, die im Lichtwerkssaal (Peterstraße) in den Genuss der interessanten Musik des früheren „Generalmusikdirektors“ von Hamburg, Georg Philipp Telemann, kommen werden.

Anmeldungen bitte über unsere Homepage www.hamburger-schülerkonzerte.de

HANNELORE KALWIES

SCHÜLERKONZERTE

Neue Heimat

Die Hamburger Schülerkonzerte sind jetzt ein Projekt des Landesmusikrates Hamburg e.V. und freuen sich auf eine gute Kooperation

Der Musikausschuss hat eine neue Heimat gefunden und bleibt doch der GEW treu verbunden.

Die Hamburger Schülerkonzerte sind jetzt in die Träger-

schaft des Landesmusikrates Hamburg e.V. übergegangen (die Zusammenarbeit mit der BSB bleibt auch bestehen).

Warum?

Schulverwaltung und -organisation waren jahrzehntelang eine halb private Angelegenheit. Nicht nur, dass Lehrer_innen ihre Unterrichtsvorbereitungen

größtenteils im privaten Arbeitszimmer erledigten (leider häufig immer noch), sondern es wurden oft auch Finanzangelegenheiten über Privatkonten (meistens war es gar nicht anders möglich...) abgewickelt; Zuschüsse u.ä. wurden von der Behörde auf diese Konten gezahlt, wenn notwendige Ausgaben belegt werden konnten. Das ist jetzt nicht mehr möglich und so musste der Musikausschuss eine neue Form finden, damit die Arbeit weitergeführt und nötige Unterstützung angefordert werden kann.

Ich habe mit vielen Fachleuten gesprochen, etliche neue Organisationsformen durchdacht und diskutiert – und bin schließlich vom Landesmusikrat Hamburg e.V. freundlich aufgenommen worden. Wir versprechen uns von der Kooperation, dass wir besser in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, dass mehr Lehrer_innen und Musikfreund_innen von unserer Arbeit erfahren und noch mehr Schüler_innen in den Genuss von Kinderkonzerten und/oder von günstigen Eintrittskarten für öffentliche Konzerte kommen, dass noch mehr Kolleginnen und Kollegen von unseren Workshops erfahren und der Musikunterricht in Hamburg Unterstützung und Erweiterung bekommt.

Die Hamburger Schülerkonzerte/Schüler_innen im Konzert sind jetzt ein Projekt des Landesmusikrates.

Der Landesmusikrat Hamburg ist die Dachorganisation der in Hamburg mit Musik befassten Verbände, Organisationen und Institutionen. Er setzt sich dafür ein, dass die Musikkultur in unserer Stadt in all ihren Erscheinungsformen die für ihren Erhalt und ihre Weiterentwicklung nötige Beachtung und Unterstützung erfährt. In besonderer Weise fördert er alle Initiativen, die geeignet sind, Kinder und Jugendliche an Musik heranzuführen.

Hier ein paar Fragen und Antworten, die mit dem Wechsel

zum Landesmusikrat entstehen könnten:

Wird sich für die Schulen etwas ändern?

Nein

Wird die Homepage (www.hamburger-schülerkonzerte.de) weiter bestehen und Informationen bereit halten?

Ja

Werden die „gelben Zettel“ weiterhin in die Schulen kommen?

Ja

Sollen wir weiterhin über das elektronische Bestellformular Karten anfordern?

Ja

Kosten die Eintrittskarten weiterhin €5,00?

Ja

Ist bei den Kinderkonzerten am Vormittag das HVV-Ticket inklusive?

Ja

Kann man Karten reservieren lassen?

Nein, denn Plätze können aus organisatorischen Gründen nicht vorbehalten werden.

Gibt es eine Rechnung mit den neuen Daten?

Ja

Ist die elektronische Bestätigung (E-Mail) eine positive Zusage?

Ja, außer es wird eine persönliche Absage erteilt.

Wie komme ich an die Karten?

Bei den großen Projekten werden die bestellten Karten ca. eine Woche vor der Veranstaltung per Post an die angegebene Adresse gesendet, bei Abendveranstaltungen entweder von mir in der Lobby ausgegeben oder vom Veranstalter mit Rechnung zugesandt, wenn dort direkt bestellt

wurde.

Muss ich bei Bestellungen meine Privatanschrift angeben?

Die Schuladresse genügt.

Werden Freikarten vergeben?

Nein, jede Karte muss bezahlt werden. Ein Non-Profit-Verein braucht alle Einnahmen.

Können Karten zurückgegeben oder umgetauscht werden?

Nein. Wie bei allen Kartenvorverkaufsstellen sind Karten von Rückgabe und Umtausch ausgeschlossen.

Weiterhin werden wir mit der BSB zusammen arbeiten und bedanken uns für die finanzielle und organisatorische Hilfe.

Der gute Kontakt zum Hildgard-Junker-Verlag bleibt bestehen. Es wird dort weiterhin Material für Lehrer_innen geben, damit die Konzertbesuche ohne größere Belastung vorbereitet werden können. Neue Bücher sind in Arbeit.

Fortbildungsveranstaltungen / Workshops wird es auch weiterhin geben. Diese sind dann direkt auf ein Schülerkonzert bezogen oder vermitteln allgemeine Techniken zur Schulung der Aufmerksamkeit und zur Vermittlung komplexerer (klassischer) Musik, die für Schüler_innen durchaus ungewohnt sein kann.

Die Angebote können Sie auf unserer Homepage www.hamburger-schülerkonzerte.de verfolgen. Sie können sich auch in den E-Mail-Verteiler zu den Schülerkonzerten eintragen, dann bekommen Sie alle Neuigkeiten in Ihren Account. Schreiben Sie eine entsprechende Mail an hannelore@kalwies.de

HANNELORE KALWIES
Projektleitung
„Hamburger Schülerkonzerte“
im Landesmusikrat Hamburg e.V.
(ehemals Beauftragte
für den Musikausschuss
der GEW Hamburg)

Biographie zu Max Traeger wird vorgelegt

Stellungnahme der Hamburger Vorsitzenden

Mit der Veröffentlichung des Buches „Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933-1945“ im Oktober 2016 ist eine Diskussion in Gang gekommen, in der es u.a. um die Frage geht, inwiefern Max Traeger als Vorbild für die GEW dienen kann. Diskussionen gibt es dabei u.a. über seine Rolle bei der Gleichschaltung der GEW-Hamburg-Vorläuferorganisation „Gesellschaft der Freunde“ 1933 bzw. 1943 sowie bei der Rückgabe des Curiohauses nebst der 1935 erworbenen Immobilie Ro 19 an die GEW Hamburg 1950 bzw. 1955.

In der hlz 12/2016 haben Bernhard Nette und Stefan Romy das Buch rezensiert, wobei insbesondere auf Ro 19 und die Rolle Max Traegers eingegangen wurde und abschließend festgestellt wird, dass sich die GEW Hamburg mit dem Verkauf von Ro 19 2013 „ihrer Verantwortung gestellt“ habe. In der hlz 1-2/2017 nimmt Jörg Berlin den Faden auf, kritisiert die aus seiner Sicht unausgewogene Darstellung der Rezension und geht ebenfalls auf die Rolle von Max Traeger bei der Gleichschaltung der „Gesellschaft der Freunde“ wie bei der Vermögensübergabe in den 1960er Jahren ein. In derselben Ausgabe fordert ein Artikel von jungen GEW-Aktiven eine Aufarbeitung ein, die zu diesem Zeitpunkt bereits begonnen wurde. In beiden Ausgaben haben wir Vorsitzenden den Stand der Diskussion in unseren Gremien dargestellt sowie unsere Leitlinie – Aufarbeitung ja, aber auf Grundlage vollständiger Recherchen – bekräftigt.

Mittlerweile wurde von der GEW Bundesebene – gemeinsam mit dem Landesverband Hamburg – ein Auftrag an Hans-Peter de Lorent vergeben, die Vita von Max Traeger aufzuarbeiten. Geplant ist, im Verlag Beltz/Juventa eine Reihe „Beiträge zur Geschichte der GEW“ herauszugeben und dort als ersten Band die Traeger-Biographie zu platzieren. Die Veröffentlichung ist für April 2017 im Rahmen einer Pressekonferenz vorgesehen und soll auch auf dem Bundes-Gewerkschaftstag im Mai 2017 thematisiert werden. Teile der Biographie wurden Ende März dem GEW-Hauptvorstand vorgestellt und dort diskutiert. Mit großer Mehrheit wurde dort beschlossen, dass zurzeit keine Veranlassung zur Umbenennung der Max-Traeger-Stiftung besteht. Auch in Hamburg werden wir in den Gremien darüber diskutieren. Zudem laden wir zu

Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, dass zurzeit keine Veranlassung zur Umbenennung der Max-Traeger-Stiftung besteht

einer Veranstaltung am Montag, 26.6 um 18 Uhr ins Curiohaus, bei der de Lorent das Buch vorstellt und diskutiert.

In der gut 100 Seiten starken Biographie stellt Hans-Peter de Lorent Leben und Wirken von Max Traeger dar. Traeger stand in der Tradition der reformpädagogischen Bewegung in Hamburg, die ihn 1920 zum

Vorsitzenden der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ wählte. Er wurde 1927 Abgeordneter für die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP). In der Bürgerschaft trat er den Nationalsozialisten entgegen. Nachdem die NSDAP auch in Hamburg an der Macht war, wurde Traeger von den Nazis als Schulleiter entlassen und aus allen ehrenamtlichen Ämtern entfernt. Bei der Gleichschaltung der „Gesellschaft der Freunde“ durch den NSLB 1933 versuchte er, die Werte und das Vermögen der bisherigen „Gesellschaft der Freunde“ zu erhalten. Danach betrat er das Curio-Haus bis 1945 nicht wieder. In den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft traf sich Traeger mit anderen NS-Gegnern im kleinen konspirativen Kreis, dem sogenannten Untergrundvorstand. Als erwiesener NS-Gegner fand er 1945 Zugang zur britischen Militärregierung und konnte die Wiederzulassung der „Gesellschaft der Freunde“ und die Rückgabe der vom NSLB übernommenen Werte erwirken. Er wurde erneut Vorsitzender der „Gesellschaft der Freunde“ und bereitete mit anderen Kolleginnen und Kollegen die Gründung einer einheitlichen Organisation der deutschen Pädagoginnen und Pädagogen vor. Max Traeger wurde der erste Vorsitzende der GEW in der Bundesrepublik Deutschland.

In einem Exkurs widmet sich Hans-Peter de Lorent der Auseinandersetzung um das Haus Ro 19 sowie den im Buch „Die ideologische Ausrichtung der

Lehrkräfte 1933-1945“ erhobenen Vorwürfen gegen Traeger, die er in sechs Thesen zusammenfasst und bewertet. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass es „[v]öllig abenteuerlich ist“, Traeger „als Nazi, der mit Tricks und in Kollaboration mit ehemaligen NS-Aktivisten dafür gesorgt habe, den Besitz der alten „Gesellschaft der Freunde“ und damit auch von Ro 19 der GEW einzuverleiben“ zu bezeichnen. Diese Behauptung, so schließt er, entbehre „jeglicher Belege, ist unwissenschaftlich, ehrabschneidend und böswillig.“

Was bedeutet das nun in Bezug auf die Debatte um Ro 19?

Die in der Biographie benannten Erkenntnisse und Argumente sind und waren bekannt, auch wenn noch weitere Erkenntnisse zu Tage gefördert wurden. Als Vorsitzende der GEW Hamburg bekräftigen wir: Unabhängig davon, in welchem Zustand sich Ro 19 zum Zeitpunkt des Verkaufes befand und ob der Verkaufspreis angemessen war und unabhängig davon, dass kein Restitutionsantrag gestellt wurde, kann doch festgestellt werden: Ohne die nationalsozialistische Herrschaft wäre die GEW nicht in den Besitz von Ro 19 gelangt. In diesem Sinne handelte es sich eben nicht um einen „normalen“ Verkauf, sondern um Arisierung jüdischen Eigentums, auch wenn es Hinweise darauf gibt, dass die Vorbesitzer_innen den Verkauf nicht in den Kontext nationalsozialistischer Verfolgung eingeordnet haben. Neben neuen und alten Fakten zu Fragen der Restitution in der Nachkriegszeit steht die moralische Dimension, auf Grund derer die GEW Hamburg 2013 die Entscheidung getroffen hatte, Ro 19 an die jüdische Organisation Chabad e.V. zu verkaufen und einen Teil des Verkaufspreises an die Jüdische Gemeinde Hamburg zu spenden. Diese Entscheidung war und ist richtig. Ob Max Traeger als Vorbild dienen kann, müssen weite-



Max Traeger (1887-1960), seit 1908 Volksschullehrer in Hamburg, Proponent der „Gesellschaft“ 1920-23, MdBü 1927-33 (DDP, D. StP), Vorsitzender der „Gesellschaft“ 1945-48, Vorsitzender des Allgemeinen Lehrerverbandes / GEW-Bundesorganisation 1946-52 und 1958-60, nach 1945 Obersenatsrat und Leiter der Schulfürsorge, FDP

re Diskussionen zeigen. Mit Entschiedenheit war er weder Nazi noch Mitläufer.

Neben der Rolle von Max Traeger und der Diskussion um Ro 19 sind verschiedene Aspekte der GEW-Vergangenheit noch aufgearbeitet. Die GEW hat sich auf den Weg gemacht, hier Forschungen zu initialisieren. So hat es verschiedene Gespräche mit Historiker_innen zur Aufarbeitung der GEW-Geschichte gegeben. Im Ergebnis wird Dr. Detlev Brunner (Uni Leipzig) ein erstes Exposé für ein Forschungsvorhaben zur GEW-Geschichte vorlegen. Im Rahmen dieses Forschungsvorhabens sind auch regionale Geschichts-

werkstätten geplant. Dr. Ulrike Schulz (Mitglied der Historiker_innenkommission des Arbeitsministeriums) hat sich bereit erklärt, den Bearbeitungsprozess der GEW-Geschichte kritisch zu begleiten; sie steht auch für Diskussionen und Veranstaltungen zur Verfügung. Erste Gespräche mit für Gewerkschaftsgeschichte zuständigen Kolleg_innen von der Hans-Böckler- und der Friedrich-Ebert-Stiftung (Archiv der sozialen Demokratie) haben bereits stattgefunden; beide sollen eingebunden werden.

ANJA BENSINGER-STOLZE,
FREDRIK DEHNERDT,
SVEN QUIRING
Vorsitzende der GEW Hamburg

„Man muss Traeger dankbar sein...“

Hans-Peter de Lorent nimmt Stellung zu den von Benjamin Ortmeier und Saskia Müller in ihrem Buch „Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933-1945“ erhobenen Vorwürfen gegenüber Max Traeger, dem ersten Bundes-Vorsitzenden der GEW nach dem Krieg

hlz: Delo, von der Seite Ortmeier-Müller, über deren Buch haben wir in der hlz ja bereits berichtet, werden zwei Gründe genannt, die Max Traeger in ein besonderes dunkles oder kritisches Licht setzen. Fangen wir mal mit dem ersten Vorwurf an. Die beiden sagen, Max Traeger wäre einer der führenden Figuren gewesen, die als sogenannte Liquidatoren dafür gesorgt hätten, dass die „Gesellschaft der Freunde des Vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“, wie es ganz korrekt heißt, in der Folge nur ‚Gesellschaft der Freunde‘ GdF genannt, für die Übernahme in den NSLB verantwortlich gewesen sei. Was kannst du zu diesem ersten Vorwurf als derjenige, der sich aktuell mit der Person Max Traeger beschäftigt hat (s. Kasten), sagen?

De Lorent: Max Traeger war 1933, als die Nazis in Hamburg die Macht übernommen hatten und die „Gesellschaft der Freunde“ gleichgeschaltet wurde, einer derjenigen, der von den führenden Leuten der alten „Gesellschaft der Freunde“ gebeten worden war, in eine Verhandlung darüber einzutreten, die Werte der „Gesellschaft der Freunde“ zu retten. Das war das Curio-Haus, die Sozialen Kassen, die Bücherei und alles, was die „Gesellschaft der Freunde“ damals

aufgebaut hatte und was immens wichtig war für die Mitglieder, die ja zum großen Teil schlecht Verdienende waren. Die Lehrer_innen, die Volksschullehrer_innen damals, konnten praktisch von dem Gehalt eine Familie nicht ernähren und mussten sozial abgesichert werden. Das heißt, Traeger wurde von der alten „Gesellschaft der Freunde“ mit zwei anderen gebeten, seine Expertise und Erfahrung einzubringen und mit den NSLB-Leuten zu verhandeln. Die wollten die „Gesellschaft der Freunde“ auflösen. Auflösung einer Gesellschaft ist betriebswirtschaftlich eine Liquidation. Das ist übrigens heute noch der Begriff und die Leute, die das gemacht haben, wurden Liquidatoren genannt. Es ist entweder Unkenntnis oder eine böse Suggestion von Ortmeier und Müller, ihn mit dem Begriff Liquidation in einen negativen Zusammenhang zu bringen. Und Traeger hat dann mit Peter Jacobsgaard und

Hinrich Müller, das waren die entscheidenden NSLB-Leute, sich auseinandergesetzt und in wochenlangen Verhandlungen erreicht, dass es das Zugeständnis gab, dass die „Gesellschaft der Freunde“ weiter als eine rechtsfähige Organisation bestand und auch die Kompetenz für die Verwaltung der Kassen und des Curio-Hauses behielt. Aus heutiger Sicht würde ich sagen: man muss Traeger dankbar sein dafür – er war vorher im Verwaltungsrat des Curio-Hauses gewesen –, dass er das gemacht hat. Danach ist Traeger bis 1945 nie wieder im Curio-Haus gewesen. Er wollte mit den Nazis nichts zu tun haben. Und dies in einen Zusammenhang zu bringen, als hätte er für den NSLB als Liquidator fungiert, zeugt wirklich von Unkenntnis.

hlz: Eine ganz entscheidende Rolle bei der Übernahme der GdF durch den NSLB spielte ein Beschluss auf einer Mitgliederversammlung am 27.4.1933. Auf dieser denkwürdigen Veranstaltung stimmten lediglich 7 Mitglieder im vollbesetzten Großen Saal des Curio-Hauses gegen die Übernahme. Max Traeger gehörte nicht dazu.

De Lorent: Das ist insgesamt eine komplizierte Geschichte und da muss man ein kleines bisschen ausholen und auf die Situation 1933 eingehen. Also, am 27.4. fand die Hauptversammlung statt. Vorher war der NSDAP-geführte Senat gewählt worden. Es gab am 7.4.1933 das Gesetz zur Wiederherstellung

Hans-Peter de Lorent, Autor von „Täterprofile, Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz, schrieb aktuell im Auftrag der GEW eine Biografie über Max Traeger. Anlass waren die Anwürfe seitens Benjamin Ortmeiers und Saskia Müllers Max Traeger gegenüber in ihrem Buch „Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933-1945“. Die Biografie erscheint demnächst und wird auf dem im Mai in Freiburg stattfindenden Bundesgewerkschaftstag einer größeren GEW-Öffentlichkeit vorgestellt.

des Berufsbeamtentums. Danach konnten alle Beamten „die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, aus dem Dienst entlassen werden“. Es gab einen anderen Paragraphen: „Zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte in den Ruhestand gesetzt werden.“ Nach diesen Paragraphen wurden in Hamburg 637 Lehrer_innen aus dem Schuldienst entfernt, 555 Personen vorzeitig pensioniert, 171 Kolleginnen als sogenannte Doppelverdienerinnen entlassen. Also ein gigantisches Entlassungsprogramm war auf den Weg gebracht. Die Abgeordneten der KPD in der Bürgerschaft waren zum Teil verhaftet worden, Verdächtige wurden verfolgt. Der Terror der SA auf den Straßen hatte zugenommen. Anfang April sind 202 Lehrerinnen und Lehrer, die an für die Nazis verdächtigen Schulen arbeiteten, versetzt worden. Es gab eine Lehrer_innen-Rochade. Und der Sturm der Gewerkschaftshäuser, der bekanntlich am 2. Mai stattfand, war vorbereitet worden. Die Zentrale am Besenbinderhof wurde von den Nazis besetzt und bis zum Sommer wurden 315 neue Schulleiter in Hamburg eingesetzt. Das waren die Ausgangsbedingungen und es war absehbar, dass die „Gesellschaft der Freunde“ in dieser Form nicht haltbar war. Das war das Problem für die Personen, die eine leitende Funktion hatten und deren große Sorge es war, nicht zu wissen, was mit den Werten, den Kassen und dem Curio-Haus passieren würde. Der NSLB-Obmann, Hinrich von der Lieth hieß der damals, hatte schriftlich zugesichert, dass die Werte nicht angetastet würden. Das war sozusagen ein Teil der Ausgangsbedingungen und von daher war der Vorstand mit dem NSLB, der bis 1933 überhaupt keine Bedeutung hat-

te – das waren 150 Leute-, in Verhandlungen eingetreten. Das Ergebnis der Verhandlungen war, dass ein Vorstand der „Gesellschaft der Freunde“ gebildet wurde. Das war noch nicht der NSLB, der aus zwölf Nationalsozialisten bestand und aus neun ehemaligen Funktionären der „Gesellschaft der Freunde“. Aber diesem gemeinsamen Vorstand gehörte Max Traeger nicht an! Max Traeger wollte in solch einem Vorstand überhaupt nicht mitarbeiten. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Dann gab es eine zweite Phase. Zum Sommer hin sollte die „Gesellschaft der Freunde“ aufgelöst werden und in den NSLB übernommen werden. Da wurde Traeger von der alten „Gesellschaft der Freunde“ gebeten in die Verhandlung zu gehen, um zu sichern, dass die Werte erhalten bleiben. Darüber haben wir schon geredet. Die Hauptversammlung im Sommer hat nie stattgefunden. Die Konstruktion war der Erhalt der „Gesellschaft der Freunde“ als Abteilung „Wirtschaft und Recht“ im NSLB. Diese blieb bis 1937 erhalten, erst dann wurde auch sie aufgelöst und alles in den NSLB übernommen. Das war eine Anweisung vom Reichsinnenminister und galt für alle ehemaligen Lehrerorganisationen. Traeger hatte damit am Ende überhaupt nichts mehr zu tun, weil er ab '33 nach dieser Sitzung oder nach den Sitzungen nicht mehr ins Curio-Haus gekommen ist.

hlz: Kommen wir noch einmal unabhängig von Traeger auf diese Versammlung am 27.4. und diese sieben Mutigen oder Aufrechten oder wie man sie auch immer nennen will, zurück. Wie ist das zu bewerten?

De Lorent: Ich habe Anfang der 1980er Jahre mit zwei der sieben, die dagegen gestimmt haben, gesprochen. Mit einem bin ich in der Folgezeit persön-

Fotos: hlz



Ein Blick in die Lehrerverzeichnisse* vor 1933 zeigt, dass über 90 Prozent der Volksschullehrerschaft in der "Gesellschaft der Freunde" organisiert war

lich eng befreundet gewesen. Das war Dietrich Rothenberg und der andere war Wilhelm Zeß. Beide gehörten einer Interessengemeinschaft Oppositioneller Lehrer an, die sehr stark an der KPD orientiert war. Der Antrag auf Aussprache in der Versammlung hatte zum Ziel, nicht gleich einen gemeinsamen Vorstand zu wählen. Der ausgehandelte Kompromiss zwischen NSLB und „Gesellschaft der Freunde“ sollte nicht ohne Aussprache akzeptiert werden. Rudolf Klug, ein Lehrer an der Schule Telemannstraße, der Kandidat für die KPD zum Reichstag gewesen war, hatte den Antrag gestellt und sieben Leute hatten mit ihm gestimmt. Ob das aus heutiger Sicht eine erfolgreiche Strategie

* Die Lehrerverzeichnisse wurden von der GdF herausgegeben und enthielten alphabetisch alle Hamburger Lehrer_innen und alle Schulen mit allen namentlich genannten Lehrkräften. GdF-Mitglieder wurden mit Sternchen gekennzeichnet.



Ich habe Anfang der 1980er Jahre mit zwei der sieben, die gegen die Übernahme der „Gesellschaft der Freunde“ durch den NSLB gestimmt haben, gesprochen.

war, darüber kann man diskutieren. Da der alte Vorstand der „Gesellschaft der Freunde“ die Orientierung ausgegeben hatte, dem Ergebnis der Gespräche zuzustimmen, war relativ klar, dass die Versammlung dem nachkommen würde. Die sieben Leute sind in der Zeit danach von der Gestapo verhört worden. Rudolf Klug ist auch in der „Bästlein-Jacob-Absagen-Gruppe“, einer antifaschistischen Widerstandsgruppe gewesen und ist später von den Nazis ermordet worden. Vielleicht sollte man noch dazu sagen: Diese Veranstaltung fand im Curio-Haus statt. An jeder Tür des Curio-Hauses im Saal und drum herum waren SA-Leute und der uniformierte Saalschutz postiert. Es war die Zeit, in der die SA schon politisch Abweichende terrorisiert hatte. Das sollte man bedenken, wenn man davon spricht, wie Benjamin Ortmeier, dass hier etwas „frei-

willig“ übergeben wurde.

***hlz:** Man weiß ja mittlerweile, dass in der Folgezeit 97 Prozent aller Hamburger Lehrer_innen im dann neu geschaffenen NSLB organisiert waren, obwohl es ja keinen direkten Zwang gab, seine Mitgliedschaft aus der GdF in den NSLB zu überführen bzw. in diesen einzutreten. Und auch Max Traeger sah ja anscheinend keine Veranlassung, dies zu tun. Wie ist das zu bewerten?*

De Lorent: Bleibe ich mal beim NSLB. Die „Gesellschaft der Freunde“ war ja eine Organisation weitestgehend von Volksschullehrern. Die Volksschullehrerinnen hatten vorher einen eigenen Verband gehabt, was aber Doppelmitgliedschaften nicht ausschloss. Es gab auch den Philologenverein. In der „Gesellschaft der Freunde“ waren weitestgehend Volksschullehrer. Die waren, würde ich mal sagen, zu 95 Prozent in der „Gesellschaft der Freunde“ organisiert. Der Hintergrund dafür war einerseits, dass sie sozial abgesichert sein mussten. Die haben unter anderem zum Beispiel intensiv die Bücherei im Curio-Haus genutzt. Weil sie gar keine Mittel hatten, sich die notwendigen Bücher zu kaufen, sind unheimlich viele Leute immer ins Curio-Haus gekommen, um Bücher auszuleihen und dort dran zu arbeiten. Und der zweite Teil der Antwort ist: Dadurch, dass die „Gesellschaft der Freunde“ erst einmal erhalten blieb und in der zweiten Phase dann ein rechtsfähiger Bestandteil innerhalb des NSLB war, gab es nach wie vor eine gewisse Identifizierung mit der Organisation. Man hatte den Eindruck: Unsere alte „Gesellschaft“ ist ja noch dabei. Das ist der zweite Teil. Das war 1937 vorbei und man hätte aus dem NSLB austreten können. Das heißt, man hätte begründen müssen, warum man nicht mehr im NSLB sein will.

Ich habe vorhin schon gesagt: Paragraph 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums hieß: „Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden.“ Also, wer 1937 einen Antrag stellte, aus dem NSLB auszutreten, der wäre sofort aus dem Schuldienst entlassen worden. Das ist eindeutig so. Nun kann man sagen: Revolutionäre waren immer schon ein bisschen mutiger und antifaschistischer Widerstand ist eben ein Kampf. Aber das muss jeder für sich selber prüfen, ob das ein realer Vorwurf sein kann. Bei Max Traeger ist es so: Max Traeger war kein Nazi. Er ist nie in die NSDAP eingetreten. Alle anderen ehemaligen Vorsitzenden der „Gesellschaft der Freunde“ sind ebenfalls niemals in den NSDAP eingetreten. Traeger ist auch in keiner anderen Nazi-Organisation gewesen. Er war im Gegenteil Opfer der Nationalsozialisten, weil er 1933 als Schulleiter abgesetzt und durch einen Nazi ersetzt wurde. Er hat als Lehrer dann weiterarbeiten können. Er ist aus allen ehrenamtlichen Funktionen rausgeflogen. Er war ja Bürgerschafts-abgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und später der Deutschen Staatspartei (DStP). Auch aus den ehrenamtlichen Funktionen, die er darüber hatte, ist er von den Nazis entlassen worden.

***hlz:** Heute würde man sagen, diese Partei deckte so etwas wie ein linksliberales Politikfeld ab. Was waren die schulpolitischen Themen in dieser Zeit, die von Traeger und seinen Parteigängern wie Heinrich Landahl und Theodor Heuss, die sich stark an den Ideen Friedrich Naumanns orientierten, verfolgt wurden?*

De Lorent: Man muss dazu

sagen: Traeger ist erst 1927 Abgeordneter gewesen. Vorher war er aktiv im Lehrerrat, in der Lehrerkammer, im Beamtenrat. Er war 1920, also kurz nach der November-Revolution, PropONENT, Vorsitzender der „Gesellschaft der Freunde“ geworden, weil er in der Lage war, die Position der jungen, aufstrebenden und der älteren Reformpädagogen miteinander zu verbinden. In der Bürgerschaft – ich habe all seine Bürgerschaftsreden gelesen – hat er eher gewerkschaftliche Positionen vertreten, wenn es darum ging, die vielen Verschlechterungen der Bedingungen, unter denen Lehrer_innen arbeiten und lebten, die zum Teil durch Notverordnungen des Reiches produziert worden sind, zu geißeln. Das spitzte sich zu, als die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auch in Hamburg zu spüren waren. Gegen die sozialen Einschnitte hat er das Wort erhoben, folglich eher regionale Themen besetzt. Innerhalb der Bürgerschaft war er jemand, der ganz stark gegen die Reden der NSDAP-Leute und der Deutschnationalen argumentiert hat. Die NSDAP-Leute hat er als pöbelhaft angesehen und war eher eng an den sozialistisch orientierten Lehrerkollegen der SPD orientiert. Richard Ballerstaedt, der rote Richard, war sozusagen sein Pendant auf der anderen Seite innerhalb der Koalition. Die DDP koalierte ja und war, wie du sagst, eine linksliberale Partei. Carl Petersen von der DDP war lange Bürgermeister, obwohl die SPD die größere Partei war. Später war er es im Wechsel mit Rudolf Roß, der auch einer der Reformpädagogen und Mitglied der „Gesellschaft der Freunde“ gewesen ist. Also, in der anfangs euphorischen Zeit nach der November-Revolution hat Traeger nicht parteipolitisch gearbeitet, sondern da war er Funktionär der „Gesellschaft der Freunde“.

hlz: Die Nazis sprachen ja,

wie du in deiner Untersuchung zitierst, im Zusammenhang mit der „Gesellschaft der Freunde“ von einer „jüdisch versippten und marxistisch verseuchten Organisation“.

De Lorent: Ja.

hlz: Welche Bedeutung hatte es eigentlich für die Nazis, jetzt diese „Gesellschaft der Freunde“ übernehmen zu können?

De Lorent: Das hatte schon eine große Bedeutung, weil innerhalb der „Gesellschaft der Freunde“ rechte Positionen gar nicht zum Tragen kamen. Es gibt eine schöne Geschichte, die Kurt Zeidler erzählte, der bis 1931 Vorsitzender der „Gesellschaft der Freunde“ gewesen war: 1931 gab es eine Versammlung im Curio-Haus, wo der Sprecher der NSDAP für Schulfragen in der Bürgerschaft, Albert Mansfeld, zugegen war und die Position der NSDAP zur Schulpolitik erläuterte. Kurz vorher war in dieser Versammlung eine Redezeitbegrenzung auf fünf Minuten beschlossen worden. Mansfeld, der kein rhetorisches Glanzlicht war, stotterte ziemlich herum und hatte Schwierigkeiten, überhaupt die fünf Minuten sinnvoll zu füllen. Als er sich hinsetzte, meldete sich Traeger zur Geschäftsordnung und stellte den Antrag, dass die Redezeitbegrenzung doch für den Redner der Partei, die in letzter Zeit so viel von sich reden machte, verlängert werden sollte, damit er die Möglichkeit erhalte, doch noch ein bisschen ausführlicher darzustellen, was sie eigentlich wollen, wenn sie an die Macht kämen. Die Leute grinsten, stimmten dem zu und da musste Mansfeld wieder aufs Podium raufsteigen und weitererzählen. Es wurde deutlich für die Versammlung, dass die Nationalsozialisten schulpolitisch, bildungspolitisch überhaupt nichts zu bieten hatten. Das hat ein bis-

schen Traeger charakterisiert. Er hatte sozusagen auch etwas Schlitzohriges und Gewieftes, was Versammlungen betrifft. Aber das hat ihm natürlich überhaupt keine Sympathie bei der NSDAP eingebracht. Albert Mansfeld ist später stellvertretender Gauamtsleiter des NSLB geworden und Oberschulrat für das Volksschulwesen. Und dass Traeger dann 1933 als Schulleiter abgesetzt wurde und durch einen Nazi ersetzt wurde, der vorher schon immer gegen ihn intrigiert hatte, ist auch in diesem Zusammenhang zu sehen.

hlz: Du hast es ja schon gesagt Max Traeger hat das Curio-Haus während der Nazi-Zeit nie wieder betreten. Er hat aber weiterhin Kontakte zu anderen gehabt oder gepflegt, sodass man sogar sagen kann, dass es so etwas wie einen Vorstand gab, der so ein bisschen im Untergrund gearbeitet hat. Wie ist das zu bewerten?

De Lorent: Ja, das ist verbrieft, dass sich ab 1933 die ehemaligen Proponenten, also die Vorsitzenden der „Gesellschaft der Freunde“, trafen. Das war Max Traeger, Gustav Küchler, Gerd Niebank, Kurt Zeidler. Alle nie in die NSDAP eingetreten, die anderen Sozialdemokraten, Traeger DDP-Mann. Die haben sich einige Jahre konspirativ getroffen, um sich über die politische Lage auszutauschen. Gerd Niebank war ein Schulfreund von Fritz Köhne gewesen. Fritz Köhne war als Schulrat noch in der Behörde, sodass sie auch immer informiert waren, was da so ablief. Sie haben die politische Lage beraten und sind sehr, sehr vorsichtig vorgegangen. Wenn das aufgeflogen wäre, wären sie mit Sicherheit verhaftet worden. Das heißt, sie haben sich niemals privat getroffen, weil sie Angst hatten, abgehört zu werden, sondern immer in Lokalen. Es gibt eine Beschreibung von Zeidler,

wie vorsichtig sie waren. Immer, wenn ein Kellner in die Nähe kam, wurde laut losgelacht, als hätten sie irgendwelche Scherze ausgetauscht. Später ist das personell ein bisschen erweitert worden, auch durch andere Personen. Aber es waren definitiv nur zuverlässige Nazigegner, die sich trafen. Als es dann im Laufe der Kriegszeit eine Ahnung gab, dass das „Tausendjährige Reich“ zum Glück nicht so lange halten würde, hat Traeger auch mit Heinrich Landahl Kontakt gehabt und mit Adolph Schönfelder, einer der SPD-Größen aus der Zeit vor '33, der dann nach 1945 Präsident der Bürgerschaft wurde. Da sind schon Überlegungen angestellt worden, wie man vorgeht, wenn der „Spuk“ ein Ende habe.

hlz: Gut, der Spuk hatte 1945 ein Ende und Max Traeger war sozusagen Mann der ersten Stunde. Es gab natürlich nur wenig Menschen, die nicht belastet waren und wenige Leute dieses Formats, die über eine gewisse politische Erfahrung verfügten. Max Traeger wurde der erste Vorsitzende der gegründeten GEW, wie er überhaupt die zentrale Figur war, die dafür gesorgt hat, dass die Lehrer_innenschaft in eine DGB-Gewerkschaft kam, so wie ich das verstanden habe.

De Lorent: Ja.

hlz: Dieses Verdienst werden ihm wahrscheinlich auch Ortmeier/Müller nicht absprechen wollen, aber sie kommen zu einem sehr harschen Urteil im Zusammenhang mit der Rückgabe des 1935 vom NSLB mit Mitteln allerdings der „Gesellschaft der Freunde“ gekauften bebauten Grundstücks in der Rothenbaumchaussee 19 (Ro19). Dieses Objekt, das Traeger als „Judengrundstück“ bezeichnete – so seine Diktion in einem der Schriftstücke –, gehöre folglich an die „Gesellschaft der Freun-

de“ bzw. nunmehr an die GEW zurückgegeben. Aus Sicht Ortmeier/Müllers war der Kauf ein Akt der Arisierung und somit die Rückgabe an die Lehrgewerkschaft nicht nur widerrechtlich, sondern vor allem moralisch verwerflich.

De Lorent: Also, richtig ist, dass Traeger unmittelbar nachdem der Krieg beendet war, Zugang zur britischen Militärregierung über Fritz Köhne fand. Das war nur möglich, weil Traeger ein erwiesener Nazi-Gegner und sozusagen ein Opfer des Nationalsozialismus war. Es gelang ihm, mit der britischen Militärregierung über zwei Dinge zu reden, einmal, dass eine neue Lehrorganisation geschaffen werden sollte und zweitens, dass die Werte der ehemaligen „Gesellschaft der Freunde“ wieder zurückkamen. Die Bedingung der Briten war: es soll nur eine Organisation geben. Das war durchaus auch im Interesse Traegers. Damit konnte schnell begonnen werden, so dass '45 schon die ersten organisatorischen Handlungen stattfanden. Mit der Rückgabe des Curio-Hauses war es so: Traeger wollte natürlich – und das finde ich auch gut, dass er es gemacht hat – das Curio-Haus wieder in den Besitz derjenigen bringen, die es gebaut hatten, die viel, viel Geld investiert hatten, auch in schwierigen Zeiten, und die sozialen Kassen wieder öffnen. Die Bücherei brauchte man, der Verlag sollte wieder installiert werden, weil es auch darum ging, neue Schulbücher zu produzieren. Man konnte ja mit den Materialien, die die Nazis verfasst hatten, nichts anfangen. Das war das Hauptziel. Ro 19 war sozusagen ein Teil des Erbes, aber natürlich überhaupt nicht das, was im Vordergrund stand. In Bezug auf das Curio-Haus wurde von der Britischen Militärregierung avisiert, dass das funktionieren würde. Aber es war noch besetzt von den Mili-

tärs und im Curio-Haus fanden ja auch die sogenannten Curio-Haus-Prozesse gegen die Kriegsverbrecher statt. Das heißt, es dauerte noch einige Jahre bis zur Rückgabe. Die „Gesellschaft der Freunde“ bekam einige Räumlichkeiten. Aber die ersten Vorstandssitzungen fanden in Traegers Dienststelle statt, gar nicht im Curio-Haus. Mit Ro 19 ist es ein bisschen differenzierter und in wesentlichen Punkten anders als Kollege Ortmeier und Kollegin Müller das darstellen. Ro 19 und das Curio-Haus gingen 1945 nicht in den Besitz der „Gesellschaft der Freunde“ über, sondern es wurden Treuhänder eingesetzt. Der erste Treuhänder war Herbert Ruscheweyh. Der war bis 1933 SPD-Abgeordneter und Präsident der Bürgerschaft gewesen. Ein Nazi-Gegner, der von den Nazis 1944 noch in Schutzhaft genommen wurde. Der war der erste Treuhänder und danach war es ein Notar, Dr. Barkowski, ebenfalls erwiesener NS-Gegner. Beide hatten Kontakt aufgenommen zu den Personen, die in der NS-Zeit das Curio-Haus verwaltet hatten. Das war einmal Wilhelm Bernhardt, der Geschäftsführer und Kurt Holm, derjenige, der auch für die Kassen und fürs Curio-Haus im NSLB die Verantwortung hatte. Die wurden von den Treuhändern gefragt: Wie sind bestimmte Sachen vonstatten gegangen? Dazu mussten sie sich äußern. Haben sie auch gemacht. Und Barkowski ist es auch gewesen, der der Finanzbehörde mitgeteilt hatte, dass das Haus Ro 19 in ehemaligem jüdischen Besitz gewesen ist. Das war notwendig und vorschriftsmäßig, weil diese Häuser in keinem Fall freigegeben wurden, bevor es überhaupt geprüft wurde. Was man nicht weiß, ist, in welcher Diktion Barkowski das gemacht hat, ob er geschrieben hat, „es war jüdischer Besitz, es war ein jüdisches Haus, ein jüdisches Grundstück“. Ob der Begriff

„Judengrundstück“ möglicherweise aus dieser Korrespondenz hervorging, ist ungeklärt. Und nachdem er das mitgeteilt hatte, hatte die Verwaltung auch die Hand drauf. Ro 19 war bis 1954 unter Kuratel gestellt, bis geklärt war, dass die Vorbesitzer dafür keinen Wiedergutmachungsantrag gestellt hatten. Es wurde keineswegs freigegeben. Max Traeger hat nur als Vorsitzender der neu gegründeten „Gesellschaft der Freunde“ den Anspruch darauf formuliert. Und in einem Schreiben, das in dem Buch über die Auseinandersetzung um Ro 19 von Bernhard Nette und Stefan Romey als Faksimile zu finden ist, heißt es, Barkowski hätte das Haus gar nicht „als Judengrundstück“ anmelden müssen. Darunter steht: „M. Traeger“. Dieses Schreiben ist aber nicht unterzeichnet oder paraphiert worden. Ich habe von

Bernhard Nette die noch vorhandenen Unterlagen in Kopie bekommen und habe diverse Schriftstücke gefunden, wo vordruckte Schreiben von Traeger handschriftlich auch verändert worden sind. Das heißt, es gibt dieses inkriminierte Schreiben als von Traeger unterschriebenes Dokument nicht. Worauf das rekurriert, ob es sozusagen zitiert, was der Treuhänder vorher geschrieben hat, ist nicht gesichert. Traeger hat sich niemals negativ über Juden geäußert, er war kein Antisemit. Das ist belegt. Falls er tatsächlich so ein Schreiben unterschrieben haben sollte, ist das aus heutiger Sicht sicherlich eine unglückliche Formulierung. Aber es kann daraus nichts abgeleitet werden, was konkret abgeleitet wurde. Ich habe eine Biografie über Max Traeger geschrieben, die eindeutig belegt, dass er ein Demokrat und ent-

schiedener NS-Gegner gewesen ist. Traeger, von den Nazis 1933 aus seinem Amt als gewählter Schulleiter geworfen und aller ehrenamtlichen Tätigkeiten enthoben, in die Nähe von Nationalsozialisten zu rücken, ist absurd.

hlz: Wir wissen, dass Benjamin Ortmeier aktuell eine Initiative gestartet hat, um den Text auf der Tafel am Curio-Haus, in dem von einer zwangsweisen Überführung der „Gesellschaft der Freunde“ in den NSLB die Rede ist, zu verändern. Im Übrigen haben wir das als hlz-Redaktion schon seit Jahren gefordert. Das Ganze – scheint mir – wird die Diskussion in der einen oder anderen Weise noch einmal beflügeln. Ich danke dir für das Gespräch.

Das Interview führte
JOACHIM GEFFERS

ANKÜNDIGUNG

Großvater war ein Nazi

Hinweise zur Lesung vom Autor B. Nette
am 4. Mai um 18 Uhr im Curio-Haus

Dem einstigen Bremer Gestapobeamten Bruno Nette (1887 - 1960), der zwischen 1940 und 1945 als "Judenreferent" direkt beteiligt war an der Verfolgung und Ermordung von über 800 Menschen, gelang es in der Nachkriegszeit, wie vielen NS-Tätern, das über ihn gefällte Urteil der 1. Spruchkammer Bremen bis zur Unkenntlichkeit abzumildern. Er wurde schließlich am 23. Juni 1950 zum "Mitläufer" erklärt.

Bernhard Nette erforschte das Leben seines Großvaters und der Familie von der Kaiserzeit bis zur Bundesrepublik. Während der NS-Diktatur ging ein Riss durch die Familie in Bremen und Varel mit ihren kommunisti-

schen und sozialdemokratischen Mitgliedern und dem NS-treuen Großvater, aber auch durch die "unpolitische" Hitlerjugendgeneration.

Der Historiker Karl Heinz Roth: "Bernhard Nettens Buch ist eine kompromisslos offene Suche nach der historischen Evidenz, in der der existentielle Antrieb, mit der Biografie eines schreibtschmörderischen Großvaters zurande zu kommen, beeindruckt. Dabei lotet der Autor alle Abgründe aus und wägt seine Berechtigung zum Urteil (etwa über die Kollaborateure der jüdischen Gemeinde) immer wieder ab."

Der Druck des Buches wurde von der GEW Hamburg und der



GEW Bremen finanziell unterstützt.

320 Seiten, mit Fotos. VSA-Verlag, Hamburg, März 2017, € 29,80.

Referat F	Gruppe Gewerkschaftliche Bildung Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Roland Stolze, mailto:rolandstolze@gwhmail.de
Referat B/C Bildungspolitik, -finanzierung	In der Geschäftsstelle nachfragen
GEW Studies	In der Geschäftsstelle nachfragen
Junge GEW	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Grundschule/Vorschule	11.05.2017, 17.00-19.00 Uhr, Raum A
FG Stadtteilschulen	06.06.2017, 17.00-20.00 Uhr, Raum GBW
FG Berufliche Schulen	19.04.2017, 16.30-20.00 Uhr, Raum A 17.05.2017, 16.30-18.30 Uhr, Raum GBW
FG Gymnasien	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Kinder- und Jugendhilfe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Kita Netzwerk	In der Geschäftsstelle nachfragen
Bildung ohne Bundeswehr	25.04.2017, 19.30-21.00 Uhr, GA-Zimmer 23.05.2017, 19.30-20.30 Uhr
FG Sonderpädagogik und Inklusion	27.04.2017, 17.00-19.00 Uhr, Raum GBW
FG Hochschule u. Forschung	08.05.2017, 18.00-21.00 Uhr, Raum C
AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik	25.04.2017, 16.00-18.00 Uhr, Raum C 30.05.2017, 16.00-18.00 Uhr, Raum C
AG Flucht u. Bleiben	25.04.2017, 19.00-21.00 Uhr, Raum C
Bleiberechtsausschuss	25.04.2017, 19.00-21.00 Uhr, Raum C
Fair Childhood	16.05.2017, 16.00-18.00 Uhr, Raum C
Friedensauschuß (AK Drohnen)	In der Geschäftsstelle nachfragen
BG Ruheständler	03.05.2017, 10.15-13.00 Uhr, Raum A
Mittelamerikagruppe	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen	01.06.2017, 17.00-19.00 Uhr, Raum A
AG Schulleitungen	15.05.2017, 18.00-20.00 Uhr, GA-Zimmer
AG Kindheitspädagogik	26.04.2017, 19.00-21.00 Uhr, Raum GBW 31.05.2017, 19.00-21.00 Uhr, Raum GBW
AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien	12.06.2017, 18.30-21.00 Uhr diesmal: Kunstsachbücher für Kinder (Fakultät EPB PI) von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg, Raum 009
Bildungsclub	29.05.2017, 19.00-21.00 Uhr, Raum A

Für aktuelle Termine bitte auch auf unsere website unter: <https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine> gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen.

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson,

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: hlz, Foto: www.histolia.de, Hintergrund: andreykuzmin

Rückseite: DGB

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 5-6/2017: 3.5.2017



Das HLZ-Rätsel

Spitze mit Doppelnamen

Das Wahlergebnis im Saarland zeigt es: Ein Doppelname (nebst Spitzname) kann neuerdings hilfreich für eine erfolgreiche Karriere in Politik und Verwaltung sein. Und neben Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK) gibt es auch noch Katrin Göring-Eckardt (KGE), Gabriele Lösekrug-Möller (LÖMö) u.a.m... Aber gilt das auch für Männer? Uns fällt da nur einer aus Hamburg ein.



Bildnachweis: Loemoe / Creative Commons



Bildnachweis: Harald Krichel / Wikimedia Commons

Staatssekretärin
Lömö, SPD

Spitzenkandidatin
KGE, GRÜNE

Welche männliche Spitzenkraft hat einen Doppelnamen?

Einsendungen von Namen und Funktion bitte mit Postanschrift bis zum 3.5.2017 an die hlz, am besten an hlz@gew-hamburg.de. Als Gewinn winkt der vielgelobte Roman *Panikherz* des Doppelnamensautors Benjamin Stuckrad-Barre. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Bildnachweis: www.saarland.de

Ministerpräsidentin
AKK, CDU



Des letzten Rätsels Lösung...

... ist DIE PARTEI. Sie hat die größte Elbvertiefung befürwortet: *Mit uns ist eine Anpassung der Elbtiefe bis maximal 100 Meter zu machen, damit auch Containerschiffe der überüberübernehmsten Generation den Hamburger Hafen ansteuern können (Wahlprogramm von 2011).*

Die Lösung wusste auch unser Gewinner Lars v. Karstedt. Er bekommt den Gutschein für einen tiefen Blick auf die Elbe von der *Skyline Bar 20 up* im 20. Stock des Empire Riverside Hotels. Herzlichen Glückwunsch!

Bildnachweis: Die Partei



Inzwischen für Elbverlängerung statt Elbvertiefung:
DIE PARTEI 2015

MH/MK

Aus der Parteinahme...

„Die Welt ist schön, pardon, will sagen, ganz schön am Rand“, formulierte einst (1998) der Liedermacher Wolf Biermann, der sich immer mehr von der kommunistischen Idee verabschiedete bis hin zur totalen Ablehnung des Marxismus selbst. Welche Erklärungen er für den Weltenlauf hat, lässt er offen, wie so viele, die sich als

zertums oder muss sich den Vorwurf gefallen lassen, man sei ein Träumer oder, etwas härter, ein linker Spinner eben.

Und in der Tat merke ich, dass ich in dem Maße, wie ich diese allgemeine Systemkritik formuliere, mich an meine eigenen Gefühle erinnere, die mich auch schon mal die Augen verdrehen lassen, wenn andere dabei sind,

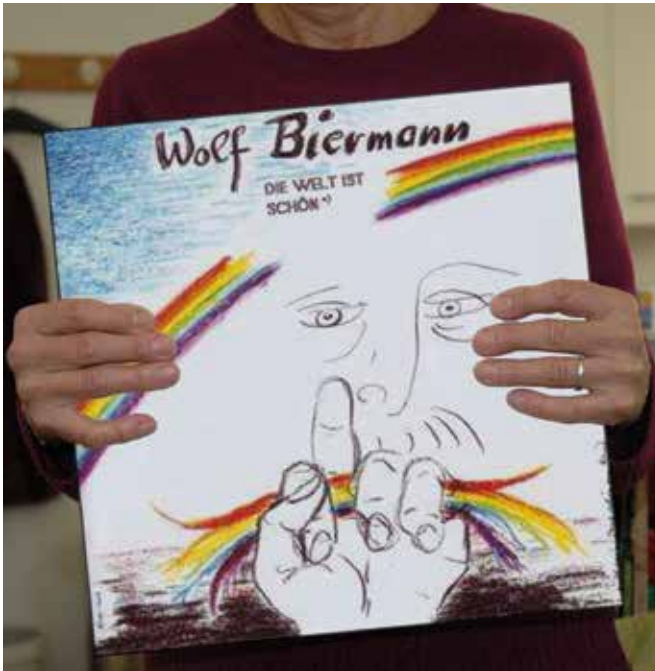
müsste.

Mein Versuch vor ein paar Ausgaben, den Freihandel vor dem Hintergrund der Proteste gegen Ceta und TTIP aus der Geschichte und dem Systemzusammenhang heraus zu erklären, war mit diesem Anspruch verknüpft, allgemeine Erkenntnis auf die Wirklichkeit anzuwenden. Um das Allgemeine nicht über zu betonen, ließ ich zunächst die objektiven Fluchtursachen, wie sie sich aus der Kapitallogik heraus ergeben, unerwähnt. Susanne, nicht selten meine schärfste Kritikerin, vermisste aber genau diese. Und so schrieb ich dies, was in politisch interessierten Kreisen sicherlich bekannt sein mag, doch noch einmal dazu. Dass es die industrialisierten Länder sind, die die Fischgründe vor den Küsten Afrikas abfischen, so dass die lokalen Fischer ihre Lebensgrundlage verlieren, genauso wie wir mit unseren aus Steuergeldern finanzierten Agrarüberschüssen in diesen Regionen die lokalen Märkte zerstören oder wie wir es sind, die mit dem Export von Klamotten, die wir nicht mehr brauchen, mikro-ökonomische Strukturen der damit Beglückten kaputt machen und natürlich ganz zu schweigen von unseren Waffenexporten. Vor allem aber: wie wir mit unserer Lebensweise dazu beitragen, dass das Klima sich in einer Weise verändert, die die ohnehin trocknen Regionen in Dürre verwandelt.

Ja, ja, das wissen wir ja alles - höre ich meine Kritiker_innen sagen, die mich anschließend nicht selten mit der Frage konfrontieren, ob mein persönlicher Lebensstil – und dabei beziehen sie sich durchaus selbst mit ein - nicht auch dazu beiträgt, das genau dies passiert.

Ja, wir müssen uns immer wieder selbst an die Nase fassen, aber jenseits dieser individu-

Fotos: hlz



„... Pardon, will sagen, ganz schön am Rand“, sagt der je nach Blickwinkel vom Paulus zum Saulus oder umgekehrt Gewendete

ehemalige Linke verstehen, sich aber heute nicht selten als Gegner_in jedweder Kritik am realexistierenden Kapitalismus üben.

Hält man dagegen und versucht die komplexen, scheinbar immer komplizierter werdenden gesellschaftlichen Zusammenhänge aus den Widersprüchen des Systems zu erklären, das sich aus meiner Sicht nach wie vor letztlich nur aus den Interessengegensätzen im Kapitalismus selbst ableiten lässt, gerät man schnell in die Ecke des Revoluz-

genau dies zu tun, sprich sich in allgemeiner Systemkritik üben. „Das wissen wir doch alles“, meldet sich eine innere Stimme, „aber was nun?“

Raus kommt man aus dieser Ecke meines Erachtens nur, wenn es einem gelingt, diese allgemeine Kritik auf das, was wirklich zurzeit in der Welt geschieht, runterzubrechen. Das ist oft schwieriger als gedacht, weil sich die Wirklichkeit nicht immer so entwickelt, wie man meint, dass sie sich entwickeln

ellen Entscheidungen, muss es legitim sein, für eine Aufklärung zu kämpfen, die das Zusammenspiel vom Abstrakten und Konkreten ins Zentrum rückt.

Umso mehr habe ich mich gefreut, dass die GEW einen Aufruf von Kritiker_innen des G20-Gipfels mit unterstützt, die trotz aller allgemeinen und persönlichen Widersprüche sagen: Wir sind dabei! Welch' besseren Anlass könnte es geben, durch Protest eine Diskussion in die Gesellschaft zu tragen, die dazu taugt, wenigstens ein paar Bremsklötze in den Weg zu legen, um die Fahrt bis zum Biermann'schen-Rand etwas zu verlangsamen oder gar zum Stoppen zu bringen?

Nun bin ich wieder im sehr Allgemeinen gelandet. Deshalb will ich zum Schluss noch ganz konkret davon erzählen, wie es mir neulich Morgen beim Hören der Nachrichten auf NDR-Info ergangen ist. Da wurde berichtet, dass etliche Polizeifahrzeuge in Hamburg in Flammen aufgegangen seien. Der Staatsschutz sei eingeschaltet und vermute als Täter_innen Akteure im Vorfeld des G20-Gipfels. Scheiße, dachte ich. Wenig später folgte die Nachricht, dass die Zahl der Hungertoten in der Sahelzone sprunghaft ansteige. Mein eben gefälltes Urteil über die Täter_innen kehrte sich nicht ins Gegenteil, aber relativierte sich. Und deshalb habe ich auch kein Problem damit, gegen den G20-Gipfel auf die Straße zu gehen, gleich an welchen Tagen und auch, wenn ich nicht weiß, ob nicht neben mir jemand meint, einen Stein schmeißen zu müssen.

Vom Recht, meine Meinung öffentlich kundzutun, werde ich mich deshalb nicht abbringen lassen, ganz gleich, in welche politische Ecke mich andere dabei stellen. Dass die GEW mich dabei unterstützt, finde ich großartig!

JOACHIM GEFFERS



Die Schnackschrauber

Wir suchen fahrtüchtige Kinder-Fahrräder in 20" – 24" für Geflüchtete . Abgabe in der Regerstr. 73, 22761 HH,

Die, Mi 10 – 16 Uhr, Do 10 - 20 Uhr

(Werkstatt und Kleiderkammer der Luthergemeinde)

Kontakt für Abholung: addi.tiemann@t-online.de

 **ANZEIGEN 04101-342 671** 

 **KREISEL** a.V.
... für das Leben mit Kindern

Institut für Weiterbildung - Lerntherapie
Hamburg-Altona

So kann Inklusion gelingen!

Weiterbildung Integrative Lernförderung & Lerntherapie

Start in Hamburg: 22. Sept. 2017 | Januar 2018

Qualifizierung Lehrkraft Deutsch als Zweitsprache (DaZ)

BAMF anerkannt - als Reihe oder einzeln buchbar!

Infos und Anmeldung unter www.kreisel-hamburg.de

*Örtliche Zuschüsse
möglich!*



Von hier an geht es aufwärts!

Ein wunderschönes Ambiente in einer besonderen Stadt ist der freundliche Rahmen für unser Therapieangebot in privater Atmosphäre. Hier können Sie sich wohlfühlen und gesund werden!

Indikationen: Depressionen, Burn-Out, Ängste und Panik, Essstörungen, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Schmerzen und psychosomatische Erkrankungen, Zwänge

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Telefon: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 **Baden-Baden**

www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Privatklinik für psychologische Medizin
Akutaufnahme möglich - wir beraten Sie gern!



Hier könnte **Ihre**
private oder gewerbliche
Anzeige stehen!

albersdesign
Mediengestaltung
+Produktion

04101-842 671
ca@albers.design

Dr. Hans-Jürgen Schrum
Nervenarzt · Psychotherapie (KVT)

Nach Abgabe der Kassenzulassung jetzt wieder
Termine frei: burn-out, Schlafstörungen/Parasomnien,
Schmerz-Neurologie, Beziehungsprobleme/Narzissmus,
Zwänge, Steuerungshoheits-Verlust,
somatisierte Depression, Sucht-Dynamik.

Hopfensack 8, 20457 Hamburg
Telefon 040/337020

 terre des
hommes
Hilfe für Kinder in Not



**Das bisschen
Haushalt ...**

terre des hommes engagiert sich für bessere
Arbeitsbedingungen und kämpft für einen wirksamen
Schutz von Hausmädchen vor der Ausbeutung
als Kindersklaven. Bitte unterstützen Sie unser
Engagement für Kinder in Not mit Ihrer Spende!

www.tdh.de/hausangestellte



HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
gegründet 1897



**Die preisgünstige Hausratversicherung
im Großraum Hamburg für alle pädagogisch Tätigen
sowie deren Angehörige**

Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme
(inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

2017 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.

Ihr Hausrat ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung,
Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert.

Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen:

Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen,
Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €.

Fahrräder bis 3.000 € (6.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu
1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme.

Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit
bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:
040 333 505 14 (Tobias Mittag) 040 796 128 25 (Georg Plicht)
040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)

www.h-l-f.de (mit Prämienrechner) - info@h-l-f.de





SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING
Klinik für Psychologische Medizin



Geben Sie Ihrem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in heilungsförderlichem Ambiente einen erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, individuell auf Ihre Bedürfnisse ausgelegt.

Indikationen: Depressionen, Angst und Panik, Essstörungen, Erschöpfungssyndrom („Burn-Out“), Tinnitus, Zwänge, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Schmerzsyndrome

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen und Beihilfe

Infos unter Telefon 02861/80000

Pröbstinger Allee 14 • 46325 Borken (Münsterland)
www.schlossklinik.de • E-Mail: info@schlossklinik.de

Hier könnte
Ihre
private oder
gewerbliche
Anzeige stehen!



albersdesign
Mediengestaltung
+Produktion
Anzeigenverwaltung
04101-842 671
ca@albers.design

Schul-Organisation

Elterngespräche besser dokumentiert

entweder
klassenweise
im Heft oder im
Einzelprotokoll
mit Durchschrift.



Bei uns
erhältlich!

www.schulorganisation.com

FL SCHULORGANISATION
& Verlage Flöttmann & Langenkämper

Körperorientierte Psychotherapie
Traumatherapie 
Musiktherapie

- ◆ Freude am Leben
- ◆ Selbstvertrauen
- ◆ Zufriedenheit

Dipl. Mus. Andreas Merk
Psychotherapie HPG, Lehrer
Privatkasse und Beihilfe

Telefon: 040/3009 3736 ◆ www.andreasmerk.de



Klassenfahrten an den Schweriner See
*Unsere „Goldener Herbst“-Angebote
Ideal zum Kennenlernen
neu gebildeter Klassen*




5 Tage und 4 Nächte mit Vollverpflegung
(4 Mahlzeiten + Getränke)

- ☆ Schwerin mit Schlossbesichtigung
- ☆ Wismar ins Spaßbad WONNEMAR
- ☆ Schnupperreiten auf den hauseigenen Pferden
- ☆ Kistenklettern und Bogenschießen
- ☆ Nachtwanderung, Lagerfeuer und Discoabend

ab 99 €



Uliss Kinderland e.V.
Alte Dorfstr. 7 · 23996 Gallentin
☎ 038423-365
✉ info@uliss-kinderland.de

.MAI 2017

DGB

**Wir sind viele.
Wir sind eins.**

**11:00 Uhr: Aufstehn zum 1. Mai
Demonstration**

U-Bahnhof Rödingsmarkt

12:00 Uhr: Kundgebung

Fischmarkt

Katja Karger

DGB Hamburg

Murat Acerüzümüglu

BR Vorsitzender Blohm + Voss

René Schindler

Produktionsgewerkschaft PRO-GE Österreich

Simon Küppers

DGB-Jugend Hamburg

Musik:
Kinderfest:
Trio Kosmopolka
Die Falken
Rote Infomeile